

# UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

168 · Oktober 2004

*Monatliche Publikation,  
herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	867
Essay	
HELENO SAÑA Ist der Mensch heute frei?	869
Utopie & Politik	
ANDREAS HEYER Plädoyer für politische Utopien	878
KARL-HEINZ GRÄFE Von der A sternrevolution zur Räterepublik. Ungarn 1918/19	885
Gesellschaft – Analyse & Alternativen	
ANDREAS KELLER: Die Universität als Unternehmen?	901
RUTH FREY, HELMUT WIESENTHAL Die politische Partei als lernende Organisation	910
DDR historisch	
WOLFGANG HARTMANN MfS: Selbstbilder und Fremdbilder	923
RUDOLF SAUERZAPF Die Vertreibung des Leo Kofler	936
Festplatte	
WOLFGANG SABATH Die Wochen im Rückstau	948

## Bücher & Zeitschriften

Sahra Wagenknecht (Hg): Aló Presidente, Hugo Chávez und Venezuelas Zukunft (CHRISTIANE SCHULTE)	950
Hannah Lund: »Die ganze Welt auf ihrem Sopha«. Frauen in europäischen Salons. Band 16 der Schriftenreihe »Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft«, hrsg. von Hanna Behrend (DETLEF KANNAPIN)	951
Manfred Moldaschl und Friedrich Thießen (Hrsg.): Neue Ökonomie der Arbeit (ULRICH BUSCH)	953
Theodor Bergmann: Gegen den Strom (MARIO KESSLER)	955
Michael Mann: Die ohnmächtige Supermacht. Warum die USA die Welt nicht regieren können (HARALD LANGE)	956
<b>Summaries</b>	958
An unsere Autorinnen und Autoren Impressum	960

# VorSatz

*Wenn der Zug nach Berlin die Deutzer Brücke bei Köln am Rhein überquerte, hatte Konrad Adenauer den Eindruck, seine Heimat in Richtung Asien zu verlassen, das für ihn spätestens an der Elbe anfang. Heute wird man eher vom Gefühl beschlichen, zurück nach Deutschland unterwegs zu sein, dorthin, wo immer noch fast ausschließlich in der Sprache der Lutherbibel geredet wird, wo das Antlitz der Armut noch weiß, weiblich und alleinstehend ist (und trotzdem auf Kinder nicht verzichtet wird), wo, als Ausweis renitenten Zurückgebliebenseins, die Frauen und Mädchen feministische Literatur ignorieren, dafür aber – zumindest bis jetzt noch – in großen Teilen selbstbewußt und unverklemmt sind.*

*Statt sich endlich dem Westen anzupassen, nimmt dieses Selbstbewußtsein heute zu – nach den Jahren der Erniedrigung, Ausplünderung, Verhöhnung und verweigerter Integration des Ostens. Der Anschluß ist gescheitert. Auch gibt es im Osten nicht mehr viel zu holen; der Bundespräsident plädiert fast unverhüllt für ein Mezzogiorno, und jeder vierte Westdeutsche will die Mauer wiederhaben. Auf die Ostalgie folgt die Westalgie; darüber zu reden, gilt aber als unfein.*

*Das unmündige Ostvolk hatte die Mauer am 9. November 1989 durchstoßen, um endlich des Goldenen Zeitalters der westdeutschen Kriegsgewinnergesellschaft teilhaftig zu werden; doch die zynische List der Geschichte beendete just im Moment der östlichen Freiheit die Zukunft des westlichen Volkswohlstandes – denn die Unfreiheit der einen war die Bedingung des Wohlstandes der anderen.*

*Während der Osten vom süßen Gift selbsterkämpfter Freiheit verdorben ist, können sich die das gesamte Land aussaugenden Eliten im Westen mit seiner von oben verordneten Freiheit auf Ruhe, Disziplin und Ordnung verlassen. Auch der unter desperatesten Umständen leidende stadtreichende weißhäutige Sohn einer deutschstämmigen Leibesmutter darf sich mindestens in einem kleinen Kämmerchen seines Herzens als Herrenmensch fühlen. Denn die Gesellschaft des Westens war nicht nur unwillig, sondern ebenso unfähig, den Osten zu integrieren. Auch mit den, anfangs sogar vorsätzlich ins Land gelockten, ausländischen Arbeitskräften wurde nicht anders verfahren. Egal in welche westdeutsche Stadt man heute schaut: Das Gesicht der Armut ist fast immer farbig, weiblich, kinderreich und aus der Kommunikation mit der deutschen Umwelt ausgeschlossen.*

*Unterdessen leben viele ausländische Familien in dritter Generation hier und benehmen sich – nach vorenthaltener Gleichberechtigung, die stets die entscheidende Voraussetzung für Integration ist – ähnlich wie immer mehr Menschen im Osten: Mangels Alternative wenden sie*

sich einer Identität zu, die sie sich eigentlich nicht zulegen und die die Älteren vor einiger Zeit noch ablegen wollten.

Die westdeutsche Gesellschaft ist kein »melting pot«, kein »Schmelztiegel«, wie es einst zumindest Teile der Gesellschaft in den USA gewesen waren, sondern sie ist eine nachfaschistische Gesellschaft, in der dem bekennenden Nationalsozialismus früherer Zeiten ein nonverbaler Rassismus folgte. Er beginnt mit der Verweigerung der Staatsbürgerschaft für in Deutschland geborene Menschen nichtdeutscher Eltern und endet noch lange nicht mit der in allen politischen Lagern geduldeten Teilnahme am Kampf um die Weltmeisterschaft im Abschieben. In dieser Gesellschaft ist die Armut ethnisch segmentiert und damit so verteilt, daß Solidarität, geschweige denn gemeinsamer Widerstand, kaum möglich ist. Und: Der weiße Westdeutsche hat immer einen, auf den er herabschauen kann.

Im Osten hingegen bietet sich ein etwas anderes Bild: Bei einem Anteil von zwei Prozent sind die Zuwanderer und ihre Armut noch fast unsichtbar. Durch Steuerbefreiungen und Steuergeschenke für die Eigner und Nutznießer eines parasitierenden Großkapitals einerseits und durch die existenzzerstörende Senkung der Sozialhilfe, durch Tagelohn, Arbeitsdienst und zur »Bedarfgemeinschaft« verklärter Blutschaftung für sozial Schwache andererseits werden vorsätzlich Verarmungsprozesse staatlich organisiert. Sie treffen im Osten eine ethnisch noch weitgehend homogene deutschstämmige Gesellschaft. (Hier wirken neben der Ausrottungspolitik der Nazis der ungleich höhere Anteil an Vertriebenen und die Abschottungspolitik des Stalinismus bis heute nach.) Zudem wird im Osten – völlig anders als im Westen – fast jede Familie von Hartz IV betroffen sein, denn im Osten darf man in kaum einem Fall von sozial gesicherten Großeltern auf sozial gesicherte Enkel schließen, zumeist nicht einmal auf sozial gesicherte Eltern. Im längst gekippten Osten geht eine gesamte Gesellschaft in den freien Fall über.

Sicherlich werden sich die momentanen Proteste erschöpfen, und Depression wird einkehren. Doch in den Tiefen der Gesellschaft findet eine – höchstwahrscheinlich irreversible – Verschiebung statt, die strategisch aber den Rechtsextremisten und nicht etwa der Politikfähigkeit oft nur simulierenden deutschen Linken nützen wird. Die netteste Geschichte aus diesem Segment der Gesellschaft wird im Moment übrigens unter einigen westeuropäischen Vorbereitern des Europäischen Sozialforums kolportiert: Die im Osten Deutschlands angeblich ausbrechende Revolution stehe unter der Führung der westdeutschen »Wahlalternative«. Die Osis sind eben nun einmal so verzweigt, daß sie selbst für den Protest eines Vormunds, natürlich eines westdeutschen, bedürfen.

Bleiben noch jene ganz wenigen Westdeutschen, die sich traditionell am linken Rand der Politik zu versammeln glauben. Sie machen oft den Eindruck, als ob sie nur deshalb an dieser Gesellschaft leiden, weil ihnen persönlich nie die Chance geboten wurde dazuzugehören. Zumeist repräsentieren sie niemand anderen als sich selbst.

Auf der Montagsdemo, die ich im August in Köln aufsuchte, wurde »Demonstration gearbeitet«. Ich sah nichts Lustvolles, keinerlei Spaß, schon gar nicht am Tabubruch. So wendete ich mich mit Grausen und entfloh – über die Deutzer Brücke zurück nach Deutschland.

JÖRN SCHÜTRUMPF

HELENO SAÑA

## Ist der Mensch heute frei?

In seinem 1994 erschienenen Werk *La cité de l'homme* fragte sich der französische Politologe Pierre Manent: »Warum ist sich der moderne Mensch so sicher, immer freier zu sein, wenn er in Wirklichkeit immer unterworfen wird?« Die Vorstellung von der immer größer werdenden Freiheit des Menschen ist ein Überbleibsel des aufklärerisch-bürgerlichen Denkens und dem aus ihm hervorgegangenen Mythos des unendlichen Fortschritts, ein Mythos, den das heutige herrschende System aus instrumentellen Gründen weiter pflegt und verbreitet. Der im Zusammenhang mit der ideologischen Konfrontation zwischen den kapitalistischen Ländern und dem Sowjetkommunismus entstandene Begriff »freie Welt« wird weiterhin benutzt, um den Menschen vorzugaukeln, dass sie in der besten aller möglichen Welten leben. Mit derselben oder ähnlichen Absicht spricht man von »civil society«, Rechtsstaat oder Pluralismus.

Die Moderne, von John Locke bis Jean-Jacques Rousseau, ist von der Überzeugung ausgegangen, dass alle Menschen von Natur aus frei geboren sind. Dieselbe Auffassung liegt der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und der Französischen Revolution zugrunde. Aber der Emanzipationsprozess gegen jegliche Form von Bevormundung und Unfreiheit ist bisher nicht nur unvollständig geblieben, sondern erlebt seit geraumer Zeit einen Rückfall in vergangene Zeiten. Wir besitzen heute zwar das allgemeine und gleiche Wahlrecht, aber trotzdem leben wir in keiner Demokratie, ein Begriff, welcher nichts anderes als Herrschaft des Volkes bedeutet. Wer heute regiert, ist nicht der souveräne Demos, sondern die oligarchische Macht des Kapitals. Entsprechend ist das demokratische Modell, das sich in den westlichen Ländern durchgesetzt hat, de facto eine Plutokratie oder Regierung der Reichen, auch wenn de jure wir alle als gleichberechtigte Bürger vor dem Gesetz gelten. Das Wahl- und andere Zivilrechte sind gewiss von unschätzbarem Wert, aber wenn sie von der Ungleichheit der Besitzverhältnisse abhängig werden, büßen sie ihren normativen Rang ein und verkümmern zu einem bedingten, zweitrangigen Gut. Dies ist genau, was heute geschieht.

Allein aus diesem Grund ist der gegenwärtige Mensch nicht frei, auch nicht in der westlichen Hemisphäre oder Ersten Welt. Vielmehr befinden wir uns inmitten einer neuen Unfreiheit. Wie kann man in einer Gesellschaft frei sein, die durch Angst und Verunsicherung gekennzeichnet ist – und dies schon auf der primären Ebene des *primum vivere*? Der »terreur économique«, auf den Viviane Forrester vor einigen Jahren aufmerksam machte, wird immer erdrückender.

Helena Saña – Jg. 1930, in Barcelona geboren, lebt seit 1959 als freier Schriftstellerin in der Bundesrepublik. Verfasserin von über 30 gesellschaftskritischen, kulturgeschichtlichen und philosophischen Büchern in spanischer und deutscher Sprache. Zuletzt: »Macht ohne Moral«, PapyRossa Verlag Köln 2003.

Der Text basiert auf einem Vortrag, den der Autor am 6. Juni 2004 im Bilderhaus Bornemann (Lübeck) hielt.

Vgl. Pierre Manent: *La cité de l'homme*, Paris 1994.

Vgl. Viviane Forrester: *L'horreur économique*, Paris 1996.

Um in Deutschland zu bleiben: Mehr als die Hälfte der Bundesbürger bangt um die Rente, den Arbeitsplatz und die Gesundheitsversicherung. Das ist das Ergebnis einer vom Sozialwissenschaftlichen Institut (SoWi) Ende 2003 durchgeführten Umfrage. In anderen vergleichbaren Ländern verhält es sich nicht anders. Und wenn dies die Lage in Gebieten ist, die zu den wohlhabendsten der Erde gerechnet werden, wie soll es mit der Freiheit von Milliarden Menschen stehen, die keine andere Erfahrung als chronisches Elend, systematische Unterdrückung und nackte Gewalt kennen? Aus dem jüngsten Jahresbericht von Amnesty International wissen wir, dass 2003 in 155 Ländern Menschenrechte missachtet und Gefangene mißhandelt und hingerichtet wurden. So sieht in Wirklichkeit die Neue Weltordnung aus.

Vgl. ai. amnesty international: Jahresbericht 2004, Bonn 2004.

Es gibt heute in der westlichen Welt keine Gedankenpolizei, kein Wahrheitsministerium, keine nächtlichen Verhaftungen, keine Verhöre durch politische Funktionäre, keine Säuberungsaktionen und keinen Großen Bruder, der alles sieht und kontrolliert, wie in der finsternen Zukunftsvision, die George Orwell in seinem Buch *1984* zeichnete. Vielmehr leben wir in einer permissiven und offenen Gesellschaft, in der Gedankenfreiheit, Meinungsvielfalt und Pluralismus herrschen, wie der ehrwürdige Karl Popper meinte und wie die jetzigen Claqueure des Systems weiter behaupten. Aber trotzdem sind wir nicht frei. Um sich darüber klar zu werden, muss man sich der herkömmlichen Totalitarismuslehren entledigen und sich von der klischeeartigen Idee befreien, Unfreiheit und Repression seien nur in despotischen Polizeistaaten klassischer Art möglich. Das ist das Schema, das uns seit Hannah Arendt von der Politologie in den vergangenen Jahrzehnten vermittelt worden ist. Den Nazifaschismus und den Stalinismus und Neostalinismus gibt es nicht mehr, aber das heißt nicht, dass mit ihnen die freiheitsfeindlichen Tendenzen aus der politischen Praxis verschwunden wären. Schon Herbert Marcuse stellte in seinem Buch *Der eindimensionale Mensch* fest, dass die spätkapitalistische Gesellschaft neue Formen totalitärer Praxis geschaffen habe, ohne dabei den Kern der bürgerlichen Freiheiten in Frage zu stellen. Nicht anders urteilte Peter Weiss: »Die amerikanische Form des Faschismus kann sich noch eine gewisse Liberalität leisten. Apologetische Unternehmungen wie *freie Presse, freie Meinungsäußerung* usw. verbergen nur dürftig das darunter liegende Muster der brutalen Gewalt«. Und was beide in den sechziger und siebziger Jahren schrieben, gilt umso mehr für heute.

Vgl. George Orwell: 1984, München 2002.

Vgl. Karl Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Tübingen 2002.

Vgl. Herbert Marcuse: Der eindimensionale Mensch, München 2004.

Vgl. Peter Weiss: Notizbücher 1971-80, Frankfurt a. M. 1981.

Die Freiheit, die wir noch haben, wird immer abstrakter, die Faktoren, die ihrer Umsetzung im Wege stehen, immer konkreter. Der gegenwärtige Mensch ist nicht ein autonomes, sondern ein heteronomes Wesen. Anstatt freier zu werden, wie das System immer wieder wiederholt, wird das Leben der Einzelnen immer mehr von den Eigeninteressen und Bedürfnissen des Großkapitals bestimmt. Darin besteht die neue Knechtschaft. Das System spricht laufend von der Eigenverantwortung des Einzelnen als Schlüssel eines sinnvollen und erfolgreichen Lebens. Aber wie soll ein Mensch verantwortlich für sein Leben sein, der schon als Schüler, Lehrling oder Student in Berührung mit den brutalen Sachzwängen des Systems kommt? Was die Apologeten des Systems Eigenverantwortung nennen, ist in

Wirklichkeit Fremdbestimmung und strukturelle Gewalt. Jeder Mensch erlebt heute das Dasein vorwiegend als Triebunterdrückung, als Selbstnegation und als Verzicht seiner tiefsten Bedürfnisse und Wünsche. Befriedigt werden lediglich – und selbst dies nicht immer – die künstlichen und repressiven Bedürfnisse, die das Kapital erzeugt, um sich selbst weiterhin reproduzieren zu können. Dem System gelingt es immer mehr, alle Werte und Lebensverhältnisse zu vermarkten, zu verdinglichen und zu enthumanisieren, ein Prozess, der mit der Dekonstruktion des Menschen selbst beginnt und den Zweck verfolgt, aus ihm ein gefügiges Spielzeug der immer rücksichtsloser werdenden Herrschaft des Geldes zu machen.

Und auch vom Staat ist immer weniger Beistand zu erwarten, auch er ist ein Teil der waltenden Unfreiheit geworden. Der heutige Staat ist, wie die Gesellschaft als Ganzes, ein Klassenstaat, der im Dienste der herrschenden Schichten steht und den Rest der Bevölkerung zunehmend im Stich lässt, an erster Stelle die Bedürftigen, Ausgegrenzten und Glücklosen. Es hat in der Geschichte kein Staat existiert, der als Wahrer der Gesamtinteressen des Volkes gehandelt hat, und daran hat sich kein Deut geändert. Der einstige Wohlfahrtsstaat keynesianischen und sozialdemokratischen Zuschnitts ist eine schöne Erinnerung geblieben. Was wir jetzt haben, ist eine Staat, der sich den vom Neoliberalismus eingeführten Deregulierungsprozess zu eigen gemacht hat und immer hemmungsloser Partei für das Kapital und gegen die Menschen ergreift, die auf seine Hilfe angewiesen sind. Was sich durchgesetzt hat, ist nicht die von John Kenneth Galbraith angestrebte und verkündete »Überflussgesellschaft«, sondern die von Milton Friedman und seinen Adepten im Namen des Monetarismus und des Kasino-Kapitalismus in Gang gesetzte Mangelgesellschaft. Die erste Folge dieser Fehlentwicklung ist die Zunahme der Erwerbslosigkeit. Das von Jeremy Rifkin angekündigte »Ende der Arbeit« nimmt immer dramatischere Formen an. Während sich einerseits die Entlassungen weltweit vermehren und die Armee der Arbeitslosen von Tag zu Tag größer wird, nimmt auf der anderen Seite die »overworking« oder »Überarbeitung« ständig zu. Das Gleiche gilt für die schlecht bezahlten Jobs. Der Arbeitsmarkt wird zudem immer weniger von allgemeingültigen Gesetzen und Vereinbarungen und immer mehr von willkürlicher Privatisierung und Deregulierung bestimmt, so dass man ruhig von einer zunehmenden Refeudalisierung der Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sprechen kann.

Auch die Technik hat sich in den Händen des Systems als ein zuzätzliches Mittel zur Aushöhlung der Freiheit erwiesen. Denn sie wird nicht zu einer Humanisierung der Lebensverhältnisse eingesetzt und ständig erneuert, sondern dient vorwiegend der Profitvermehrung oder militärischen Zwecken. Wie eng die Technik mit wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen verwoben ist, erweist sich schon aus ihrer Anwendung, wie Cornelius Castoriadis vor Jahren zum Ausdruck brachte: »Welchen Sinn hat es, von autonomer Entwicklung der Technik zu reden, wenn die Regierung der Vereinigten Staaten beschließt, eine Milliarde Dollar für die Erforschung der Raketentreibstoffe und eine Million Dollar für die Erforschung von Krebsursachen auszugeben?« Was man Rationalisierung nennt,

Vgl. John Kenneth Galbraith: Gesellschaft im Überfluß, München 1963.

Vgl. Milton Friedman: Kapitalismus und Freiheit, München 2004; Derselbe: Geld regiert die Welt, Berlin 1992.

Vgl. Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt a. M./New York 2004.

Vgl. Cornelius Castoriadis: Gesellschaft als imaginäre Institution, Frankfurt a. M. 2002.



ist nur ein anderes Wort für die Eliminierung von Arbeitsplätzen, Innovation nur ein neuer Vorwand, um die Arbeitskraft immer intensiver und immer schneller auszubeuten.

Nicht weniger schlimm steht es hinsichtlich der außenpolitischen Verhältnisse. Auch und gerade im Bereich der Weltinnenpolitik herrscht das Gesetz der Stärke, der Willkür und der Rechtlosigkeit. Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis heute hat die so genannte »freie Welt« unter der Führung der USA nicht aufgehört, die Freiheit, auf die sie sich vollmundig beruft, mit Füßen zu treten, wie die Aggressionskriege gegen Jugoslawien, Afghanistan und Irak zeigen, um nur die schwerwiegendsten Fälle aus der jüngsten Zeit zu nennen. »Als die größte Macht der Erde haben wir die Pflicht, der Freiheit zum Siege zu verhelfen«, sagte George W. Bush auf einer Mitte April dieses Jahres gehaltenen Pressekonferenz. Nun, was er als Freiheit verklärt, ist nichts anderes als brutaler Imperialismus, Staatsterrorismus und nackte Gewalt, wie unter anderem die Foltermethoden belegen, die die US-Armee in enger Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten CIA und FBI in Guantánamo, Irak, Afghanistan und anderen Ländern gegen so genannte »feindliche Kombattanten« anwendet. Das ist das wahre Gesicht der Operation »Enduring Freedom«.

Dieselbe Unfreiheit herrscht auf der Ebene der Ökonomie und der Finanzen. Alle wichtigen supranationalen Organisationen, die die Entwicklung der Weltwirtschaft bestimmen – Weltbank, IWF, Welt handelsorganisation (WTO), Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), General Agreement on Trade in Services (GATS) und viele andere –, werden von Funktionären ohne jegliche demokratische Legitimation geleitet und verwaltet, sind oligarchische Agenturen des Weltkapitals und seiner unzähligen Interessenverbände und Lobbies. Völlig zu Recht hat Pierre Bourdieu in *Contre-feux 2* in diesem Zusammenhang von einer »unsichtbaren Weltregierung« gesprochen. Das Kapital unterliegt keiner demokratischen Kontrolle, weder auf nationaler noch internationaler Ebene. Die Gesellschaft steht ihm und seinen Bewegungen und Machenschaften machtlos gegenüber. Die so genannte »Mitbestimmung« ist ein Treppenwitz geworden. Entschieden wird in den oberen Etagen der Großbanken und Großkonzerne, darunter auch die immer unverschämter werdenden Gehälter und Einkommen des Managements.

Das System hat sein eigenes Repressionsmuster erzeugt, das schon bei der Reduzierung des Menschen zum *homo oeconomicus* und zum *homo consumens* bei gleichzeitiger Entwertung der immateriellen Werte beginnt, gerade der Werte, die dem Dasein des Menschen einen tiefen Sinn geben könnten: Kunst, Kultur, Ethik Solidarität, Güte, Achtung für den Mitmenschen. Das Selbstverwirklichungsmodell, das das System für den Menschen parat hat, besteht aus einem billigen, plumpen Hedonismus, der jede hohe und sinnvolle Form von Menschsein ausschließt. Das heißt: selbst dann, wenn der Einzelne es schafft, im Sinne des Systems Erfolg zu haben, bleibt sein Leben ein entfremdetes, sinnloses, weggeworfenes Leben. Oder wie Max Horkheimer und Theodor W. Adorno in ihrer *Dialektik der Aufklärung* schrieben: »Unter den gegebenen Verhältnissen werden die Glücksgüter selbst zu Elementen des Unglücks«.

Vgl. Pierre Bourdieu:  
Contre-feux tome 2, Paris  
2001.

Vgl. Max Horkheimer,  
Theodor W. Adorno:  
Dialektik der Aufklärung,  
Frankfurt a. M. 1987.



Was das System als Erfüllung oder gutes Leben preist, ist nichts anderes als Ideologie, eine Ideologie, deren Funktion darin besteht, die Wahrheit zu verschleiern und den Menschen ein falsches Bewusstsein einzuimpfen. Gerade weil das System außerstande ist, seine Widersprüche und Aporien auf eine rationale Weise zu überwinden, ist für ihn die Produktion von Ideologie genauso wichtig oder noch wichtiger als die Herstellung von Waren. Das heißt: Der ideologische Überbau hat aufgehört, ein abgeleitetes Produkt der ökonomischen Basis zu sein, um selbst ein primärer Faktor zu werden. Mehr denn je sind die herrschenden Gedanken die Gedanken der herrschenden Klassen. Das System ist zynisch genug, um in Kauf zu nehmen, dass Milliarden Menschen hungern und unter unwürdigen Zuständen leben; was es sich aber nicht leisten kann, ist, dass seine Opfer die Augen aufmachen und es zur Rechenschaft ziehen. Daher die unverzichtbare Notwendigkeit, sich unter allen Umständen den Konsensus der Unterdrückten zu sichern. Um die Indoktrinierung der Einzelnen durchzuführen, stehen ihm die fast restlos gefügigen Massenmedien zur Verfügung, die nie aufhörende Werbung, die geistige und psychologische Manipulation durch die Unterhaltungs- und Kulturindustrie und der meistens verlogene Diskurs der politischen Kaste, über deren Zynismus und Schamlosigkeit ich kein weiteres Wort verlieren will. Die vom System und seinen medialen und politischen Lakaien pausenlos betriebene Apologetik erfüllt wiederum die Aufgabe, den Widerstand gegen die waltenden Verhältnisse im Keim zu ersticken und den Menschen von allen Werten abzulenken, die die Voraussetzung jeder Revolte bilden: Würde, Selbstachtung, Selbstwertgefühl. Der Endzweck dieser allseitig betriebenen Gehirnwäsche besteht darin, den Menschen zu überzeugen, dass es zu den bestehenden Verhältnissen keine glaubwürdige Alternative gibt. Das System begnügt sich nicht damit, sich selbst als Inbegriff der Vernunft und der Effizienz zu stilisieren. Zu dieser Selbstidealisation gehört explizit oder implizit die Abqualifizierung bzw. Diffamierung aller antisystemischen Positionen, die auf die Selbstaffirmation des Systems mit seiner Negation reagieren. Transzendenz im emanzipatorischen Sinn wird als weltfremd diskreditiert, jede Sehnsucht nach dem ganz Anderen als haltlose Utopie abgetan. Recht hat nur das positivistische Denken, das keine andere Wahrheit erkennt als die des *status quo*.

Weil das System aus einer großen Lüge besteht, muss es Lügen verbreiten und den Menschen in die Irre führen. Deshalb ist es für den Einzelnen so schwierig geworden, sich zu orientieren und zwischen Wahrheit und Unwahrheit zu unterscheiden. Daniela Dahn, die Trägerin des jüngst vergebenen Ludwig-Börne-Preises, hat in ihrem letzten Buch *Wenn und Aber* geschrieben: »Der angeblich so gefragte mündige Bürger muss sich durch ein Dickicht von Behauptungen, Informationen und Desinformationen, Lügen und Heuchelei eine Schneise schlagen, will er sich so etwas Gewagtes wie eine eigene Meinung bilden«. Trotzdem kennt oder ahnt man die Wahrheit, nicht nur eine Minderheit. Nur: Man beschränkt sich darauf, sie zur Kenntnis zu nehmen, ohne dieser Erkenntnis Taten folgen zu lassen. Aber Bescheid wissen allein genügt nicht, um von der Theorie zur aktiven Praxis überzugehen, wie Sokrates dachte. Aristoteles hatte

Vgl. Daniela Dahn: *Wenn und Aber*, Berlin 2002.

Recht mit seiner These, dass das Wissen des Willens bedarf, um sich durchzusetzen. Auch in einer so konformistischen Gesellschaft wie der unseren mangelt es nicht an kritischen Gedanken, aber sie gehen nur selten in Handlungen über, vor allem in Handlungen, die für die Machteliten gefährlich werden könnten. Warum ist es so? Weil wir alle mehr oder weniger von der waltenden Ideologie geprägt und vereinnahmt worden sind und zunehmend verlernen, uns gegen die herrschende Entfremdung, Irrationalität und Destruktivität zur Wehr zu setzen. Die meisten Menschen sind mit dem Bestehenden unzufrieden, aber sie scheuen die Gefahr des Kampfes und ziehen trotz alledem vor, weiter bequem und risikolos zu leben. Deshalb meiden sie die offene Konfrontation und verkriechen sich in ihrer Angst und ihrem erbärmlichen Alltag. Dazu kommt das allgegenwärtige Bewusstsein unserer Ohnmacht, der ständige Selbstzweifel an dem Sinn unseres Engagements für eine bessere Welt.

Früher stand der Mensch im Zentrum des Kosmos, jetzt wird er immer unbedeutender. Die Megastrukturen, die er selbst im Laufe der Jahrtausende errichtet hat, um seinen Aufenthalt auf der Erde erträglicher zu machen, haben seine eigene Stellung entwertet. Er hat längst aufgehört, das Maß aller Dinge zu sein, wie Protagoras meinte, um lediglich ein Ding unter den Dingen zu werden. Das gilt sowohl für den Menschen als Einzelsubjekt wie als gesellschaftliches Subjekt. Wir leben überdies in einer Zeit, in der sich die Menschen gegenseitig abkapseln und nur an sich denken. Daher fehlt die *religio* in ihrem ursprünglichen, etymologischen Sinn, als freiwillige Bindung zu den anderen. Dies ist auch die wahre »Irreligiosität«, die sich nach dem Tode Gottes durchgesetzt hat: der Tod der zwischenmenschlichen Bande. Das ist auch der Grund, warum der Mensch nicht Widerstand gegen seine Unfreiheit leistet, warum er sich mit einer Welt abfindet, die ihn zerstört und in jeder Beziehung negiert. Widerstand gegen die täglich erlebte Negation wird immer seltener und schwächer; was überwiegt, ist die Bereitschaft, sich mit der bestehenden Faktizität abzufinden. Daher auch die zunehmende Entpolitisierung. Die aristotelische Kategorie des *zoon politikon* führt ein dürftiges Dasein, staatsbürgerliches Engagement wird immer seltener. Ein großer Teil der Menschen klagt ständig über sein Los; aber anstatt zu kämpfen, ziehen die meisten von ihnen vor, ihre beschädigte Seelenverfassung zu verinnerlichen, sei es aus Ratlosigkeit, Mangel an Zivilcourage oder Resignation. Die politischen Parteien sind restlos diskreditiert, die Gewerkschaften verlieren zunehmend sowohl ihre Mitglieder wie ihre Mobilisierungskraft, die neuen sozialen Bewegungen haben nur punktuelle Erfolge zu verzeichnen oder haben sich mehr oder weniger mit dem System arrangiert, wie die Grünen oder viele Nicht-Regierungsorganisationen.

Die Widerstandskultur durchlebt eine tiefe Krise. Es gibt gewiss unzählige Nischen des Protestes, des Dissens und des zivilen Ungehorsams, aber sie reichen bei weitem nicht aus, um den Herrschenden wirklich Paroli zu bieten, geschweige denn, sie zu entmachten. Diese Schwäche der systemverneinenden Kräfte ist auch der Grund, warum das System mächtiger denn je geworden ist, obwohl die Folgen seiner Machtakkumulation immer verheerender werden. Das *Prinzip Hoffnung* von Ernst Bloch, das einst so viele Menschen zum

Kampf gegen Willkür, Unrecht und Unterdrückung beflügelte, hat seine frühere motivationale Kraft eingebüßt und verwandelt sich zusehends in trostlose Hoffnungslosigkeit und staatsbürgerliche Teilnahmslosigkeit.

Einsamkeit heißt nicht nur, allein zu sein, sondern auch, keine Kampfgefährten zu haben. Wenn wir den Blick auf unsere Mitmenschen richten, finden wir kaum potenzielle Verbündete, dafür allerlei Konkurrenten und Rivalen, die, anstatt mit uns für eine humanere Welt zu Felde zu ziehen, gegen uns zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen kämpfen. Oder mit den bitteren Worten von Julien Green: »Es geht immer darum, den Nachbarn aufzufressen«. Entsprechend wird das Miteinander durch das Gegeneinander ersetzt. Während die klassische Kultur mit dem sokratischen Dialog einsetzt, leben wir heute im Zustand der Dialogverweigerung. Das ist auch eine Form der Unfreiheit: Der Krieg aller gegen alle.

Neben der äußeren, objektiven Unfreiheit, die uns umgibt, gibt es eine innere, subjektive Unfreiheit. Unfrei sein in diesem Sinne bedeutet, sich von den Pseudowerten blenden und vereinnahmen zu lassen, die das System als *summum bonum* proklamiert. Solange wir es nicht schaffen, uns von dieser Transvestierung der Wahrheit zu befreien, werden wir Gefangene des Systems bleiben. Souveräne, selbstbewusste Subjektivität kann nur in offenem Widerspruch zum System gedeihen. Alles andere ist Selbstentfremdung und Selbstnegation.

Auf eine Umkehr der Weltverwalter selbst zu setzen, wie es die systemhörige Theorie tut, wäre verlorene Liebesmühe. Denn die Vertreter der Macht sind die ersten, die völlig unfähig geworden sind, selbstkritisch zu denken und schöpferische, poetische Alternativen zum Bestehenden überhaupt in Betracht zu ziehen. Das Einzige, wofür sie noch taugen, ist Geld zu raffen und ihre Privilegien zu behaupten. In letzter Zeit haben Politik, Wissenschaft und Medien über die Notwendigkeit heiß diskutiert, eine neue Elite als Ausweg zur Überwindung der herrschenden Misere zu züchten. Aber darunter versteht man keineswegs einen qualitativen Bruch mit den grundsätzlichen Prinzipien und Kategorien des Systems, sondern vielmehr ihre Verschärfung und Radikalisierung. Die Umsetzung eines solchen Anliegens würde unweigerlich zu mehr Wettbewerb, zu mehr Härte, zu mehr Leistung, zu mehr wilder Globalisierung, zu mehr Ungleichheit und zu mehr Ausbeutung, Unterdrückung und Sozialdarwinismus führen.

Genauso zwecklos und naiv wäre es, einen Neuanfang oder Paradigmenwechsel von dem so genannten Dritten Weg zu erwarten, den der Mode-Scharlatan und Demagoge Anthony Giddens als neues Heil der Zukunft in mehreren Büchern verkündet hat. Wir sehen in Deutschland, was aus dieser angeblichen neuen Mitte unter der Regie von SPD und den Grünen geworden ist. Nicht anders im England von Tony Blair. Die Sozialistische Partei Spaniens (PSOE), zu der auch der neue Regierungschef Rodríguez Zapatero gehört, wirbt für ein neues Sozialprogramm, in dem der ominöse Satz steht, wir leben mittlerweile in einer Gesellschaft »ohne Ausbeuter und Ausbeutete«. Die etablierte Linke tut heute nichts anderes, als die »dirty work« zu verrichten, die das System von ihr erwartet. Was sie Re-

Vgl. Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt a. M. 2001.

Vgl. Julien Green: Tagebücher 1981-90, Berlin 1995.

formen nennt, ist nur ein anderes Wort für die totale Kapitulation vor der »New Economy«.

Freiheit, die dieses Namens würdig ist, kann nur in einer humanen Gesellschaft Wirklichkeit werden. Aber wir leben im Zeitalter des Inhumanen, wie Paul Celan nach dem Tode von Albert Camus an René Chair schrieb: »Die Zeit richtet sich gegen diejenigen, die es wagen, menschlich zu sein – es ist die Zeit des Anti-Humanen«. Mein innigster Wunsch wäre, sagen zu können, welche Schritte unternommen werden müssten, um uns aus der prekären Lage zu befreien, in der wir uns befinden. Aber dafür habe ich kein allgemeingültiges, fertiges, halbwegs brauchbares und Erfolg versprechendes Rezept. Die einzige Möglichkeit, um nicht moralischen und geistigen Selbstmord zu begehen, ist: Lieber ein Außenseiter oder gar Besiegter zu bleiben, als Komplize der waltenden Irrationalität zu werden. Wahre Selbstverwirklichung bedeutet, im Einklang mit seinen Überzeugungen zu leben; schon allein deshalb schließt sie nicht unbedingt den Begriff Erfolg ein. Selbstverwirklichung kann vielmehr aus Verzicht, Opfer und Schmerz bestehen. Gesinnung ist ein innerer Wert und hat mit gesellschaftlicher Anerkennung nicht das Geringste zu tun. Das gilt für alle Zeiten, aber in erster Linie für Epochen, die für das Erhabene weitgehend unzugänglich geworden sind. Je empfindsamer, zarter und unegoistischer Menschen sind, desto gefährdeter sind sie, gefährdet bis hin zu Wahnsinn, Selbstzerstörung oder Freitod. Der Einsatz für das Humane war von je her mit dem Erfahren des Leidens verbunden. Die Griechen sprachen in diesem Zusammenhang von *pathein* (Erleiden), das Christentum beginnt mit dem Martyrium seiner Stifter. Paul Ricoeur hat in seinem Buch *Soi-même comme un autre* zu Recht darauf hingewiesen, dass jeder handelnde Mensch (*homme agissant*) zugleich leidend (*souffrant*) ist. Diese allgemeine Wahrheit trifft insbesondere auf Menschen zu, deren Handeln im Dienste eines hohen Ideals steht.

Wir leben heute im Zustand der Vermassung, der Mechanisierung und der Gleichschaltung, haben entsprechend aufgehört, Individuen in genuinstem und vollstem Sinne des Wortes zu sein. Es geht darum, uns aus dieser demütigenden und selbstverschuldeten Negation unseres Selbst zu befreien und wieder zu lernen, selbstbewusst, frei und eigenverantwortlich zu denken und zu handeln. Das wäre die einzige Möglichkeit, um Partei für das Prinzip Leben zu nehmen und uns gegen das Prinzip Tod zur Wehr zu setzen, in das uns das System geführt hat. *Tertium non datur*. Das Entweder-Oder von Kierkegaard steht wieder auf der Tagesordnung, nur dass es jetzt nicht mehr um Religion, sondern um einen Kampf zwischen Knechtschaft und Freiheit geht. Wir weigern uns, zu gefügigen Marionetten und Konsumrobotern der bestehenden Machtinteressen in ihren verschiedenen Erscheinungen degradiert zu werden. Wir wollen frei sein, nicht Untertanen eines zugleich bornierten und brutalen Systems, das keine andere Wahrheit kennt als Gewinnstreben und alles Wertvolle und Vorzügliche im Leben systematisch zugrunde richtet. Wir wollen wieder Menschen in integralem Sinn sein und in Übereinstimmung mit unseren wahren Bedürfnissen und Sehnsüchten leben.

Unsere Glücksansprüche sind zu hoch, um uns mit den Ersatz- und Pseudowerten abzufinden, die uns als höchstes Gut von der waltenden

Vgl. Sören Kierkegaard:  
Entweder, Oder. Teil I und II,  
München 2000.

den *Doxa* angeboten werden. Deshalb lehnen wir mit aller Entschiedenheit das Erfüllungsmodell ab, das das System uns vorschreibt, deshalb befinden wir uns im Zustand des Krieges mit ihm und all seinen Helfershelfern und Claqueuren in der Politik, in den Medien, in der Wissenschaft und in der Kulturindustrie. Ich bin nicht geboren, um mein Schicksal in die Hände von Sadisten, Betrügnern, Lügnern und Machtmenschen zu legen, die aus mir ein willenloses Partikel ihres Herrschaftswahns machen wollen. Was ich bin oder werden will, entscheide ich, nicht sie. Ich bin geboren, um meine Freiheit, meine Selbstachtung und mein angeborenes Recht auf ein von mir gewähltes Leben bis zu meinem Tod zu verteidigen. Nur wenn wir das verstehen, werden wir in der Lage sein, Widerstand gegen alles zu leisten, was uns in zunehmender Weise negiert und vernichtet. Voraussetzung dafür ist aber die Überwindung der Angst, die uns die Weltlenker einflößen. Ohne diesen Selbstbefreiungsprozess wird es keine gemeinsame, weltweite Befreiung geben.

ANDREAS HEYER

## Plädoyer für politische Utopien

Andreas Heyer – Jg. 1974,  
Dr. phil., Politikwissen-  
schaftler am Institut für  
Politikwissenschaft der  
Martin-Luther-Universität  
Halle-Wittenberg.  
Zuletzt in UTOPIE kreativ:  
Politische Utopien der  
europäischen Neuzeit,  
Heft 151 (Mai 2003)

Bereits kurz nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme in Osteuropa überschlug sich die Prognosefähigkeit der westlichen Wissenschaften und des Boulevard. Fukuyama verkündete angesichts dieses Scheiterns das Ende der Geschichte. Die liberalen und demokratischen Systeme blieben nach ihm als Sieger der Geschichte übrig, weitere Experimente seien ausgeschlossen oder ebenfalls zum Scheitern verurteilt. Neben Fukuyama verkündete Huntington den Kampf der Kulturen, der zwar kein solcher sei, aber darauf hinauslaufe, dass Stück für Stück die westliche Welt die anderen Kulturen einerseits absorbieren werde und andererseits genau dadurch aber die Eigenständigkeit und das Widerstandspotenzial dieser Kulturen stärke. Beide bauen damit auf jene These auf, die Popper bereits in den 50er Jahren vorgetragen hatte: Utopien und Gewalt gehören kausal zusammen. Wer Utopien umsetze, der müsse diese totalitären Systeme zwangsläufig durch Gewalt aufrechterhalten. Die einzige Alternative seien die demokratischen und liberalen Systeme des Westens. Vergessen ist in dieser Analyse, darauf haben Johanno Strasser und Hermann Klenner in aller Deutlichkeit hingewiesen, vor allem eines: Dass die liberalen Systeme nämlich auch kapitalistisch organisiert sind und dass das notwendige Gleichgewicht zwischen Politik und Markt auf Dauer auch nicht funktioniert, da der Markt immer versuchen wird, die Sphäre des Politischen zu absorbieren.

Mit Fukuyama und Huntington sind die zwei bekanntesten Prognostiker der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts bezeichnet. Die liberalen Demokratien, die nun nicht mehr dem staatlichen Sozialismus gegenüberstanden, wurden anderen Prozessen ausgesetzt. Hinter Stichworten, wie Globalisierung, europäische Integration oder Standort, wurden die verschiedensten Konzepte gehandelt. Die Nationalstaaten seien abzuschaffen, sagten die einen, sie seien zu stärken, die anderen, der Kapitalismus sei schlecht (aber trotzdem alternativlos), sagte Forrester, er sei zu zivilisieren, behauptete Dönhoff. Vieles ist mittlerweile in Vergessenheit geraten, die Empirie hat an verschiedenen Orten in der Welt sich gegen die Erfassung durch diese und andere Theorien entschieden.

Mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme ist auch die Fähigkeit der liberalen Staaten gesunken, sich selbst zu hinterfragen und zu kritisieren. Gerade aus dieser Zeitdiagnose heraus ist es zu erklären, dass aus den verschiedensten politischen Positionen heraus ab 1990 vor allem eines verkündet wurde: Das Ende der Utopie als



konsequenter Ausdruck des Endes der totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts. Francois Furet hat den Prozess des Entstehens und des Scheiterns des Sozialismus auf die Formel vom Ende der Illusion gebracht. Michael Winter sprach vom Ende eines Traumes, Orlando Figes von der Tragödie des russischen Volkes, Hans Magnus Enzensberger verabschiedete das utopische Denken und Ralf Dahrendorf blickte emphatisch in die Zukunft angesichts der Möglichkeiten des sich ausdehnenden liberalen Kapitalismus. Was blieb, ist die oftmals intendierte grundsätzliche These, dass die politische Utopie für den Sozialismus verantwortlich sei und dass man nun mit dem Sozialismus auch auf die Utopien verzichten könne. Auf den Punkt gebracht wurden all diese Entwicklungen und Ansätze von Joachim Fest, der in seinem Essay »Der zerstörte Traum« das Ende des utopischen Zeitalters propagierte und forderte, dass man sich nun endlich wieder, wie dereinst im italienischen Faschismus, der Tagespolitik zuwenden und aufhören, den Schreckgespenstern der Geschichte hinterherzulaufen.<sup>1</sup>

Was bei solchen Thesen allerdings verkannt wird, ist die Tatsache, dass gerade die politische Utopie das oben kurz beschriebene intellektuelle Vakuum des kritischen Umgangs mit der eigenen Zeit und der eigenen Gesellschaft zu füllen vermag. Wer die politische Utopie verabschiedet, der trennt sich gleichzeitig von einem zentralen Strang des abendländischen Denkens. Denn gerade die Utopien waren es, in denen seit der Antike und dann wieder seit dem 16. Jahrhundert die Kritik an der eigenen Zeit formuliert und mit alternativen Gegenbildern konfrontiert wurde. Die politische Utopie ist einer der Rahmen (oder moderner ausgedrückt Diskussionsforen), innerhalb derer die intellektuelle Selbstvergewisserung über Fehler und Möglichkeiten der Gesellschaft erfolgen kann und muss.

Gerade mit Blick auf das letzte Jahrzehnt bleibt festzustellen, dass den liberalen Demokratien in immer stärkerem Maße eine gewisse Skepsis entgegengebracht wird. Politikverdrossenheit ist eines der Stichwörter, die einmal fassen sollten, was heute kaum noch erklärbar ist. Denn mittlerweile ist diese angebliche Verdrossenheit an der Politik zum Beispiel ersetzt durch einen gut organisierten und geplanten Kampf von Globalisierungsgegnern und anderen Gruppen gegen die Nationalstaaten der westlichen Welt und gegen ihre übernationalen Organisationen. Der Liberalismus hat, allen Prognosen und Abwehrversuchen zum Trotz, dennoch wieder eine neue (alte) Alternative erhalten. Es ist die maßgeblich auf Gustav Landauer und Martin Buber zurückgehende Gegenüberstellung von zentralistischem und demokratischem Sozialismus. Der Zusammenbruch des Ostblocks bedeutet eben nicht das Ende der Utopien oder das Ende des Sozialismus, er verdeutlicht vielmehr das Scheitern zentralistischer Planung. Die weiter zu revitalisierende Alternative kann auch jetzt ein demokratischer Sozialismus sein, ist doch in ihm das Potenzial der Kritik an den Verirrungen des Sozialismus bereits enthalten, aber ins Positive gewendet und emanzipatorisch nach vorn gerichtet.

Es ist vor allem Richard Saage zu danken, dass die politische Utopie im wissenschaftlichen Raum und über diesen hinaus noch Beachtung findet. Gegen Ernst Bloch genauso wie gegen Karl Mannheim, Hans Freyer, Karl Raimund Popper oder Joachim Fest hat er

1 Die Perfidität der Argumentation von Fest ist in der Tat kaum zu übertreffen. Er setzt Utopien und die totalitären Regime nicht nur gleich, sondern begreift darüber hinaus den Nationalsozialismus als Antwort auf die russische Revolution. Diskreditiert sind damit bei ihm die Utopien, der Sozialismus, der Nationalsozialismus als Spielart des Sozialismus und die liberalen Systeme, da sie alle diese Entwicklungen erst ermöglichten. Nur der italienische Faschismus ist nach ihm keine Verirrung der Moderne. Fest schreibt: »Vielmehr bezog er (der italienische Faschismus, A. H.) aus dem Einst gerade sein Selbstbewusstsein, und hinter dem Pathos der römischen Größe, die Mussolini von den Hügeln der Stadt her beschwor, lag nur ein imperialer, kein auf die Rettung oder gar Erlösung der Welt gerichteter Ehrgeiz.« Der italienische Faschismus wird so zur letzten Alternative, weil er angeblich keine Beglückungsstrategie mitliefere, sondern »nur« imperial orientiert gewesen sei. Joachim Fest: *Der zerstörte Traum*, Berlin 1991, hier S. 42.



2 Die Ausführungen von Morus seien an dieser Stelle ausführlich zitiert: »Das sind eure Schafe, sagte ich, die so sanft und genügsam zu sein pflegten, jetzt aber, wie man hört, so gefräßig und bössartig werden, dass sie sogar Menschen fressen, Felder, Gehöfte und Dörfer verwüsten und entvölkern. Denn überall, wo in eurem Reiche feinere und daher bessere Wolle erzeugt wird, da sind hohe und niedere Adlige, ja auch heilige Männer, wie einige Äbte, nicht mehr mit den jährlichen Einkünften und Erträgen zufrieden, die ihren Vorgängern aus den Landgütern erwachsen. Es genügt ihnen nicht, müßig und üppig zu leben, der Allgemeinheit nicht zu nützen, sofern sie ihr nicht sogar schaden; sie lassen kein Stück Land zur Bebauung übrig, sie zäunen alles als Weide ein, reißen die Häuser ab, zerstören die Dörfer und lassen gerade noch die Kirchen als Schafställe stehen, und, als ob die Wildgehege und Tiergärten bei euch noch zu wenig Ackerboden beanspruchten, verwandeln jene edlen Leute alle Ansiedlungen und alles, was es noch an bebautem Land gibt, in Wüsten. Damit also ein einziger Prasser, in seiner Unerblichkeit eine unheilvolle Pest für sein Vaterland, einige tausend Morgen zusammenhängenden Ackers mit einem einzigen Zaun einfrieden kann, werden die Pächter vertrieben; durch Lug und Trug umgarnt oder mit Gewalt unterdrückt, werden sie enteignet oder, durch Schikanen zermürbt, zum Verkauf gezwungen.« Quelle: Thomas Morus: *Utopia*, abgedruckt bei: Klaus J.

den neuzeitlichen Diskurs der politischen Utopie neu bestimmt und dadurch, dass er ihn analytisch fokussiert hat, auch ein Stück weit wieder belebt.

Gerade die Vita von Thomas Morus evidiert die These des hohen Stellenwertes der politischen Utopie als Mittel der Selbstvergewisserung und Selbstverortung. Morus war durch seine staatlichen Ämter im England des 16. Jahrhunderts und durch seine guten Beziehungen zu Heinrich VIII. durchaus in der Lage, ordnend und regulierend in die Verhältnisse seiner Zeit einzugreifen. Seine Stimme hätte in der Diskussion um die Probleme der Zeit ein Gewicht gehabt. Doch genau dieses Engagement sucht er nicht. Er handelt nicht in der Gegenwart, sondern stellt der Kritik an der eigenen Zeit ein imaginiertes Gegenbild eines besten Gemeinwesens gegenüber: Im Jahr 1516 erscheint die »Utopia«. Nach dem Staatsroman von Morus, wie Robert von Mohl das Werk bezeichnete, leitet die Gattung der Utopie ihren Namen ab. Und ein Weiteres ist entscheidend. Nicht wegen »Utopia« wurde Morus hingerrichtet, sondern weil er die Heiratspolitik von Heinrich VIII. und die damit verbundene Abspaltung Englands von der katholischen Kirche in Rom nicht mittragen wollte. Die »Utopia« aber wurde über die Humanistenkreise hinaus ein europäischer Bestseller und sie war geachtet sowohl wegen der Kritik als auch wegen des alternativen Gegenbildes. Die Mächte des 16. Jahrhunderts hatten im Falle von Morus dem Intellektuellen das Recht zur Kritik eingeräumt.

Dies überrascht um so mehr, als die kritische Zeitdiagnose von Morus in ihrer Radikalität im 16. Jahrhundert kaum übertroffen wurde. Erst Winstanley wird mit seinen Schriften, darauf hat Hermann Klenner hingewiesen, an diese sozialkritischen Tendenzen von Morus anknüpfen. Morus kritisiert mit der Einhebungsbewegung den beginnenden Prozess der Akkumulation von Kapital, der allerdings noch an den Besitz von Land gekoppelt ist. Das Weideland war es, das von den englischen Grundbesitzern (Gentry) zur Ausweitung der Wollproduktion für die Schafzucht benötigt wurde. Daher wurden Bauern enteignet, vertrieben und das Gemeindeland in immer stärkerem Maße annektiert. Solchermaßen entstand eine verarmte Unterschicht, die zwangsläufig mit dem Gesetz in Konflikt geriet. Morus hat diese Entwicklung auf die klassische Formel gebracht, dass nun die Schafe schon die Menschen fressen.<sup>2</sup>

Wie bereits angesprochen, versucht Morus aber nicht, diese Konflikte im Rahmen seiner Ämter im englischen Staat zu lösen, sondern er schildert vielmehr einen Ort, an dem diese Probleme nicht vorhanden sind. Die alternative Gesellschaft auf der Insel Utopia erscheint im Licht der Kritik an der eigenen Zeit als idealer Raum, die für dieses Ideal allerdings einen hohen Preis zahlt.

Der Ort Utopia ist von der Außenwelt völlig abgeschieden. In einem gigantischen Projekt haben die Bewohner Utopias aus der ehemaligen Halbinsel eine Insel gemacht, indem sie den Weg zum Festland abgegraben haben. Nötig ist diese Abgeschiedenheit vor allem durch die zentrale Prämisse gesellschaftlichen Zusammenlebens: das Gemeineigentum. In Utopia ist das Privateigentum aufgehoben und damit nach Morus das Konfliktpotenzial der europäischen Herkunftsgesellschaft. An dieser Stelle setzt zumeist die konservative

Utopiekritik ein. Denn dem Gemeineigentum entspricht weitergehend eine relative Gleichheit in den verschiedensten Lebensbereichen; vom Essen über die Kleidung bis hin zur Bildung. Während die Kritiker der »Utopia« immer die Determination des Individuums durch den Staat und die Abschaffung des Eigentums kritisierten, gerieten die positiven und emanzipatorisch nach vorn gerichteten Implikationen der Gleichheit zumeist in den Hintergrund. Denn alle Utopier haben die gleichen Rechte und Pflichten, die Differenz zwischen arm und reich ist aufgehoben, alle haben das Anrecht auf Bildung und Kultur.

Diese mögliche Kritik an »Utopia« ist von Morus aber gerade dadurch aufgehoben, dass er das imaginierte Gegenbild eben nicht zur Umsetzung empfiehlt. Die Gleichschaltung von Utopie, Kommunismus und Faschismus, wie sie Fest, Nolte, Popper, Dahrendorf und etwa auch Enzensberger behauptet haben, wurde damit bereits vom ersten Klassiker des Genres verneint. Es geht Morus vor allem um den Konflikt von Privat- und Gemeineigentum und damit um den Nachweis, dass viele der menschlichen Verbrechen und Laster aus der europäischen Eigentumsstruktur resultieren. Würde man Utopia verwirklichen, so erhielte man in der Tat einen totalitären Staat mit einer auf einen Zweck festgelegten Beglückungsstrategie. Nutzt man Utopia aber als kritische Folie für die eigene Herkunftsgesellschaft und damit vor allem als intellektuelles Gedankenexperiment, dann erkennt man den Wert der politischen Utopie. Und Morus hat genau diese Grenze eingezogen, indem er die Verwirklichung der Gesellschaft Utopias in Europa mehrfach verneinte. Dass die liberale Gesellschaft vermeint, auf diese Ideen verzichten zu können, das normative und regulierende Prinzip der Gleichheit außer Kraft setzen zu können, spricht nicht gegen die Utopien, sondern gegen den Liberalismus.

Die Utopie wird so zum prinzipiellen Recht auf Kritik. Mit dem Sozialismus ist nicht die Utopie verlorengegangen, sondern eine spezielle Form totalitärer und zentralistischer Herrschaft (Kropotkin, Landauer, Buber). Neu ist dies nicht. Die Liste der gescheiterten quasi-utopischen Projekte ist lang. Zu nennen sind vor allem Platons Rolle in Syrakus, die Jesuitenmissionen in Paraguay, die errichteten Idealstädte, denen eine lange europäische Tradition zukommt, zu nennen sind aber auch die zahlreichen Versuche des 19. Jahrhunderts, vor allem in Amerika utopische Projektionen in die Wirklichkeit zu setzen. Es kommt nicht darauf an, die Gemeinsamkeiten zwischen den Utopien der frühen Neuzeit und den totalitären Systemen des 20. Jahrhunderts aufzuzählen und zu wiegen, sondern diesen einen Unterschied zu erkennen. Wer Utopien verwirklichen will, der entutopisiert sie.

Das eigentlich Entscheidende ist nun aber, dass dem Diskurs der neuzeitlichen politischen Utopie diese Problemlage sehr wohl bekannt war. Daraus resultiert unter anderem die Grenze, die Morus der Verwirklichung seines Gemeinwesens entgegengesetzte, daraus resultiert aber auch die Entwicklung des utopischen Genres überhaupt.

Es sind die Utopisten des 18. Jahrhunderts, die dem der Utopie inhärenten archaischen Potenzial des Kollektivgeistes das Ideal der unberührten Natur konfrontieren und damit das Ideal des gedrossel-

Heinisch (Hg.): Der utopische Staat. Morus (Utopia), Campanella (Sonnenstaat), Bacon (Neu-Atlantis), Reinbek bei Hamburg 1993, S. 26.

ten Fortschritts. Gegen die entstehende bürgerliche Gesellschaft entwerfen Autoren wie La Fontaine oder Diderot die Fiktion des Einklangs von Mensch und Natur in den Frühzeiten der geschichtsphilosophisch gedeuteten Menschheitsgeschichte. Die anarchistische Utopie ergänzt die archaische Linie alternativen Denkens. Und auch an dieser Stelle wehren sich die Utopisten gegen eine Verwirklichung dieses Ideals, das erneut vor allem als Möglichkeit der Kritik der Herkunftsgesellschaft gedeutet wird. Es ist die Entdeckung Tahitis um 1770, die in Europa eine Euphorie auslöst, die so bisher kaum existent war. Die entdeckte Insel Tahiti wird zum Inbegriff des Einklangs von Mensch und Natur und damit in der Wahrnehmung Europas zum tatsächlich vorhandenen utopischen Raum. Doch genau an dieser Stelle interveniert Diderot, der mit dem »Nachtrag zu Bougainvilles Reise« die bekannteste Tahiti-Utopie schrieb. In dem Moment, so Diderot, an dem Utopia und Europa miteinander konfrontiert werden, etwa durch die Entdeckung Tahitis, ist der utopische Ort zerstört. Was bleibt ist der Fortschritt, der auf wissenschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Gebieten zumindest eine bessere Zukunft zu verwirklichen vermag. Genau hierfür aber brauche die Gesellschaft Visionen und handlungsanleitende Ideen, also die Fiktion staatsfreier Gesellschaften.

Die Utopie darf nicht umgesetzt werden, auf diese Formel lassen sich die Aussagen von Autoren wie Rousseau, Diderot, Voltaire oder d'Alembert zurückführen. Die Utopisten des 19. Jahrhunderts werden genau diese Position, die seit Morus den meisten Utopien beigegeben ist, verneinen. Es ist der einsetzende Industrialisierungsprozess, der mit seinem durch die Maschine abgesicherten Entwicklungspotenzial dazu führt, dass die Utopisten diese Warnung aufgeben. Nach Owen, Saint-Simon, Fourier, Cabet und anderen ist ein solch ungedrosselter industrieller Fortschritt vorstellbar, dass nur noch die Verteilung der Gewinne und damit die Teilhabe am produzierten Reichtum verändert werden müsse, um innerhalb einer ziemlich kurzen Zeitspanne Utopia im Jetzt zu verwirklichen.

Den Utopien des 19. Jahrhunderts sind oftmals dezidierte Vermittlungs- und Transformationsstrategien beigegeben, wie innerhalb weniger Generation die Fehler der europäischen Gesellschaft, vor allem die Ausdifferenzierung in Arm und Reich, behoben werden können. Es ist die Französische Revolution, die durch ihr enormes Krisenpotenzial die Utopisten davor zurückschrecken ließ, eine solche Verwirklichung Utopias durch Revolution herbeizuführen. Vielmehr geht es darum, auf dem Boden der Industriegesellschaft und mit den erlaubten Mitteln den Umschwung herbeizuführen. Hinzu trat als Weiteres, dass man das, was für Europa geplant war, in mikrokosmischen Gemeinwesen in Amerika ausprobierte. Doch die idealen Siedlungen in Amerika (wie Owens »New Harmony«) scheitern, und zwar oftmals an der Struktur menschlichen Handelns, die sich ganz im Sinne der Warnungen des 18. Jahrhunderts gerade nicht planen lässt.

Bereits im 19. Jahrhundert wurden die verschiedenen utopischen Projekte der genannten Autoren einer scharfen Kritik unterzogen. Zu nennen ist neben den bekannten Schriften von Marx und Engels vor allem die ästhetische Konzeption, wie sie unter anderem Wilde ver-

trat. Er rekurrierte auf den ebenfalls im 18. Jahrhundert thematisierten Konflikt zwischen Leidenschaften und utopisch begründeter Herrschaft. Da er aber trotzdem Mitglied der Industriegesellschaft war und den maschinellen Fortschritt bejahte, verkündete er nicht die Rückkehr zur Natur. Vielmehr wird bei ihm nun die Maschine herangezogen, um den Menschen von der erniedrigenden Fron der Arbeit zu befreien. Die Maschine verbürgt den ständigen Fortschritt und die Menschen können so ihre Zeit für die Ästhetik nutzen, also lesen, spielen, ins Theater gehen etc. Bei Wilde wird in aller Intensität deutlich, dass es ihm dem Selbstanspruch nach darum ging, den Menschen auf das durch ihn repräsentierte ästhetische Niveau zu heben. In seinem Essay »Die Seele des Menschen unter dem Sozialismus« ist erkennbar, dass sein Ziel ein ästhetisch begründeter Sozialismus war, der sich vom deutschen Kulturpessimismus um 1900 vor allem durch seine Stoßrichtung in eine emanzipierte Zukunft unterschied. Ruskins, Morris und Wilde vertraten damit im Unterschied zu Owen, Fourier und Saint-Simon die Individualität, während die Letztgenannten kollektive Lösungen präferierten.

An diesem Punkt setzten dann die Autoren des 20. Jahrhunderts an. Wer Samjatin's »Wir« und die dortige radikale Zukunftsprognose gelesen hat, der erkennt, dass der utopische Diskurs in der Lage ist, seine eigenen Positionen kritisch zu hinterfragen. Bei Samjatin und später dann auch bei Orwell und Huxley ist in der Kritik, was bei Owen und anderen noch positiv gezeichnet war. Die anonyme Herrschaft über den Menschen, ermöglicht durch Technik, Uniformität und Überwachung. Und dennoch, Samjatin kritisiert nicht die Utopien an sich, er kritisiert den Versuch der Umsetzung der Utopien im Allgemeinen und Bogdanows utopische Entwürfe im Besonderen.<sup>3</sup>

Denn bei Bogdanow kulminiert die Technikfaszination der politischen Utopien und vor allem des 19. Jahrhunderts. Die Erde wird gesprengt, damit eine Gruppe Auserwählter auf einem anderen Planeten mit der Errichtung eines neuen Gemeinwesens beginnen kann.

Samjatin's Utopie und auch seine weiteren Werke sind zentral für die notwendige Unterscheidung zwischen politischen Utopien und den totalitären Systemen des 20. Jahrhunderts. In seinem »Brief an Stalin« beschreibt Samjatin detailliert das Innenleben des Schriftstellers. Wer einem Schriftsteller den freien und ungebundenen Schöpfungsprozess verbietet, der tötet ihn. Samjatin verteidigt das prinzipielle Recht des Intellektuellen auf Kritik. Er klagt, gerade auch als Utopist, das ein, was Morus noch voraussetzen konnte: Dass der Staat, die Gesellschaft und ihre Repräsentanten ein Interesse an einer kritischen Begleitung ihrer Politik und Entscheidungen haben sollten.<sup>4</sup>

Parallel zu den dystopischen Romanen erreichte eine zweite kritische Linie zu den archaischen Utopien ihren Höhepunkt. Es ist die bereits kurz angesprochene Auseinandersetzung mit dem dogmatischen Marxismus durch Proudhon, Kropotkin und Landauer. Gerade die Werke von Landauer (»Aufruf zum Sozialismus«, »Die Revolution«) verdeutlichen, dass für viele Denker die Möglichkeit existierte, Sozialismus auch gegen den Dogmatismus von Marx und Engels zu verwirklichen. Sozialismus statt Marxismus, auf diese prägnante Formel ließe sich das Denken Kropotkins und Landauers

3 Alexander Bogdanow: Der rote Planet. Ingenieur Menni. Zwei utopische Romane (1907, 1912), hrsg. von P. Rollberg, Berlin 1989. Bogdanow schrieb seinen ersten Roman wahrscheinlich auf Veranlassung Lenins, der durch diese Forderung das von Marx und Engels geforderte Utopieverbot zurückdrängte zu Gunsten von Visionen der Ausgestaltung zukünftiger sozialistischer Gesellschaften. Hinter dem Pseudonym Bogdanow verbarg sich Alexander Malinowski, neben Lenin einer der wichtigsten Führer der bolschewistischen Partei.

4 Jewgenij Samjatin: Brief an Stalin (1931). Hier schreibt er: »Für mich als Schriftsteller kommt der Entzug jeder Möglichkeit zu schreiben einem Todesurteil gleich, und die Umstände haben sich so zugespitzt, daß ich meine Arbeit nicht fortsetzen kann, denn in einer Atmosphäre systematischer, sich von Jahr zu Jahr verstärkender Verfolgung ist jegliche Art von schöpferischer Tätigkeit undenkbar. Ich will keinesfalls die beleidigte Unschuld spielen. Ich weiß, daß in den ersten 3-4 Jahren nach der Revolution unter den von mir verfaßten Sachen auch solche gewesen sind, die Anlaß zu Angriffen boten. Ich weiß, daß ich die unangenehme Eigenschaft besitze, nicht das zu sagen, was im gegebenen Moment angenehm ist, sondern das, was ich für die Wahrheit halte.« In seinem Essay »Das Ziel« hatte Samjatin bereits 1926 ausgeführt: »Will der Künstler die Leser erreichen, darf er nicht über die Mittel sprechen, sondern über das Ziel – über das große Ziel, dem die

Menschheit zustrebt.«  
 Beide Zitate nach Jewgenij  
 Samjatin: Werke in 4 Bän-  
 den, hrsg. von Karlheinz  
 Kasper, Leipzig, Weimar  
 1991.

bringen. Martin Buber hat in den 40er Jahren mit seiner Schrift »Pfade in Utopia« und zeitgleich mit Popper diese Linie des sozialistischen und utopischen Denkens revitalisiert und neu belebt. Zugleich hat er die Konzeption eines demokratischen und individualistischen Sozialismus als Alternative den staatssozialistischen Staaten ebenso gegenübergestellt wie den liberalen und kapitalistischen Systemen der westlichen Welt.

Wenn in den letzten zehn Jahren die politische Utopie verabschiedet oder für tot erklärt wurde, so genau gegen diese Kritik Samjatins. Die liberale Gesellschaft vermeint, als »Sieger der Geschichte« ohne Kritik auskommen zu können. Eine so genannte »Neue Mitte« soll in der politischen Sphäre Stück für Stück die beiden Pole links und rechts absorbieren und die nicht absorbierten Reste als extremistisch zur Rechenschaft ziehen. Die liberale Gesellschaft der letzten Jahre war in diesem Sinne vor allem durch eines gekennzeichnet: Sie war auf der Suche nach neuen Feindbildern, um auf diese Weise wieder zur Selbstreflexion zurückzufinden. Dass dies mittelfristig nicht funktionieren kann, muss nicht erwähnt werden.

Es ist die politische Utopie, die als Bestandteil der abendländischen Kultur dieses selbstreflexive Potenzial bereits enthält. Wer sich mit Utopien auseinandersetzt, der betont das prinzipielle Recht auf Kritik (auch der besten Gesellschaft oder mit Leibniz der »besten aller möglichen Welten«), der verankert aber den Intellektuellen in der eigenen Herkunftsgesellschaft. Eine liberale Gesellschaft, die auf Visionen oder Utopien verzichtet, hat tatsächlich mit Fukuyama das Ende der Geschichte erreicht oder den Punkt, den Spengler noch prophetisch-polemischer als den Untergang des Abendlandes bezeichnete. Auch die so genannte Postmoderne ist nur deshalb moderner als die Moderne, weil es eine Vergangenheit gibt.

Doch überlassen wir das Schlusswort Oscar Wilde. Dieser schrieb in seinem Essay »Die Seele des Menschen unter dem Sozialismus«: »Eine Weltkarte, auf der das Land Utopia nicht verzeichnet ist, verdient nicht einmal einen flüchtigen Blick, denn ihr fehlt das Land, das die Menschheit seit jeher ansteuert.«



KARL-HEINZ GRÄFE

## Von der A sternrevolution zur Räterepublik. Ungarn 1918/19

Im Gefolge des Ersten Weltkrieges reifte in der ungarischen Reichshälfte der Habsburger Doppelmonarchie eine revolutionäre Situation heran, die Ende Oktober 1918 in eine Revolution überging. Sie endete Anfang August 1919 durch das Zusammenspiel von äußerer und innerer Konterrevolution. Ihr historischer Platz wird kontrovers beurteilt.<sup>1</sup> R. Pipes behauptet, daß die Räteregierung »kaum für die ungarische Bevölkerung repräsentativ gewesen« sei, weil 18 der insgesamt 26 Kommissare Juden waren. Er beschuldigt die ungarischen Kommunisten, den »nationalistischen Extremisten in die Hände gespielt« und die »blutigen Judenpogrome« verursacht zu haben.<sup>2</sup> Das »Schwarzbuch des Kommunismus« unterstellt, die Räterepublik sei »der erste Fall, in dem die Bolschewiki ihre Revolution exportieren konnten«.<sup>3</sup> Der Terror der sog. Leninbuben des Matrosen József Cserny (sie hätten 80 der 129 Toten der Rätewacht zu verantworten) sei das Charakteristische für die 133 Tage Räteherrschaft gewesen; kein Wort über den weißen Massenterror – die 5 000 Ermordeten, die 70 000 Eingekerkerten, die 100 000 aus dem Lande Vertriebenen! Nach P. Lendvai war die Lüge vom »Dolchstoß« der Revolutionäre in den Rücken des ungarischen Volkes »von ungeheurer Bedeutung für die Dynamik des ungarischen Antisemitismus der Zwischenkriegszeit. ... Der Jude war jetzt nicht mehr nur der von Gott Verdammte, der Wucherer, der Preistreiber, sondern der Todfeind der ungarischen Nation schlechthin.«<sup>4</sup> Die Ermordung von einer halben Million ungarischer Juden 25 Jahre nach der Niederschlagung der Revolution war zwar ein Ergebnis nazideutscher Genozidpolitik, erfolgte aber mit Unterstützung des faschistischen Regimes unter dem Großgrundbesitzer Miklós Horthy de Nagybánya (1919-1945).

In ihren Urteilen über die Räterepublik und ihre führenden Persönlichkeiten war die Historiographie der ehemaligen Ostblock-Staaten maßgeblich vom Schicksal beeinflußt, das herausragende ungarische Revolutionäre und Theoretiker während des Großen Terrors in der UdSSR erlitten.<sup>5</sup> Anliegen der vorliegenden Untersuchung ist, die inneren Bedingungen wie die internationalen Einflüsse des einheitlichen, in sich dennoch differenzierten Revolutionsvorganges in historischer Kontinuität und Differenziertheit aufzuhellen; dabei werden Handlungen, Wandlungen und Wirkungen wichtiger Akteure in Erinnerung gerufen.

### *Die »A sternrevolution« 1918*

Etwa die Hälfte der 18,2 Millionen Menschen des Königreichs Ungarn gehörte zur staatstragenden magyarischen Nation; die größten

Karl-Heinz Gräfe – Jg. 1938, Historiker, Prof. Dr., Arbeitsgebiete: Geschichte der UdSSR und Osteuropas. Zuletzt in UTOPIE kreativ: 1953: die Krise des Imperiums und der »Neue Kurs« in Osteuropa, in: Heft 152 (September 2003).

1 Vgl. Geschichte der ungarischen revolutionären Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis 1962, Berlin 1983; András Siklós: Ungarn 1918/1919. Ereignisse, Bilder, Dokumente, Budapest 1979; András Mihályhagy: Die ungarische Räterepublik im Spannungsfeld zwischen Weltrevolution und nationalen Egoismen, Bochum 1975; Ivan Völgys (Hg.): Ungary in Revolution 1918-1919, Lincoln/Neb. 1971; Koczó, Margit: Die ungarische Räterepublik (21. März - 1. August 1919), Wien 1969; György Bor-sányi: The life of a commu-

nist revolutionary Béla Kun, New York 1993; I. M. Grančák, M. F. Lebovič: Béla Kun, Moskva 1975; Viktor Israeljan: 133 geroičeskich dnja. Vengerskaja Sovetskaja Respublika 1919g, Moskva 1959. Unverzichtbar für die Beurteilung der Ereignisse sind Erinnerungen von Akteuren wie Ernst Bettelheim: Zur Krise der Kommunistischen Partei Ungarns, Wien 1922; Wilhelm Böhm: Im Kreuzfeuer zweier Revolutionen, München 1923; Ders.: Entstehung und Zusammenbruch der ungarischen Räterepublik, Wien 1919; Michael Graf Károlyi: Gegen eine ganze Welt. Mein Kampf um den Frieden, München 1925; Mihályne Károlyi: Aufbruch ohne Wiederkehr. Die Lebenserinnerungen einer ungewöhnlichen Frau, Oldenburg/Hamburg 1967; Oszkár Jászi: Magyarians Schuld – Ungarns Sühne. Revolution und Gegenrevolution in Ungarn, München 1923; Béla Kun: O vengerskoj Sovetskoi Respublike, Moskva 1966; László Rudas: Abenteuer- und Liquidatorentum, Wien 1922; Tibor Szamuely: Alarm. Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin 1919.

2 Richard Pipes: Die Russische Revolution, Bd. 3, Berlin 1993, S. 281 und 283.

3 Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München/Zürich 1998, S. 300 ff.

4 Paul Lendvai: Die Ungarn. Ein Jahrtausend Sieger in Niederlagen, München 1999, S. 423.

nationalen Minderheiten bildeten Rumänen, Deutsche, Slowaken, Serbokroaten und Ruthenen (16, 10, 10, 4 und 3 Prozent). Zur jüdischen Bevölkerung zählten 910 000 Personen, von denen sich 700 000 als Ungarn verstanden. Zwischen 1867 und 1914 lag das jährliche Wirtschaftswachstum mit 3,2 Prozent über dem europäischen Durchschnitt. Der Anteil von Industrie und Bergbau an der Wirtschaft stieg von 18,4 auf 30,4 Prozent. Ungarn erzeugt ein Drittel der industriellen und die Hälfte der landwirtschaftlichen Produktion des Kaiserreichs. Budapest, die fünftgrößte europäische Metropole, war das Industrie-, Finanz- und Kulturzentrum Ungarns. Hier befanden sich 60 Prozent aller Großbetriebe; 28 Prozent aller Fabrikarbeiter lebten hier. Ein Fünftel der Hauptstädter waren Juden.<sup>6</sup> Der Staat unterstützte zwar die Tätigkeit von 30 000 Geistlichen, vernachlässigte aber das Bildungs- und Gesundheitswesen. In einem Land mit zwei Millionen Geschlechtskranken, einer halben Million an Tuberkulose Leidenden und 55 600 geistig Behinderten gab es nur 5 800 Ärzte. Jeder dritte Bürger über sechs Jahre konnte weder lesen noch schreiben. Nur die Hälfte der Geborenen erreichte das fünfte Lebensjahr. Von der erwachsenen Bevölkerung ab 21 Jahre besaßen nur 12 Prozent das Wahlrecht. In Europas größtem Parlamentsgebäude versammelten sich 413 Abgeordnete, darunter nur fünf Vertreter nichtungarischer Völker, zwei Bauern und kein Arbeiter.

Die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse waren im Agrarsektor von halbfeudalen Strukturen überlagert. Von den 23,9 Millionen ha landwirtschaftlicher Fläche entfielen 7,6 Millionen ha auf 2,5 Millionen Betriebe bis 20 ha; 1,5 Millionen davon waren Zwerg- und Kleinbauernwirtschaften, deren Familien (insgesamt 6 Millionen Personen) sich nicht allein von ihrer Scholle ernähren konnten. 71 000 Großgrundbesitzer (einschließlich Angehörige 0,3 Prozent der Bevölkerung) besaßen ein Drittel des Landes.<sup>7</sup> Auf Latifundien arbeiteten 1,8 Millionen mehrheitlich magyarische Landarbeiter (mit Angehörigen 4,4 Millionen). Die Kaufmanns-, Industriellen- und Bankiersfamilien (66 549 Personen) waren mit dem Adel ökonomisch und familiär liiert.<sup>8</sup> Die Mittelschichten (Mittel- und Großbauern, Gewerbetreibende, Hausbesitzer, Beamte, Freiberufler) zählten 4,5 Millionen Personen. Kern der städtischen Arbeiterklasse (mit Angehörigen 3,4 Millionen Personen) war das Industrieproletariat (1,9 Millionen) zumeist ungarischer, deutscher, slowakischer und rumänischer Herkunft (63, 16, 10 und 5 Prozent).

Mit dem Proletariat war um die Jahrhundertwende eine Kraft entstanden, die die gesellschaftlichen Zustände verändern konnte: Organisiert war es in 28 landesweiten Branchenverbänden der Gewerkschaft und in der mit ihnen politisch eng verbundenen, 1890 gegründeten Sozialdemokratischen Partei Ungarns Magyarországi Szociáldemokrata Párt (MSzDP), die mit »Nepszava« (Volkswort) über eine wirksame Tageszeitung und daneben über das theoretische Organ »Szocializmus« verfügte. Von den 107 000 organisierten Gewerkschaftern waren 72 700 Parteimitglieder (1913). Die MSzDP erkannte in ihrem Parteiprogramm von 1903 das »Bestreben nach Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel als einzigen Weg zur Beseitigung der Ausbeutung und Unterdrückung« und forderte, den weltlichen und geistlichen Großgrundbesitz, die Industrie,



Bergwerke, Banken und Verkehrsmittel in Gemeineigentum zu überführen.<sup>9</sup> An der Spitze der Partei standen der Buchbinder Manó Buchinger (1875-1963), der Steinmetz Deszö Bokányi (1871-1940), der Mechaniker Ernő Garami (1876-1935), der Tischler Jakob Weltner (1873-1936), der Lehrer Dr. Szigmond Kunfi (1879-1929), der Maurer Sándor Garbai (1879-1947) und der Techniker Vilmos Böhm (1880-1949). Eine wichtige Rolle spielten Gewerkschaftsfunktionäre der Zentrale wie die Drucker Gyula Peidl (1873-1943) und Samu Jászai (1859-1927), der Tapezierer Sándor Propper (1877-1956), aber auch die Führer der Branchengewerkschaften.<sup>10</sup> Weitere einflußreiche Parteiführer waren der Buchbinder Deszö Biró (1880-1932), der Drucker Mór Erdélyi (1877-1929), der Schuhmacher István Farkas (1869-1944), der Schlosser Ferenc Miákits (1876-1924), der Schriftsteller Dr. József Pogány (1886-1938), der Ökonom Dr. Jenő Varga (1879-1964), der Jurist Dr. Zoltán Rónai (1880-1940).

Der herausragende marxistische Theoretiker Ervin Szabó (1877-1918), von Beruf Jurist, brach mit der rechten Führung der MSzDP. Oppositionelle wie der Journalist Gyula Alpári (1882-1942), der Landarbeiter István Várkonyi (1852-1918) oder Graf Ervin Batthány wurden aus der MSzDP ausgeschlossen. Während der Revolution rückte eine Reihe regionaler Führer in das Zentrum wie der Journalist Béla Kun (1886-1939) und Dr. Sándor Vincze aus Kolozsvár, der Zimmermann Károly Vántus (1897-1927) aus Nagyvárad, der Stahlwerker Reszö Fiedler (1891-?) aus Arad und der Arzt Dr. Jenő Hamburger (1883-1936) aus Nagykanizsa.

Zu den Gegensätzen zwischen den proletarisch-bäuerlichen Unterschichten einerseits und den Landmagnaten, Finanz- und Industri oligarchen andererseits kamen Konflikte zwischen Magyaren und den nationalen Minderheiten sowie Machtkämpfe unter den Eliten von Budapest und Wien. Im Ringen um eine Beendigung des Krieges, um die Durchsetzung der bürgerlichen Demokratie, um eine Bodenreform, um nationale Unabhängigkeit sowie um den Ausgleich zwischen den in Ungarn lebenden Völkern profilierten sich zwei linksbürgerliche Strömungen: die im Juli 1916 von dem Magnaten Graf Mihály Károlyi (1875-1955) geführte »Függetlenségi es 48-as Párt« (»Unabhängigkeits- und 48er Partei« – FP) sowie die von dem Soziologen Dr. Oszkár Jászi (1875-1957) und dem Juristen Pál Szende im Juni 1914 gegründete »Országos Polgári Radikális Párt« (»Bürgerlich-Radikale Landespartei« – OPRP). Keimzellen der letzteren waren die Zeitschrift »Zwanzigstes Jahrhundert« (1900), die Sozialwissenschaftliche Gesellschaft (1901), die Freimaurerloge »Martinovic« und der »Galilei-Kreis« (1908-1918).<sup>11</sup>

Der Erste Weltkrieg trieb die politischen, sozialökonomischen und nationalen Konflikte zur revolutionären Situation, die – ähnlich wie in Rußland, Deutschland und in der österreichischen Reichshälfte – im Herbst 1918 in Ungarn in eine bürgerlich-demokratische Revolution umschlug. Anfang 1917 waren von den 3,8 Millionen Frontsoldaten 600 000 gefallen, 81 000 desertiert, 750 000 schwer verletzt und ebenso viele in Gefangenschaft geraten. Das ohnehin niedrige Einkommen der Vorkriegszeit schrumpfte bei den Facharbeitern um die Hälfte, bei den Tagelöhnern auf 40 Prozent. Die Brotationen pro Person wurden von Januar bis Juni 1918 von 100 auf 50 g herabge-

5 Unter dem Stalinregime wurden sozialdemokratische und kommunistische Rätekommissare und die meisten Gründungsmitglieder der KP Ungarns ermordet (Béla Kun, Ferenc Bajáki, Deszö Bokányi, Reszö Fiedler, József Haubrich, József Kellen, József Pogány, Ernő Seidler, Béla Székely, Béla Vágó; Béla Biró, F. László Borros, Ede Chlepkó, Armin Helfgott, Ferenc Jancsik, Frigyes Karikás, Gyula Lengyel, Lajos Kiss, Ernő Pór, József Rabinovič, Ottó Steinbrück) oder überlebten das GULAG (József Lengyel, Ferenc Boer, Hugó Kiss, László Pollacsek, Árpád Szabados, Gyula Szabó, Nandor Szekér, Deszö Szilágyi). Wissenschaftler von Welttrang wie die Rätekommissare György Lukács oder Jenő Varga waren Verfolgungen und Demütigungen ausgesetzt, bewahrten sich aber ihren kritischen Geist gegenüber der eigenen Bewegung auch nach 1945. Vgl. G. Borsányi: *The life*, S. 451 ff; G. Duda: *Jenő Varga und die Geschichte des Instituts für Weltwirtschaft und Weltpolitik 1921-1970*, Berlin 1994; István Hermann: *Georg Lukács. Sein Leben und Wirken*, Wien 1985.

6 Zur sozialen und nationalen Struktur Ungarns vgl. Péter Hanák: *Ungarn in der Donaumonarchie*, Budapest 1984; Rochus Door: *Neu-este Geschichte Ungarns*, Berlin 1983.

7 Zu den 184 Familien des Hochadels über 6 000 ha zählten u. a. die des Grafen Móric Esterházy (300 000 ha, 700 Dörfer, 21 Schlösser), des ungarischen Ministerpräsidenten (1903/1905 und 1913/1917) Graf István Tisza (86 500 ha) oder die

des »roten« Grafen Mihály Károlyi (30 000 ha, Heilbad bei Parad, Stadtpalais in Budapest).

8 Aus dem Kreis der 346 in den Adelsstand erhebenen jüdischen Familien waren u. a. Ferenc Chorin (1901 Präsident des Landesverbandes der Industriellen, Kontrolle über 40 Prozent der Kohleförderung), Baron Zsigmond Kornfeld (Präsident der Budapester Börse und der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank), sein Sohn Móric (Präsident des Verbandes der Eisenbahn- und Maschinenindustrie, Generaldirektor der Maschinenbaufirma Ganz-Danubius), die Familiendynastien der Weisz in Csepel (Rüstungsfabriken) oder der Deutsch aus Hatvan (Mühlenbau, Zuckerindustrie, Banken). Auch der Vater von György Lukács, József, war ein bedeutender Vertreter des Finanzkapitals (Generaldirektor der Englisch-österreichischen Bank und der Kreditbank)

9 Zitiert nach Geschichte der ungarischen revolutionären Arbeiterbewegung, S. 40

10 Der Metallarbeiter – Schlosser Ferenc Bajáki (1883-?), Stahlarbeiter Antal Dovcsák (1879-1962) und Eisengießer József Haubrich (1883-?); der Bergarbeiter – Schlosser Károly Peyer (1881-1956); der Eisenbahner – Anwalt Dr. Jenő Landler (1875-1936) und Schlosser János Vanczák (1870-1932); der Agrarproletarier – Landarbeiter György Nyisztor (1869-1956); der Drucker – Setzer Mór Preuzs (1883-1944) und Ignác Bogár (1876-1933); der Heizer – Ignác Seller; der Angestellte – Béla Vágó (1891-1939).

setzt. Die Dividenden des Großkapitals stiegen – allein im Bergbau von 1916 bis 1917 um 38 Prozent.

Anfänglich lag das Hauptfeld des Kampfes gegen das Kriegsregime auf dem Wahlrechtskampf. Für dieses Ziel vereinten sich 1917 die jüdisch-liberale »Polgári Demokrata Párt« (»Bürgerliche Demokratische Partei« – PDP), die FP, die OPRP und die MSzDP zum Wahlrechtsblock. Angesichts der absehbaren Kriegsniederlage sah sich der Wiener Hof gezwungen, den verhaßten ungarischen Ministerpräsidenten Graf István Tisza durch Sándor Wekerle auszuwechseln. Der Krieg hatte die Lage der Bevölkerung gravierend verändert, denn »das zunehmende Elend und die Hungersnot, die Selbstsucht und Engherzigkeit der herrschenden Klasse, die zwar Millionen an die Front schickte, doch selbst kämpfenden Soldaten keine politischen Rechte zubilligen wollte, ließ in Millionen Seelen Erbitterung, Haß und Zorn wachsen.«<sup>12</sup> Die Gewerkschaften erfuhren Zulauf (1917: 215 000 Mitglieder), die Linke in der MSzDP erstarkte.<sup>13</sup> Mitglieder des Galilei-Kreises und syndikalistische Arbeiter gründeten unter dem Einfluß Szabós im Herbst 1917 die Gruppe der Revolutionären Sozialisten.<sup>14</sup> Zur Linken gehörte auch der »Sonntagskreis« (1915-1918) um den Philosophen Dr. György Lukács und den Dichter Béla Balázs.<sup>15</sup> Sándor Garbai, der spätere Vorsitzende der Räteregierung, reflektierte am 25. November 1917 den Linksruck und den »russischen Faktor« in der Sozialdemokratie: »Die angeheizte Lokomotive der Revolution ist von Petrograd abgefahren. Wir wissen nicht, wann sie ankommt, aber es wird Aufgabe jeder sozialdemokratischen Partei sein, an diese Lokomotive ihren eigenen großen Waggon anzukoppeln. Die bourgeoise Gesellschaft fühlt, daß es sich hier nicht nur um eine bürgerliche, sondern auch um eine soziale Revolution handeln wird.«<sup>16</sup>

Die Forderungen nach Frieden, Bodenreform, Nationalisierung und Rätewahl standen nun im Zentrum der politischen Auseinandersetzung. Die revolutionäre Krise in Mitteleuropa zwang die Herrschenden, kooperationswillige Sozialdemokraten in die Regierungen einzubinden. Auf dem MSzDP-Parteitag am 13. Oktober 1917 begründete Szigmond Kunfi, damals der einflußreichste Führer der ungarischen Sozialdemokratie, den Kurs auf Regierungsbeteiligungen: Die Sozialdemokratie müsse mit den bürgerlichen Parteien koalieren, da ihr die Kraft fehle, den russischen Weg zur Rätewahl zu gehen. Nichtsdestoweniger forderte die linke Minderheit um József Pogány »als organisatorische Basis einer eigenständigen proletarischen Politik« den Aufbau von Arbeiterräten.<sup>17</sup>

Die Führer der MSzDP, der FP und der OPRP wagten erst nach dem Rücktritt von Wekerle, am 25. Oktober 1918 den Ungarischen Nationalrat zu gründen<sup>18</sup> und ihr gemeinsames Programm, das sogenannte Zwölfpunkteprogramm, zu veröffentlichen<sup>19</sup>. Als Kaiser Karl I. (als König von Ungarn Karl IV.) am 27. Oktober 1918 Graf János Hadik zum ungarischen Ministerpräsidenten ernannte, forderten Hunderttausende Budapester vor dem Schloß und vor dem Parlament, in Betrieben und Einrichtungen die Ernennung des Vorsitzenden des Ungarischen Nationalrats, Graf M. Károlyi, zum Regierungschef. Der Soldatenrat, dem die Budapester Garnison unterstand, ließ Bahnhöfe, Telefonzentrale, Banken, Brücken, Post und

Militärdepot besetzen. Soldaten und Matrosen entwaffneten Offiziere, befreiten politische Gefangene. Militärs rissen sich ihre Rangabzeichen ab, steckten als Zeichen des Sieges weiße Asterne an die Uniformen und in die Gewehrläufe.

Das veranlaßte Wien, am 31. Oktober 1918 den 43jährigen »roten Grafen« mit der Kabinettsbildung zu betrauen, wodurch der Übergang zur bürgerlich-sozialdemokratischen Regierung<sup>20</sup> friedlich verlief.<sup>21</sup> Den Vorsitz des am 2. November 1918 gewählten Zentralen Budapester Arbeiterrates übernahmen die rechten Führer der Gewerkschaften der Drucker (Mór Preusz) und der Eisenbahner (János Vanczák); von den linken Sozialdemokraten waren Dr. Jenő Landler und György Nieysztor (Landarbeitergewerkschaft) vertreten. Einen Tag später wurde Pogány zum Vorsitzenden des Zentralen Budapester Soldatenrates gewählt. Am 16. November 1918 übertrugen unter dem Druck der Straße die vor dem Krieg »gewählten« Abgeordneten des ungarischen Scheinparlaments die oberste Staatsgewalt auf die Károlyi-Regierung, welche sogleich die Volksrepublik Ungarn ausrief und die 400jährige Herrschaft der Habsburger für beendet erklärte.

#### *War der Übergang zur Räterepublik ein sowjetischer Export?*

Am 13. November 1918 hatte die Revolutionsregierung mit dem Oberkommandierenden der französischen Balkanarmee, Marschall Louis Franchet d'Esperey, Waffenstillstand geschlossen. Kabinettsmitglied Jászi, ein Theoretiker auf dem Gebiet der Nationalitätenpolitik, unternahm gegen den Widerstand der rechtskonservativen Minister der FP alles, um den ungarischen Staat nach Schweizer Muster in eine »Föderation der ungarländischen Nationen« umzuwandeln. Das wünschten auch magyarophile Slowaken, Deutsche, Ukrainer, Serben und Rumänen. Doch rumänische, tschechische und serbische Truppen okkupierten bis Januar 1919, unterstützt von Paris, die multiethnischen Regionen Siebenbürgen, Oberungarn und das Vajdasag. Nur die ukrainisch-ungarische Karpatoukraine und das deutsch-magyarische Westungarn verblieben als autonome Gebiete in der Republik.<sup>22</sup>

Sowohl die innere Konterrevolution als auch die Politik der Entente erschwerten die Umsetzung des Zwölfpunktesprogramms der Regierungskoalition. Kriegsminister Albert Bartha gab später offen zu: »Ich wollte die gleiche Organisation schaffen, die später in Deutschland Noske aufstellte, mit der er die Spartakusbewegung niederwarf. Ich konnte die Verfügung nur auf eigene Verantwortung treffen, mußte sie sogar vor der Regierung verheimlichen.«<sup>23</sup> Er ordnete den Aufbau einer schwerbewaffneten konterrevolutionären »Alarmgruppe« an. Als er die revolutionäre Budapester Garnison auflösen wollte, erzwangen 8 000 Matrosen und Soldaten, unterstützt vom Zentralen Budapester Soldatenrat, am 12. Dezember 1918 seinen Rücktritt. Károlyis Schwager Graf Sándor Festetics, der ihm im Amte folgte, setzte diese Politik fort. Auch andere Minister des rechten Flügels der FP, Graf Tivadar Batthány und Marton Lovászy, die versuchten, Ententetruppen zum Abbremsen der Revolution nach Budapest zu rufen, mußten demissionieren. Zur gleichen Zeit sammelten sich Offiziere unter dem Generalstabsoffizier Gyula Gömbös

11 Vgl. János Hauszmann: Bürgerlicher Radikalismus und demokratisches Denken in Ungarn des 20. Jahrhunderts. Der Jászi-Kreis um »Huszadik Szazad« (1900-1949), Frankfurt am Main 1988; Holger Fischer: Oszkár Jászi und Mihály Károlyi, München 1978. Mitglieder der Budapester Freimaurerloge waren u. a. Graf M. Károlyi, Radikale wie Oszkár Jászi und Pál Szende sowie die Sozialdemokraten Pogány, Kunfi und Rónai.

12 Wilhelm Böhm: Im Kreuzfeuer, S. 29.

13 Zum linken Flügel der MSZDP gehörten u. a. die Führer einiger Branchengewerkschaften (Landler, Nieysztor, Vágó, Bajáki, Sella) sowie Vertrauensleute aus Großbetrieben wie der Stahlarbeiter Reszö Fiedler, der Bronzeschmied Antal Mosolygó, die Angestellten Ede Chlepkó und József Mikulík.

14 Zu ihren Führern gehörten die Studenten Ilona Duczynska und Tivadar Sugar, die Angestellten Ottó Korvin (1894-1919), János Lékai (1895-1925) und Imre Sallai (1897-1932), die Ingenieursgruppe um Ármin Helfgott (1878-?), Gyula Hevesi (1890-1970) und József Kelen (1892-1939), die Schriftsteller um die Zeitschrift »Ma«: Lajos Kaszák (1887-1967), György Bölöni (1882-1959), József Revai (1898-1959) und József Lengyel (1896-1975) und Aladar Komjat.

15 In diesem Intellektuellenclub wirkten u. a. der Philosoph Béla Fogarasi (1891-1959), die Kunstkritiker Lajos Fülep (1885-1970) und Frigyes Antal (1887-1954), die Soziologen

Arnold Hauser (1882-1978) und Károly Mannheim (1892-1914), Dichterin Anna Lezna (1885-1966), der Schriftsteller Ervin Sinkó (1898-1967), die Musiker Béla Bartók (1881-1945) und Zoltán Kodály (1882-1967). Vgl. Eva Karadi, Erzebet Vezer (Hrsg.): Georg Lukács, Karl Mannheim und der Sonntagskreis, Frankfurt am Main 1985.

16 Zitiert nach Geschichte der ungarischen revolutionären Arbeiterbewegung, S. 107 f.

17 Zitiert nach ebenda, S. 125 f.

18 Zum Exekutivkomitee des Nationalrates, das im Hotel Astoria quartierte, gehörten sechs Károlyisten, je fünf Sozialdemokraten (Garami, Garbai, Kunfi, Weltner, Böhm) und Pressevertreter, die Radikalen Oszkár Jászi und Pál Szende, die Feministin Rosza Schwimmer.

19 Aus dem Zwölfpunkteprogramm des Ungarischen Nationalrates vom 25. Oktober 1918: I. Das gegenwärtige parlamentarische und Regierungssystem ist abzuschaffen. II. Die volle Unabhängigkeit Ungarns ist sicherzustellen. III. Der ... aussichtslos gewordene Krieg ist sofort zu beenden. IV. Das allgemeine, gleiche, geheime, das Frauenstimmrecht umfassende Wahlrecht ist unverzüglich zum Gesetz zu erheben. V. Das Selbstbestimmungsrecht ist allen Völkern des Landes ... sofort zu gewährleisten. VI. Die Freiheit der Versammlung und Vereinigung ..., die Preß-Gewissensfreiheit ist gesetzlich zu sichern. VII. Eine allgemeine Amnestie ist allen zu ertei-

de Jakfa in den rechtsextremen Organisationen »Ungarische Landesverteidigung« und »Erwachendes Ungarn«. Der siebenbürgische Magnat Graf István Bethlen vereinte Rechtskonservative in der »Partei der Nationalen Einigung«.

Da die meisten bürgerlichen Minister die Konterrevolution unterstützten und die versprochenen sozialökonomischen Reformen hinausögerten, teilten Bauern eigenmächtig Magnatenland auf, verschafften sich Arbeiter Waffen und kontrollierten Betriebe. Auch die 700 000 aus der Kriegsgefangenschaft Entlassenen, die 100 000 Arbeitslosen, die 260 000 Invaliden sowie die aus den besetzten Gebieten Geflüchteten erwarteten mehr von der Revolution.

Das Weitertreiben der »Asterrevolution« wurde nicht zuletzt durch den »russischen Faktor« und die Gründung der Kommunistischen Partei Ungarns (Kommunisták Magyarországi Pártja – KMP) begünstigt. Schon im März 1918 war innerhalb der KPR(B) Lenins eine Sektion kriegsgefangener Ungarn unter dem Journalisten Kun entstanden. Das am 4. November 1918 in Moskau gebildete ZK der KMP forderte die ungarischen Kommunisten zur Rückkehr in die Heimat auf. Eine Woche nach seiner Ankunft in Budapest gründete der Lenin-Vertraute Kun am 24. November 1918 die neue Partei. Ihrem ZK gehörten nicht nur die leitenden Kommunisten der ungarischen Sektion der KPR(B) Kun, Vántus, Fiedler, der Journalist Tibor Szamuely (1890-1919), die Angestellten Ferenc Jancsik (1882-?), Ernő Pór (1899-?) und Ernő Seidler (1886-?) und der Goldschmied József Rabinovičs (1884-?) an, sondern auch linke Sozialdemokraten: die Angestellten Ede Chlepkó (1883-?), Béla Szántó (1881-1951) und Béla Vágó (1881-1939), der Anwalt Jenő László (1878-1919), der Journalist László Rudas (1885-1950), der Bauarbeiter János Hirossik. Daneben waren im ZK auch Revolutionäre Sozialisten vertreten: die Angestellten Ottó Korvin (1894-1919) und József Mikulik (1889-1933), der Schriftsteller József Lengyel (1896-1975), die Ingenieure Gyula Hevesi (1890-1970), Ármin Helfgott (1878-?) und József Kelen (1892-1939). Lukács vom intellektuellen Sonntagskreis kam am Jahresende hinzu. Die MPK faßte in allen Komitaten Fuß und zählte bis Jahresende etwa 35 000 Mitglieder. Dank finanzieller Hilfe aus Moskau konnte deren Zeitung »Vörös Ujság« (Rote Fahne) am 7. Dezember 1918 erstmalig erscheinen. Mit ihren Forderungen nach sozialer und nationaler Gerechtigkeit, nach Verstaatlichung der Schlüsselindustrie und des Großgrundbesitzes traf die MPK den Nerv der Massen und gewann Einfluß in den Arbeiter-, Betriebs- und Soldatenräten, in den Verbänden der Arbeiterjugend (János Lécai), der Arbeitslosen, der Kriegsinvaliden, der demobilisierten Soldaten sowie in den Gewerkschaften (1918: 1,4 Millionen Mitglieder).

Die bürgerlich-sozialdemokratische Koalition hielt dagegen. Allein im November 1918 wurden im Gebiet zwischen Mur und Drau 200 rebellierende Bauern ermordet. Als am 3. Januar 1919 die Bergarbeiter und Soldaten der Garnison von Salgótarján die Gruben besetzten, verhängte der dorthin entsandte Sekretär der Bergarbeitergewerkschaft Károly Peyer das Standrecht; er ließ 16 Menschen erschießen und 50 verhaften. Mehr und mehr Arbeiter und Bauern kehrten daraufhin der Sozialdemokratie, die diese Politik mittrug, den Rücken und sympathisierten mit den Kommunisten.



Am 8. Januar 1919 begannen im MSzDP-Ausschuß und im Arbeiterrat die Diskussionen über die weitere Strategie. Garbai, Pogány, Varga und Böhm bestanden anfangs auf der Bildung einer reinen sozialdemokratischen Regierung, um den Forderungen der Massen nachzukommen. Garami, der diese Fraktion als »Bolschewiken hinter sozialistischer Maske« bezeichnete, wollte hingegen eine rein bürgerliche Regierung, um glaubwürdiger die kommunistische Konkurrenz bekämpfen zu bekämpfen. Da aber Garbai seinen Vorschlag letztlich mit der Begründung zurückzog, die Mehrheit (169 gegen 101 Stimmen) reiche für eine sozialdemokratische Regierung nicht aus, wurde mit 147 gegen 83 Stimmen der Vorschlag Kunfis angenommen, die Koalition fortzusetzen, aber mehr Ministerposten zu fordern. Der am 11. Januar 1919 vom Exekutivkomitee des Nationalrats zum Präsidenten berufene Graf M. Károlyi beauftragte Justizminister Dénes Berinkej mit der Regierungsneubildung.<sup>24</sup>

Während der Aktionsraum der konterrevolutionären Kräfte auch durch die MSzDP kaum beeinträchtigt wurde, entschied deren Ausschuß am 28. Januar 1919, die Gewerkschaften und Räte von Kommunisten zu säubern. Das gelang aber nur im Zentralen Arbeiterrat und in der Gewerkschaftsleitung der Metallarbeiter. Im Zentralen Soldatenrat hingegen bildete Pogány einen Ausschuß zur Bekämpfung der Konterrevolution aus Vertretern beider Arbeiterparteien.

Am 3. Februar 1919 verwüsteten 160 Polizisten die Redaktionsräume der kommunistischen Zeitung »Vörös Ujság« und beschlagnahmten alle Papiervorräte. Auf dem Sonderparteitag der MSzDP am 9. Februar 1919 forderte die Linke vergeblich eine politische Umorientierung. Angesichts der auf Ungarn vorrückenden »Truppen der Sowjetarmee« dürfe man »nicht nur die Politik der Regierung Scheidemann« sehen. In der Regierung unterstützte Justizminister Sándor Juhasz-Nagy den Plan von Polizeipräsident Károlyi Dietz, die KMP gewaltsam auszuschalten, allerdings mit dem Vorbehalt: »Wenn die Sozialdemokratische Partei die Zeit für reif hält, die Kommunisten zu zerschlagen, muß die Initiative von ihr ausgehen«, damit es nicht so aussähe, als würden die bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiter vorgehen.

Minister Garami lehnte das ab, weil er befürchtete, die Kommunisten zu Märtyrern zu machen. Als am 20. Februar 1919 Tausende Budapester vor dem Redaktionsgebäude der sozialdemokratischen Zeitung »Nepszava« die ständige Verhöhnung der Arbeitslosen verurteilten, kam es zu Schießereien – drei Zivilisten und fünf Polizisten wurden getötet, 60 Personen verletzt. Der Polizeichef wollte die Untersuchung des Vorfalls nicht abwarten, da er erkannt hatte, »daß jetzt die Gelegenheit da ist«, der kommunistischen Bewegung »den Kopf vom Rumpf abzuschlagen«.<sup>25</sup> Mit Zustimmung der Minister Böhm und Peidl wurden tags darauf 200 Personen linker Organisationen verhaftet, unter ihnen 77 führende Kommunisten. Als aber bekannt wurde, daß Parteichef Kun und andere Verhaftete gefoltert und halb tot geschlagen worden waren, forderten Arbeiter und Soldaten auf Massenkundgebungen die Untersuchung des Vorfalls. Um die Öffentlichkeit zu beruhigen, wurden die Inhaftierten in das Zentralgefängnis überführt; ihnen waren nun Kontakte nach außen erlaubt, so daß trotz der Haft ein intaktes Leitungszentrum der KMP entstehen konnte.

len, die wegen politischer Vergehen verurteilt worden sind. VIII. Der drohenden Hungersnot ist vorzubeugen. IX. Eine umfassende Agrarreform ... und entsprechende sozialpolitische Reformen sind einzuleiten. Dem Anhäufen übermäßiger Kapitalien ist entgegenzuwirken. Diese sind öffentlichen Zwecken dienstbar zu machen. X. Die neu entstandenen ukrainischen, polnischen, tschechischen südslawischen und deutsch-österreichischen Gemeinwesen sind von Ungarn anzuerkennen. XI. Es sind geeignete Vertreter ... zu betrauen, die die wahren Ziele der ungarischen Demokratie dem Ausland näher bringen. XII. Bei den allgemeinen Friedensverhandlungen ist Ungarn durch Männer zu vertreten, die rückhaltlose Anhänger der Idee der Abrüstung ... und des Völkerbundes sind.« (Zitiert nach: Michael Graf Károlyi: Gegen eine ganze Welt, S. 458 f.)

20 Die Károlyi-Regierung (bis 29. Januar 1919) bestand aus Vertretern der FP (Graf Tivadar Batthány – Inneres, Marton Lovászy – Bildung, Barna Buza – Ackerbau), der MSzDP (Ernö Garami – Handel, Szigmond Kunfi – Wohlfahrt) und der OPRP (Oszkár Jászi – Nationalitäten, Pál Szende – Finanzen, Justiz: Dénes Berinkej) sowie der parteilosen Minister Ferenc Nagy (Ernährung) und Béla Lindner (Verteidigung); er wurde am 9. November 1918 von Albert Bartha (FP) abgelöst.

21 Drei Menschen wurden getötet und 50 verletzt. Den ehemaligen Ministerpräsidenten Graf I. Tisza

erschossen Soldaten in seiner Wohnung; andere geplante Lynchmorde an weiteren verhaßten Repräsentanten des anciem regime (Militärbefehlshaber der Hauptstadt Baron Géza Lukaka-szics, Handelsminister J. Szerényi) konnte die Regierung verhindern.

22 Vgl. Holger Fischer: Oszkár Jászi und Mihály Károlyi.

23 Zitiert nach A. Siklós: Die ungarische Räterepublik, S. 133.

24 Die MSzDP erhielt die Ressorts Verteidigung (Böhm), Volkswohlfahrt (Peidel), Bildung (Kunfi) und Handel (Garami). Die bürgerlichen Parteien besaßen noch immer Schlüsselpositionen wie Inneres (Vince Nagy), Landwirtschaft (Buza, István Szabó von Nagyatádi), Finanzen (Szende), Justiz (Sándor Juhasz-Nagy); sie stellten auch die Beauftragten für die ruthenischen und deutschen Autonomiegebiete (Oreszt Szabó, János Junker).

25 Zitiert nach Geschichte der ungarischen revolutionären Arbeiterbewegung, S. 161.

Die Mitte Februar 1919 aus dem linken FP-Flügel entstandene »Flüggetlenségi Károlyi Párt« (Károlyi – Unabhängigkeitspartei« – FKP) und die linksbürgerliche OPRP sahen in einer demokratischen Landreform die einzige Möglichkeit, Ungarns territoriale Integrität und politische Stabilität zu sichern. Das am 16. Februar 1919 verabschiedete Gesetz »Über die Bodenzuteilung an die Landarbeiter« bestimmte, den weltlichen Großgrundbesitz ab 300 ha und den Kirchenbesitz über 120 ha gegen Entschädigung an Landarbeiter und Bauern zu vergeben. Graf M. Károlyi ging am 23. Februar 1919 auf seinen Gütern in Kálkáporna mit der Aufteilung voran; aber kein einziger seiner Klassengenossen folgte seinem Beispiel. Die Dorfarmut, unterstützt durch örtliche Räte, Kommunisten und linke Sozialdemokraten, enteignete nun eigenmächtig Magnatenland. Im Komitat Somogy organisierte der Vorsitzende des Landarbeiterverbandes Sándor Latinca und der Regierungsbeauftragte Hamburger bis zum 21. März 1919 die Umwandlung von 400 000 ha Großgrundbesitz in staatliche Produktionsgenossenschaften der Landarbeiter.

Auch die Rätebewegung gewann stark an Einfluß, so daß die Machtverhältnisse in Ungarn im Frühjahr 1919 als eine Art Doppelherrschaft charakterisiert werden können. Am 2. März 1919 fand in Szeged der erste Kongreß von Räteabgeordneten aus 74 Gemeinden und Städten der ungarischen Tiefebene statt. Bis Mitte März 1919 übernahmen Arbeiter- und Bauernräte in den meisten von der Entente noch nicht besetzten Komitaten zwischen Győr und Somogy im Westen und Szabolcs und Csongrád im Osten die örtliche Verwaltung. Dem Zentralen Soldatenrat in Budapest unterstanden 14 000 Mann der Garnison, 5 000 Mann der Volksmilizen, 2 000 Marinesoldaten sowie 18 000 demobilisierte Soldaten und Unteroffiziere.

Angesichts dieser veränderten Kräftekonstellation schrieb am 17. März 1919 die Regierung für den 13. April die im Oktober 1918 versprochenen Parlamentswahlen aus. Die linksbürgerlichen Radikalen (die sich als Partei aufgelöst hatten) und die Károlyisten waren nicht mehr willens, staatliche Verantwortung zu übernehmen und empfahlen ihren Wählern, für die Sozialdemokraten zu stimmen.

Aber auch im MSzDP-Ausschuß war man sich uneins. Linke und zentristische Führer wie Pogány, Hamburger, Landler Kunfi und Weltner entschieden, über den neuen Vorsitzenden der Druckergewerkschaft Ignác Bogár zum inhaftierten Kun Verbindung aufzunehmen. Der KMP-Chef stellte am 11. März 1919 Vorbedingungen für ein Zusammengehen: Errichtung einer Räterepublik, Gleichberechtigung der Nationalitäten, Volksbewaffnung und Aufbau einer Roten Armee zur Landesverteidigung, Nationalisierung der Industrie, Bergwerke, Banken und Versicherungen, des Transportwesens und des Großgrundbesitzes, Errichtung des Staatsmonopols über Außen- und Binnenhandel und Arbeiterkontrolle über Produktion und Verteilung, Trennung von Staat und Kirche. Gleichzeitig wurde für den 23. März 1919 eine Massenaktion für die Freilassung der noch immer inhaftierten kommunistischen Führer vorbereitet.

Das Weitertreiben der Revolution wurde durch äußere Ereignisse beschleunigt. Die Siegermächte Frankreich und Großbritannien, die in dieser Zeit die Hauptkräfte der Militärintervention gegen Sowjetrußland waren, wollten durch eine Besetzung Ungarns die Revolu-

tion zum Stillstand bringen und Ungarn zur Aufmarschbasis gegen Sowjetrußland aufbauen – nicht zuletzt deshalb, weil die russische und ukrainische Rote Armee von Osten her bereits in rumänisches Gebiet (Bessarabien, Bukowina) vorrückte. Der Chef der Entente-Militärmission in Budapest, Oberstleutnant Fernand Vix, überreichte der ungarischen Regierung am 20. März 1919 eine Note, in der verlangt wurde, Ostungarn von ungarischen Truppen bis einschließlich Debrecen und Szeged zu räumen. Da Premier Berinkey das nicht verantworten wollte, demissionierte er.

Am Vormittag des 21. März 1919 vertrat Verteidigungsminister Böhm vor dem erweiterten MSzDP-Ausschuß die Ansicht, daß eine sozialdemokratische Regierung nur mit Unterstützung der Kommunisten die Revolution retten könne. Da sich außerdem auf dieser Sitzung die Auffassung durchsetzte, daß angesichts der feindseligen Haltung der Westmächte nur noch ein Bündnis mit Sowjetrußland Ungarns Unabhängigkeit gewährleisten könne, plädierten nicht wenige für eine Einbeziehung des Lenin-Vertrauten Kun als Voraussetzung für eine außenpolitische Umorientierung. Nur Parteisekretär Buchinger und Peidl beharrten auf einer Fortführung der Koalition, während Garami den Kommunisten die Macht ganz überlassen wollte, damit sie sich abwirtschaften.

Als Landler die Beratung informierte, daß Kun das Angebot nur annehme, wenn der neue Leiter der Metallarbeitergewerkschaften, József Haubrich, an den Verhandlungen teilnehme, beschlossen der erweiterte Parteiausschuß und der Zentrale Gewerkschaftsrat, eine von Kommunisten unterstützte sozialdemokratische Regierung zu bilden. Die rechten Führer Garami, Buchinger und Peidl (Propper fehlte) stimmten dagegen und traten zurück. Eine Kommission der MSzDP (Weltner, Pogány, Landler, Kunfi, Haubrich) vereinbarte nachmittags mit Vertretern der MKP (Kun, Vántus, Szántó, Jancsik, Chlepkó, Seidler, Rabinovič) im Zentralgefängnis die Vereinigung der 600 000 Sozialdemokraten und der 200 000 Kommunisten zur »Magyarországi Szocialista Párt« (»Ungarländische Sozialistische Partei« – MSzP) sowie die Bildung einer Räteregierung.<sup>26</sup> Auf der letzten Sitzung des Berinkey-Kabinetts erreichten Böhm und Kunfi die Freilassung der inhaftierten Kommunisten. Die Exekutivkomitees der Zentralen Räte der Arbeiter und Soldaten befürworteten die Vereinigung beider Arbeiterparteien und die Ausrufung der Ungarischen Räterepublik.

Die Ablösung der bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition durch eine sozialistisch-kommunistische Räteregierung war weder das Werk des Kremls noch der KMP – sie war eine kaum voraussehbare Resultante der neuen politischen Kräftekonstellation.

### *Ein neuer Ansatz für den Übergang zum Sozialismus*

Auf der ersten Tagung des gemeinsamen Parteivorstandes in den Abendstunden des 21. März 1919 wurde der Zentrale Arbeiterrat aufgelöst, sein bisheriger Präsident Garbai übernahm den Vorsitz des Revolutionären Regierungsrates. Kun erhielt das Volkskommissariat für Äußeres, sein Stellvertreter wurde der Jurist Péter Ágoston. Alle anderen Ressorts wurden von ehemaligen Sozialdemokraten geleitet, denen je ein Kommunist als Stellvertreter beigeordnet war.<sup>27</sup>

26 Beschluß der Kommission der MSzDP und der KMP vom 21. März 1919: »Die Ungarländische Sozialdemokratische Partei und die Partei der Kommunisten Ungarns haben am heutigen Tage in einer gemeinsamen Sitzung ihrer Leitungen die restlose Vereinigung der beiden Parteien beschlossen. Die vereinigte neue Partei wird, bis die revolutionäre Internationale hinsichtlich der definitiven Benennung der Partei entscheidet, folgenden Titel führen: Ungarländische Sozialistische Partei. Die Vereinigung erfolgt auf der Grundlage, daß an der Leitung der Partei und an der Regierungsgewalt die beiden Parteien gemeinsam teilnehmen. Die Partei übernimmt im Namen des Proletariats die Macht, sie wird durch die Arbeiter-Bauern- und Soldatenräte ausgeübt. Die geplanten Wahlen für die Nationalversammlung entfallen daher naturgemäß endgültig. Die Klassenarmee des Proletariats ist unverzüglich zu schaffen, und den Händen der Bourgeois sind die Waffen restlos zu entwinden. Zur Sicherung der Herrschaft des Proletariats und gegen den Ententeimperialismus ist mit der russischen Sowjetregierung das vollkommenste und innigste Bündnis zu schließen.« (Zitiert nach Wilhelm Böhm: Im Kreuzfeuer, S. 278; vgl. auch A. Siklós: Ungarn 1918/19, S. 204.)

27 Äußeres: Béla Kun/  
Dr. Péter Ágoston\* (MSzDP),  
Inneres – Jenő Landler\*/  
Béla Vágó, Kriegswesen –  
Dr. József Pogány\*/Tibor  
Szamuely/Béla Szántó,  
Justiz – Dr. Zoltán Ronai\*/  
Stéfan Ladai, Sozialisierung  
– Vilmos Böhm\*/Gyula



Hevesi/Antal Dovcsak\*,  
 Volksversorgung – Mór  
 Erdélyi\*/Béla Illés –  
 Dezső Bokány\*/Ernö Fiedler,  
 Finanzen – Dr. Jenő Varga\*/  
 Béla Székely, Unterricht:  
 Dr. Szigmond Kunfi\*/  
 Dr. György Lukács, Handel  
 – Mátyás Rakosi/József  
 Haubrich\*, Kollegium für  
 Ackerbau – Szigmond  
 Csizmadia\*/Károly Vántus/  
 Jenő Hamburger\*/György  
 Nyistor\*. Ernann wurden  
 politische Volkskommissäre  
 bei der Polizei und Volks-  
 wehr (Deszö Biró\*/Ernö  
 Seidler), für die Hauptstadt  
 (Sándor Vincze\*/Mór  
 Preusz\*/Deszö Dienes) und  
 für die ruthenischen und  
 deutschen Autonomiege-  
 biete. (Oszkár Szabó/  
 Henryk Kalmár).

\* zuvor Sozialdemokraten

28 Aus der Rücktrittserklärung von Graf M. Károlyi am 22. März 1919: »Die Regierung hat abgedankt. Die bisher dem Willen des Volkes entsprechend und mit Unterstützung des Proletariats regierten, haben eingesehen, daß die Verhältnisse eine neue politische Richtung erfordern. Die Produktion kann nur gesichert werden, wenn das Proletariat die Macht in die Hände nimmt. Infolge der drohenden inneren Anarchie ist auch die Außenpolitik in Gefahr. Auf der Pariser Friedenskonferenz wurde im geheimen beschlossen, fast ganz Ungarn zu besetzen. Die Entente mission gab zu verstehen, daß in Zukunft die Demarkationslinie die politische Grenze bildet. Ferner solle Ungarn Aufmarsch- und Operationsgebiet im Kampf gegen die sowjetrussischen Truppen an der rumänischen Grenze werden. Die uns geraubten Gebiete sollen der Sold für jene rumänischen Truppen

Präsident Graf M. Károlyi trat zurück, forderte aber alle Bürger auf, die Räteregierung zu unterstützen.<sup>28</sup> Im Unterschied zu Deutschland und Rußland war in Ungarn die Kardinalfrage der europäischen Nachkriegsrevolutionen – »Nationalversammlung oder Rätenebene?« – gewaltfrei entschieden worden.

Ein von der Räteregierung am 3. April 1919 erlassenes Gesetz ermöglichte erstmals in der Geschichte Ungarns die Teilnahme von Frauen und Männern ab dem 18. Lebensjahr an freien und geheimen Wahlen (etwa 4, 5 Millionen Personen im unbesetzten Gebiet der Räterepublik). Kein Wahlrecht hingegen besaßen Geistliche und Personen, die Gewinne durch Lohnarbeit erzielten. Die Wahl der örtlichen Räte fand vom 6. bis 8. April 1919 statt. Diese wiederum wählten aus ihren Reihen die Abgeordneten zum Landesrätekongreß, der vom 14. bis 24. Juni als oberste gesetzgebende Körperschaft der Republik tagte.

Dieser beschloß die Verfassung und erklärte Ungarn zur Sozialistischen Föderativen Räterepublik. Der Rätekongreß wählte ein 150köpfiges Zentrales Exekutivkomitee als oberstes Machtorgan zwischen den Rätewahlen. Er berief auf seiner ersten Sitzung das Exekutivorgan der Republik, den Revolutionären Regierungsrat mit Garbai und dessen Stellvertreter Antal Dovcsák. Volkskommissare des Äußeren und des Inneren blieben Kun und Landler. Neu besetzt wurden die Volkskommissariate für Kriegswesen (Szántó), Justiz (Ágoston), Unterrichtswesen (Pogány), Volkswohlfahrt (Antal Guth), das Armeekommando (Böhm) sowie die hauptstädtische Militärkommandantur (Haubrich) und die Rote Wache (Rakosi). Für die autonomen Gebiete der Ukrainer und der Deutschen waren Ágoston Stéfan und Henryk Kalmár zuständig. Der Oberste Volkswirtschaftsrat aus 80 Delegierten der landwirtschaftlichen und Konsumgenossenschaften, der Gewerkschaften, der Materialämter und der lokalen Wirtschaftsräte unter dem Vorsitz von Varga, Bajáki (Wirtschaft), Niesztor (Ackerbau) und Lengyel (Finanzen) lenkte die sozialökonomischen Prozesse. Das auch dem Regierungsrat unterstellte Direktorium (Kun, Kunfi, Landler, Vágó, Pogány) sollte ein einheitliches Regieren ermöglichen.

Das war vordringlich, denn auf dem ersten Parteitag der vereinten Sozialisten am 12. und 13. Juni 1919 (die 291 Delegierten vertraten über eine Million Parteimitglieder) gingen die Auffassungen über die künftige Politik auseinander. Kun bezeichnete den Sturz des Kapitalismus und die Verwirklichung des Sozialismus als erste Phase des Kommunismus. Daher sollte die MSZP zur Kommunistischen Partei umbenannt werden. Wollte man angesichts der konterrevolutionären Gewalt, daß die proletarische Diktatur »möglichst human« werde, müsse »man anstreben, daß sie ... mit möglichst starker Hand ausgeübt wird.«<sup>29</sup> Sein Widerpart Kunfi entgegnete: »Wer ... die internationale soziale Revolution will, der muß alles daran setzen, um diese Insel, auf welcher Sozialismus geschaffen wurde, zu erhalten.« Solange die Revolution nicht in mehreren Staaten gesiegt habe, bedürfe es eines Übergangsprogramms, das mit »einer gemäßigteren, den Verhältnissen ... Rechnung tragenden, der Entwicklung der Konterrevolution mit vernünftigen Maßnahmen und nicht mit terroristischen Mitteln vorbeugenden Politik arbeitet.«<sup>30</sup> Er war gegen die

Namensänderung der Partei. Angenommen wurde Kuns Programm und Weltners Vorschlag, die MSzP in »Szocialista-Kommunista Munkások Magyarországi Pártja« (»Partei der Sozialistisch-Kommunistischen Arbeiter« – Sz-KMMP) umzubenennen. Auch das Gerangel um Posten in der Führungsspitze konnte durch einen Kompromiß beendet werden: Fünf ZK-Mitglieder der KMP (Kun, Vágó, Ernő Pór, Rudas,) und acht sozialdemokratische Führer (Weltner, Böhm, Garbai, Bokányi, Bajáki, Landler, Nyistor) wurden per Akklamation bestätigt. Nicht wenige linke Kommunisten lehnten die Vereinigung ab; sie begannen sich neu zu organisieren.

Die Räteregierung beschloß im März und April 1919 Gesetze, die zu sozialökonomischen und politischen Wandlungen führten. Kommunistische wie sozialdemokratische Revolutionäre erkannten, daß die Sozialisierung der Geldinstitute Voraussetzung für die Vergesellschaftung ist, denn unter »der Herrschaft des Kapitalismus sind die das Finanzkapital vertretenden Geldinstitute Eigentümer oder Geldquellen der industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmungen.« Mit der Verordnung vom 28. März 1919 bemächtigte sich die Räteregierung dieser Quellen, beschlagnahmte Einlagen und Kontokorrents. Jeder Kontobesitzer »durfte monatlich nur 10 Prozent der Einlage beheben, die aber den Betrag von 2 000 Kronen (Räte- und Produktionskommissare verdienten maximal 3 000, Arbeiter etwa bis 1 000 Kronen – K. H. G.) nicht übersteigen durften. Für Arbeitslöhne, Beamtengagen, Rohstoffbeschaffung waren die Einlagen unbeschränkt zu verwenden.«<sup>31</sup>

In Gemeineigentum ohne Entschädigung überführt wurden Industrie-, Bergbau-, Verkehrs- und Handelsunternehmen über 20 Beschäftigte, Banken und Versicherungen, Mittel- und Großgrundbesitz ab 57,5 ha. Eine Konfiskation des ausländischen Kapitals unterblieb im Interesse der internationalen Stellung der Republik. Besitzer von Betrieben konnten als Produktionskommissare die neuen Staatsbetriebe leiten. Sie wurden von Betriebsräten kontrolliert.

Der erste Rätekommissar für Sozialisierung bezeichnete später die sozialen Reformen der Räterepublik als »Experimente, schüchterne Versuche und bravouröse Kavallerieattacken«, deren Erfolge und Mißerfolge »zu mehr als einer methodischen Folgerung Anlaß«<sup>32</sup> geben: Die unmittelbare Verstaatlichung des Großgrundbesitzes stand im Widerspruch zu den Interessen der Millionen landhungrigen Klein- und Zwergbauern. Sie überforderte auch das von Fronmentalität geprägte Agrarproletariat. Selbst nach den Bauernunruhen zwischen Donau und Theiß und in Transnubien im Juni 1919 korrigierte die Räteregierung diese verfehlte Politik nicht; da seitdem die Dorfarmut nur in geringem Maße Land von Großbauern erhielt, erweiterte sich eher die »ungarische Vendee«. Während Ackerbaukommissar Hamburger behauptete, daß seine Agrarpolitik »viel zielbewußter und vorsichtiger durchgeführt wurde als bei den Russen«,<sup>33</sup> bekannte sich Jászi, der linksbürgerliche Verfechter einer demokratischen Bodenreform, zum russischem Beispiel: »Lenin hat nämlich mit echt staatsmännischer Intuition erkannt, daß es unmöglich sei, in einem Agrarstaate ... gegen den Willen des Bauernvolkes Revolution zu machen, daß man den Hunger der Besitzlosen nach

sein, mit deren Hilfe man sowjetrussische Truppen schlagen will. Ich, der provisorische Präsident der Ungarischen Volksrepublik, wende mich gegen diesen Beschluß der Pariser Friedenskonferenz und fordere die Proletarier aller Länder auf, Gerechtigkeit walten zu lassen und Hilfe zu leisten. Ich danke ab und übergebe die Macht dem Proletariat der Völker Ungarns.« (Zitiert nach András Siklós: Die ungarische Räterepublik, S. 205.)

29 Zitiert nach Wilhelm Böhm: Im Kreuzfeuer, S. 487.

30 Ebenda, S. 304.

31 Ebenda, S. 389.

32 Ebenda, S. 393.

33 Ebenda.

Grundeigentum sofort und restlos befriedigen muß. ... Die Latifundien sind mit einem Wort einfach zu staatlichen Betrieben geworden, meistens unter Leitung des alten Grundherrn. Der ungarische Feudalismus kann dem ungarischen Bolschewismus ewig dankbar sein: Dieser war es, der ... den Großgrundbesitz bloß rot übermalte« und den Großgrundbesitz konservierte. Die Magnaten seien durch die Räteregierung »gerettet worden, indem diese für die Auszahlung der Arbeitslöhne, für das nötige bewegliche Kapital und für die Investitionen sorgte.«<sup>34</sup> Infolge fehlender Arbeitskräfte, unzureichender Disziplin und überhöhter Lohnzahlungen in Naturalien ging die landwirtschaftliche Produktion zurück, die Lebensmittelversorgung der Städte verschlechterte sich rapide. Als die Rätewacht im August 1919 zurücktrat, trafen die Grundherren mit Hilfe des weißen Terrors bei ihrer »neuerlichen Besitzergreifung« kaum auf Widerstand.

34 Oszkár Jászi: Magyarországnak a földesurak adóssága, S.132.

Bei der Sozialisierung von Industrie, Handel, Verkehr gelangte jedoch der »Wille der Massen zur Geltung«. Eine wichtige Rolle bei der Machtausübung spielten die Gewerkschaften, welche die »neuen Aufgaben merkwürdig schnell (bewältigten). Sie bekundeten stauenswerte Fachkenntnisse auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens.«<sup>35</sup> Das betraf die Konzentration von Betrieben in der Lebensmittelindustrie, die systematische Einführung der Typenproduktion in der Holzindustrie und den stufenweisen Abbau der Luxusindustrie. Doch der internationale Wirtschaftsboykott und der Übergang vom Akkord- zum Stundenlohn führten zum Rückgang von Produktion und Versorgung. Der erste Rätekommissar für Sozialisierung Böhm wies in seinen Erinnerungen auf das entscheidende Problem der sozialistischen Umgestaltung hin: »Die Ergreifung des Besitzes von Betrieben für das an die Macht gelangte und über Waffen verfügende Proletariat ist außerordentlich leicht. Die Besitzergreifung ist schlechthin eine Machtfrage, während die Sozialisierung eine äußerst verwickelte Reihe von Fragen der Technik, der Betriebs- und Produktionsorganisation, der Stoffzufuhr, der Verteilung der Rohstoffe und der fertigen Waren, des Handels und der Spedition darstellt. Überdies muß mit der Sozialisierung auch die Frage der Arbeitsdisziplin, der intensiven, vor allem aber der rationellen Produktion in einem vom Feind boykottierten Lande einer Lösung zugeführt werden.«<sup>36</sup>

35 Wilhelm Böhm: Im Kreuzfeuer, S. 397.

36 Ebenda, S. 305.

Die Räteregierung erhöhte die Reallöhne der Arbeiter um 25 Prozent, hob die Renten der Kriegsgesamten an, dehnte die Kranken- und Unfallversicherung auf Arbeiter und Angestellte aus, gewährte bezahlten Jahresurlaub, kostenlose Gesundheitsfürsorge, den Achtstundentag, für Lehrlinge eine wöchentliche 36stündige theoretische und praktische Ausbildungszeit. Mütter bekamen sechswöchigen Wochenurlaub, Paläste, Parkanlagen und Strände der Reichen wurden für Kinderferienlager genutzt. Uneheliche Kinder wurden ehelichen gleichgestellt. Die Mieten für Kleinwohnungen wurden um 20 Prozent gesenkt. Die 100 000 in Baracken oder obdachlos lebenden Budapester erhielten ein Minimum an Räumlichkeiten in den wenig belegten Häusern und Villen der Reichen. Die Räteverfassung gewährte verfolgten Revolutionären Asylrecht.

Die beiden Bildungskommissare Kunfi und Lukács schufen Bedingungen für einen bis dahin einmaligen Aufschwung von Kultur

und Kunst.<sup>37</sup> 80 Prozent der Grund- und Mittelschulen, die der Kirche unterstanden, wurden nationalisiert. Obligatorischer Schulbesuch bis zum 14. Lebensjahr, Hochschulstudium, Museums- und Parkbesuche waren kostenlos. Lukács bestand darauf, daß sich alle künstlerischen Richtungen entfalten können, daß der Staat nicht in die Angelegenheiten von Kultur und Wissenschaften hineinreden dürfe. Zwar habe die Rätemacht alle institutionellen Mittel in Besitz genommen, die zur Verbreitung der Kultur notwendig seien. Daß Kunstschätze, Theater, Schulen, Museen im Staatsbesitz seien, »schaffe aber nur die Möglichkeit der neuen Kultur, der tatsächlichen Besitzergreifung, jener Epoche, in der alle Werte der Kultur zum inneren Besitz aller Arbeiter werden«. Denn das »Bild, das Buch, die Schule gehören nicht denen, derer tatsächlicher oder rechtmäßiger Besitz sie sind, sondern denen, die aus ihr Freude und Erbauung schöpfen können«.<sup>38</sup>

Am 25. März 1919 beschloß die Räteregierung den Aufbau einer Roten Armee. Sie erreichte im Juni 1919 einen Mannschaftsbestand von 285 000 Personen. Außenkommissar Kun nahm über Szamuely Verbindungen zu Lenin und zum Chef der Ukrainischen Räteregierung, Christian Rakovskij, auf. Doch die ukrainischen und russischen Truppen blieben am Dnestr stecken und konnten Budapest keine militärische Entlastung geben.

Auch die Versuche Garbais und Kuns, die Beziehungen zur Entente und den benachbarten Regierungen zu normalisieren, blieben erfolglos. Vielmehr entschied sich Paris für eine militärische Intervention und benutzte dafür die bürgerlichen Regierungen von Bukarest, Prag und Belgrad, denen als Kriegsbeute Siebenbürgen, Oberungarn und das Vajdaszag zugesichert wurden. Im Rahmen eines vom französischen Befehlshaber der Ententearmee koordinierten Feldzuges mit insgesamt 107 000 Soldaten drangen seit April 1919 vom Norden 40 000 Tschechen bis Pozsony (Bratislava), Miskolc, Kassa (Kosice) und Ungvar (Užgorod) vor, 35 000 Rumänen besetzten Ostungarn bis zur Theiß. 32 000 Franzosen und 38 000 Serben umschlossen die Republik vom Süden bis Arad, Szeged und Pécs. Unter dem Schutz der Besatzer formierte sich in Szeged eine konterrevolutionäre Marionettenregierung unter Vorsitz des Großgrundbesitzers Graf Gyula Károlyi (eines Stiefbruders des »roten« Grafen), mit Graf Pál Teleki (Außenminister), Horthy (Kriegsminister) und Gömbös, der eine sogenannte Nationalarmee aufbaute (5 000 Mann).

Die Rote Armee, die damals nur 50 000 Soldaten in den Kampf werfen konnte, eroberte zwei Drittel des tschechisch besetzten Oberungarn. Entsprechend den Verfassungsgrundsätzen zur Nationalitätenpolitik wurde am 16. Juni 1919 in Prešov (ungarisch: Eperjes) die Slowakische Räterepublik ausgerufen. Nur die ukrainisch besiedelten Komitate mit dem Zentrum Munkács (Mugacevo) wurden als autonomes Gebiet Ruska-Krajna an die Ungarische Räterepublik angeschlossen.

Nach diesem Erfolg forderte der französische Premier Georges Clemenceau am 13. Juni 1919 Budapest auf, Oberungarn dem Neustaat Tschechoslowakei zu übergeben, und versprach als Ausgleich die Räumung Ostungarns von rumänischen Truppen. Der Rätekon- greß unterstützte nach heftigen Debatten mehrheitlich die Positionen

37 Im Volkskommissariat für Bildung wirkten in den Direktorien für Musik, Theaterleben, Literatur, Bildende Künste und Filmproduktion u.a. die Komponisten Béla Bartók, Zoltán Kodály und Ernő Donnanyi, die Schriftsteller Béla Balázs, Dezső Kosztolányi, Dezső Szabó Zsigmond Móric und Mihály Babits, die Maler Róbert Berény und Lajos Kassák, der Filmregisseur Sándor Korda. Künstler und Schriftsteller bekamen Stipendien oder erhielten Berufungen an Universitäten und an der Akademie. Die von dem Maler Béla Uitz geleitete Werkstatt für Proletarische Bildende Kunst bildete begabte junge Arbeiter aus. 80 bekannte Maler, Graphiker und Bildhauer erhielten eine feste Anstellung als Zeichenlehrer

38 G. Lukács: Die tatsächliche Inbesitznahme der Kultur, in: Taktik und Ethik. Politische Aufsätze I. 1918-1920. Herausgegeben von J. Kammler und F. Benseler. Darmstadt und Neuwied 1975, S. 97.

39 Lenin empfahl: »Man muß Verhandlungen beginnen und führen, man muß unbedingt jede Möglichkeit wenigstens für einen vorläufigen Waffenstillstand oder Frieden ausnutzen, um dem Volk eine Atempause zu verschaffen. Trauen Sie aber der Entente nicht einen Augenblick, sie nasführt Sie und will nur Zeit gewinnen, um Sie und uns leichter erdrosseln zu können.« (W. I. Lenin: Werke, Bd. 36, Berlin 1974, S. 502.)

40 Zitiert nach W. Böhm: Im Kreuzfeuer, S. 501.

41 Im Funktelegramm an Cunningham heißt es u. a.: »Den alliierten und assoziierten Regierungen wäre es sehr erwünscht, mit dem ungarischen Volk Frieden zu schließen ..., der die Verpflegung der Bevölkerung unüberwindliche Schwierigkeiten bereitet. Jedoch ist es unmöglich, das Verpflegungswerk zu beginnen, bevor nicht in Ungarn eine Regierung besteht, die den Volkswillen darstellt. ... Die Regierung Béla Kuns (Regierungschef der in den wirklich ersten freien Wahlen Ungarns war nicht Kun, sondern der Sozialdemokrat Garbai, K.-H. G.) entspricht diesen Bedingungen in keiner Weise. Nicht nur, daß sie nicht das ungarische Volk repräsentiert, greift sie gegenwärtig auch eine befreundete Macht an (gemeint ist die Abwehr der rumänisch-französischen Aggression seit April 1919). Wenn Lebensmittel geliefert, die Blockade aufgehoben, der wirtschaftliche Wiederaufbau begonnen und der Friede hergestellt werden soll, muß das Volk durch eine tatsächlich repräsentative

von Armeebefehlshaber Böhm und Außenkommissar Kun, das Ultimatum anzunehmen, zumal das auch Lenin aus seinen Erfahrungen mit dem Brester Frieden empfohlen hatte.<sup>39</sup> Doch der am 28. Juni 1919 angeordnete Rückzug aus Oberungarn hatte verheerende Folgen. Die Auflösung der Armee war nicht mehr aufzuhalten, die Bevölkerung resignierte. Generalstabschef Aurél Stromfeld trat aus patriotischen Motiven zurück. Böhm demissionierte, nachdem ihm am 5. Juli 1919 Landler, Weltner, Pogány und Haubrich die Unterstützung für einen Militärputsch gegen Kun verweigert hatten. Er wurde Botschafter in Wien, Landler übernahm den Armeeeoberbefehl und Szántó das Verteidigungskommissariat.

Die Ententemächte beließen die rumänischen Truppen in Ostungarn, verschärften die Wirtschaftssanktionen und lehnten das »kommunistische Kunregime« als Verhandlungspartner ab. Die Räteregierung begann nun eine internationale politische und zugleich militärische Offensive. Die einflußreichsten Rätekommissare übernahmen die Führung von Armeekorps (Landler, Pogány, Vágó) und Regimentern (Szamuely, Lukács). Die Rätearmee forcierte am 20. Juli 1919 die Theiß, um Ostungarn von den rumänischen Besatzern zu befreien. Die Militäroperation wurde ein Desaster, vor allem weil der neue Generalstabschef Ferenc Julier die Aufmarschpläne dem französisch-rumänischen Oberkommando übergeben hatte.

Kun nutzte die unterschiedliche Haltung von Paris und London in der ungarischen Frage und entsandte am 24. Juli 1919 den Präsidenten des Budapester Arbeiterrates, Weltner, sowie Peyer zu Verhandlungen mit der Wiener Ententemission. Mit Botschafter Böhm gingen sie am 25. Juli 1919 auf die Forderung des britischen Vertreters Oberst Cunningham ein: »Kuns Kommunistenregierung ist zu entfernen, der Bolschewismus zu beseitigen.« Als Gegengabe wurde ihnen zugesagt, das Embargo gegen Ungarn aufzuheben und eine »diktatorische Regierung zu unterstützen, wenn sich folgende Männer (in ihr) befinden würden: Haubrich, Ágoston und Garami.«<sup>40</sup> Der Viererrat der Pariser Konferenz stimmte am 28. Juli 1919 diesem »Kompromiß« zu.<sup>41</sup>

Kun, der nach zwei Tagen über die Verhandlungen informiert wurde, beriet sich am 31. Juli 1919 mit den führenden Politikern der Räterepublik. Der Präsident des Budapester Arbeiterrates, Weltner, und der Budapester Militärkommandant Haubrich forderten den Rücktritt der Räteregierung, um so einer katastrophalen Niederlage zu entgehen, während Landler, Vágó, Hamburger, Pogány und Szamuely für die Fortführung des Kampfes eintraten. Erst auf der Beratung der Partei- und Staatsführung am 1. August 1919 entschieden 48 der 51 Parteiführer und Kommissare, die Räteregierung durch eine sozialdemokratische »Gewerkschaftsregierung« auszuwechseln. Da Lenin am 30. Juli 1919 mitteilte, daß ein sowjetischer Vormarsch im Osten zur Entlastung der Räterepublik nicht möglich sei, aber dennoch aufforderte, solange wie nur möglich durchzuhalten,<sup>42</sup> gaben auch Kun und Szamuely ihre Zustimmung zur Machtaufgabe.

Als Alternative sahen sie nur einen verheerenden und auch selbstmörderischen Bürgerkrieg und versuchten deshalb, die Partei in die Illegalität zu retten, möglichst vielen Revolutionären ein Weiterleben im Exil zu sichern und so von der Revolution möglichst viel zu



erhalten. Nur Varga, Lengyel und Rudas stimmten dagegen. Rónai übermittelte am Nachmittag dem Budapester Arbeiterrat die Hiobsbotschaft.

Kuns letzte Rede vor diesem Gremium war das moralische Credo eines großen Revolutionärs in einer hoffnungslosen historischen Situation: »Das Proletariat ließ nicht seine Führer, sondern sich selbst im Stich. Ich erwog, ich überlegte lange, was ich tun sollte. Kalt und ruhig muß ich es feststellen: Die Diktatur des Proletariats ist gestürzt.« Die Rätewahl hätte ein anderes Ende nehmen können, »wenn wir über selbstbewußte und revolutionäre Proletariatsmassen verfügt hätten. ... Wir opfern uns gerne, es fragt sich aber, ob das Opfer vom Standpunkt der internationalen Proletarierrevolution aus einen Sinn habe, ob es gerade in ihrem Interesse nicht nützlicher sei zu vermeiden, daß hier über Nacht ein neues Finnland entsteht.« Kun erinnert an den Sturz der finnischen Sowjetmacht 1918, wo die Konterrevolution 17 000 Menschen ermordete. Er habe immer erklärt, daß man den Sozialismus nicht von außen her erlernen könne, sondern »in ständiger Berührung mit der Realität. Jetzt sehe ich, daß wir es umsonst versucht haben, die Proletariatsmassen zu selbstbewußten Revolutionären zu erziehen. Dieses Proletariat bedarf der rücksichtslosesten, grausamen Diktatur der Bourgeoisie, um revolutionär zu werden. *Eine bittere Arbeit harret der Genossen, die es unternommen haben, diesen Übergangszustand zu Ende zu führen. Ich glaube, daß die Diktatur der Bourgeoisie sie nicht mehr schonen wird als uns, aber sie sind die Werkzeuge einer historischen Notwendigkeit.*« (Hervorhebung – K. H. G.) Gutmachen könne man in der aussichtslosen Lage nichts, »denn wenn auch unschuldig, arbeitet man doch nicht am Wohl des Proletariats, aber man kann es ehrlich machen. ... Wir ziehen uns für die Zeit des Übergangs zurück, halten die Klasseneinheit ... aufrecht, wenn nicht, so kämpfen wir auf andere Weise, um einst mit erneuter Kraft, reicher an Erfahrungen und unter besseren Umständen mit einem reiferen Proletariat einen neuen Kampf ... anzufangen.«<sup>43</sup>

Die sozialdemokratische Regierung unter Gewerkschaftsführer Peidl (unter den 12 Ministern waren fünf Rätekommissare)<sup>44</sup> setzte in ihrem Erlaß Nr. 1 »sämtliche Verordnungen der Räteregierung, aufgrund deren Grundbesitz in Gemeineigentum übernommen wurde ..., außer Kraft«.<sup>45</sup> Sie sicherte aber auch in Verhandlungen mit Wien, daß die meisten Revolutionsführer in das österreichische Exil gelangen konnten.<sup>46</sup> Entgegen den früheren Zusagen der alliierten Militärmission in Wien wurde mit britischer und französischer Hilfe die Peidl-Regierung drei Tage nach dem Einmarsch der rumänischen Besatzer in Budapest, am 6. August 1919, durch das diktatorische Regime des Industriellen István Friedrich beseitigt. Paris und London sahen im Oberkommando Horthys in Siófok, das bereits in Westungarn den Massenterror organisierte, die künftige Ordnungsmacht. Sie trugen die Hauptverantwortung für die Errichtung des faschistoiden Terrorregimes.

Die MSzDP-Führung paßte sich der neuen Lage rasch an. Auf ihrer Konferenz am 24. Oktober 1919 bezeichnete ihr neuer Parteichef Peyer in seinem Bericht die Räterepublik als »schmutziges System«, forderte die exemplarische Bestrafung der Kommunisten und eine

tive Regierung ... vertreten sein.« Zitiert nach W. Böhm: Im Kreuzfeuer, S. 504.

42 Vgl. Ervin Liptei: Vengerskaja Sovetskaja Respublika, Moskva 1970, S. 161 ff.

43 Zitiert nach V. Böhm: Im Kreuzfeuer, S. 522 f.; zu ähnlichen Fassungen der Rede vgl. G. Borsányi: The life, S. 202.

44 Ministerposten übernahmen Ágoston (Äußeres), Haubrich (Verteidigung) Garami (Justiz), Dovcsák (Handel), Garbai (Unterrichtswesen); Peyer (Inneres), Ferenc Miáki (Finanzen), J. Takacs (Ackerbau), F. Knittelhofer (Ernährung), I. Szabó (Volkswohlfahrt), G. Knaller (Nationalitäten).

45 Zitiert nach András Siklós: Die ungarische Räterepublik, S. 340.

46 Außenminister Ágoston erreichte in Wien, daß die öffentlich sehr bekannten Führer Kun, Landler, Varga, Pogány, Lengyel, Vágó, Madarasz, Kunfi, Bokányi, Rónai und Bajáki samt ihren Familien am 2. August 1919 nach Österreich ausreisen konnten. Szamuely, der nicht auf die Ausreiseliste aufgenommen wurde, nahm sich das Leben. Haubrich und Peyer ließen zahlreiche Funktionäre der Räteregierung verhaften. Lukács, Korvin und Hirossik blieben im Auftrag Kuns vorerst im ungarischen Untergrund.

Säuberung der Partei von den Aktivisten der Rätebewegung, um die MSzDP für eine Mitarbeit im neuen Regime salonfähig zu machen. Mit dem Segen seiner Gönner aus Paris, London und Washington konnte der 51jährige Großgrundbesitzer Horthy in voller Admiralsuniform auf einem Schimmel reitend an der Spitze seiner 24 000 Mann starken »Nationalarmee« schließlich am 16. November 1919 in Budapest einziehen und für ein Vierteljahrhundert in Ungarn ein faschistisches Terrorregime errichten. Der Schlächter der Revolution und »Reichsverweser« umgab sich mit der Aura eines »neuen Árpát« und kündigte den Kampf gegen das »Sündenbabel« der Räterepublik an. In seiner Antrittsrede bezeichnete er Budapest als eine »schuldige und sündige Stadt (a bünös város)«, die »ihre tausendjährige Geschichte verleugnet, ... die nationale Krone und die nationalen Farben in den Staub gezerrt und sich in rote Lumpen gehüllt« habe.<sup>47</sup>

47 Zitiert nach Edgar v. Schmidt-Pauli: Nikolaus Horthy. Admiral, Volksheld und Reichsverweser, Hamburg 1943, S. 163.



## ANDREAS KELLER: Die Universität als Unternehmen?

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts befinden wir uns inmitten einer tiefgreifenden Umstrukturierung des deutschen Hochschulwesens. Aus westdeutscher Sicht handelt es sich nach der Hochschulreform der sechziger und siebziger Jahre um die zweite große Reform der Nachkriegszeit; aus ostdeutscher Perspektive könnte man von der »Fünften Hochschulreform« sprechen.<sup>1</sup> Die Ton angehenden Reformer in Bund und Ländern, im Wissenschaftsrat sowie im von Hochschulrektorenkonferenz und Bertelsmann-Stiftung getragenen Gütersloher Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) zielen auf eine Umwandlung der als Körperschaften des öffentlichen Rechts verfassten staatlichen Hochschulen in Dienstleistungsunternehmen ab, die ihre Produkte – Forschungsleistungen sowie die Aus- und Weiterbildung von Studierenden – an kaufkräftige Nachfrager absetzen sollen.<sup>2</sup> An die Stelle einer *politischen* Regulierung des Hochschulwesens – durch staatliche Organe und kollegiale Selbstverwaltungsgremien – soll eine *ökonomische* Regulierung durch marktförmige Steuerungssysteme treten. Hochschulbildung wird perspektivisch zur Ware, zu welcher der Zugang nicht mehr nach demokratischen und sozialstaatlichen Prinzipien, sondern mehr und mehr nach Maßgabe der Einkommens- und Vermögensverteilung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gewährt wird.

Alternative hochschulpolitische Ansätze bleiben demgegenüber subaltern, ja werden in der ganz auf neoliberale Sachzwanglogik eingestimmten Medienöffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen. Kritikerinnen und Kritiker der dominanten Hochschulreformprogramme werden häufig als Verteidiger des überkommenen Hochschulsystems wahrgenommen, der staatlich regulierten und professorendominierten Gruppenhochschule.<sup>3</sup> Doch damit nicht genug. Die Ton angehenden Reformer haben nicht nur den Reformbegriff besetzt, sondern sogar isolierte Versatzstücke traditioneller linker Hochschulreformprogramme aus ihrem fortschrittlichen Zusammenhang gerissen und in den Zusammenhang ihrer neoliberalen Politik gestellt.

Die aktuelle hochschulpolitische Diskussion ist daher in hohem Maße unübersichtlich. Viele hochschulpolitische Forderungen erscheinen ambivalent, da sie für sich genommen eine fortschrittliche Tradition haben, aber im Kontext der Hochschulpolitik des 21. Jahrhunderts eine völlig neue Bedeutung bekommen. So ist es auch zu erklären, dass viele Akteure, die in den sechziger und siebziger Jahren in der westdeutschen Studenten- und Assistentenbewegung, in Gewerkschaften oder in hochschulischen Betriebsgruppen linker Parteien für eine Demokratisierung und soziale Öffnung der Hochschu-

Andreas Keller – Jg. 1965, Dr. phil., Diplom-Politologe, seit 2003 Referent für Lehr- und Studienangelegenheiten an der Charité – Universitätsmedizin Berlin, 1999-2002 Referent für Wissenschafts- und Hochschulpolitik bei der Fraktion der PDS im Deutschen Bundestag, Mitglied im Bundesvorstand des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)

Vortrag des Verfassers bei der Klausurtagung der Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 13. Februar 2004 in Berlin.

1 Wenn man die in der DDR vorgenommene Zählung fortsetzt und die Ausdehnung des bundesdeutschen Hochschulrahmengesetzes auf die neuen Bun-

desländer 1990 als »Vierte Hochschulreform« nach der Dritten Hochschulreform der sechziger Jahre ansieht.

2 Vgl. im Einzelnen Andreas Keller: Hochschulreform und Hochschulrevolte, Selbstverwaltung und Mitbestimmung in der Ordina-rienuniversität, der Gruppenhochschule und der Hochschule des 21. Jahrhunderts, Marburg 2000, S. 303 ff.

3 Vgl. ebenda, S. 155 ff.

len eintraten, heute der Strategie eines neoliberalen Umbaus des Hochschulsystems auf den Leim gehen – und dies nicht einmal als politische Kehrtwende wahrnehmen. Im Folgenden wird diese Ambivalenz am Beispiel von fünf hochschulpolitischen Themen, die gegenwärtig im Brennpunkt der Diskussion stehen, anschaulich gemacht: 1. die Stärkung der Hochschulautonomie, 2. neue Leitungsstrukturen, 3. die neuen Studienabschlüsse Bachelor und Master, 4. die Reform des Hochschuldienstrechts und 5. der Streit um Studiengebühren.

### *Stärkung der Hochschulautonomie*

Die Forderung nach einer größeren Autonomie der Hochschulen, die auch eine weitreichende Autonomie in Wirtschafts- und Haushaltsangelegenheiten einschließt, stößt heute auf ein hohes Maß an Zustimmung. Seit Anfang der neunziger Jahr darf die Forderung nach einem Globalhaushalt der Hochschulen in keinem Reformprogramm fehlen: Nicht mehr das Parlament oder die staatliche Ministerialbürokratie soll über die feinsten Verästelungen der Hochschulhaushalte entscheiden, sondern die Hochschulen selbst im Rahmen einer pauschal vom Staat zur Verfügung gestellten Haushaltssumme. Während die Hochschulautonomie jedoch ursprünglich im Sinne eines institutionellen Pendant zum individuellen Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit als konsequente Weiterentwicklung der akademischen Selbstverwaltung verstanden wurde, erscheint die Forderung nach Globalhaushalt und Finanzautonomie im 21. Jahrhundert als Konsequenz der geforderten Marktpositionierung des Unternehmens Hochschule.

Hochschulen, die ihre Produkte marktförmig an kaufkräftige Nachfrager – Drittmittelgeber, Forschungsauftraggeber und Studierende – absetzen müssen, können im Wettbewerb mit anderen Anbietern nur dann bestehen bzw. für die im Wettbewerb erreichten Erfolge und Misserfolge verantwortlich gemacht werden, wenn sie autonom über ihr Budget verfügen und ihre eigene Strategie umsetzen können. Noch sind die öffentlichen Hochschulen keine privaten Wirtschaftsunternehmen, die sich auf einem realen Markt behaupten müssen, sondern staatlich finanzierte Einrichtungen, die allerdings mehr und mehr mit – überwiegend künstlich simulierten – marktförmigen Steuerungsmechanismen konfrontiert werden. Da wir es zusätzlich mit insgesamt stagnierenden bis rückläufigen staatlichen Mittelzuweisungen zu tun haben, sind die Hochschulen mehr und mehr darauf angewiesen, über die staatliche Sockelfinanzierung hinaus zusätzliche Mittel zu akquirieren: auf realen Märkten für Weiterbildung oder industrielle Auftragsforschung.

Die künstliche Simulation von Marktmechanismen wird durch Systeme leistungsorientierter Mittelvergabe erreicht: Die Zuweisung globaler Staatszuschüsse an die Hochschulen erfolgt zu einem immer größeren Anteil abhängig von deren Leistungen in Forschung und Lehre. Resultat ist die Implementation der Systemrationalität des ökonomischen Systems in das hochschulisch verfasste Wissenschaftssystem. Die durch die leistungsorientierte Mittelvergabe konstituierten Quasi-Märkte belohnen in der Regel Anbieter, die möglichst effizient die gewünschten Dienstleistungen produzieren, also z. B. möglichst viele Studierende in der Regelstudienzeit durch das Studium schleu-

sen oder möglichst viele Forschungsdrittmitter einwerben. Anbieter, die die gewünschten Leistungen nicht im geforderten Umfang erbringen, werden mit geringeren Mittelzuweisungen oder Mittelentzug bestraft. Bei genauer Betrachtung entpuppt sich also die umfassende Wirtschafts- und Finanzautonomie der Hochschulen im Kontext des Modells Unternehmen Uni als spezifische Form der Fremdsteuerung der Hochschulen: als Heteronomie.

Exakt hierin liegt der Unterschied zum Autonomiepostulat in der Tradition der hochschulpolitischen Linken. Die Forderung nach umfassender Autonomie der Hochschulen bis hin zum Globalhaushalt ist keine Erfindung des Gütersloher CHE, sondern sehr viel älter. 1948 wurde sie im viel zitierten »Blauen Gutachten« des Studienausschusses für Hochschulreform in der britischen Besatzungszone artikuliert,<sup>4</sup> 1968/69 in den »Grundsätzen für ein neues Hochschulrecht« von Frankfurter Hochschullehrern um Jürgen Habermas wieder aufgegriffen.<sup>5</sup> Die Forderung nach Hochschulautonomie ist vor diesem Hintergrund Ausdruck einer dezentralen Demokratie- und Gesellschaftskonzeption der antiautoritären westdeutschen Linken. Die antietatistische Grundhaltung der hochschulpolitischen Linken wurde zusätzlich dadurch gestärkt, dass die staatliche Regulierung des Hochschulsystems in den siebziger Jahren als repressiv wahrgenommen wurde. In dem Moment, in dem die hochschulpolitische Linke erste Erfolge auf ihrem 1968 angetretenen »Marsch durch die Institutionen« verzeichnen konnte und kritische oder marxistische Hochschullehrer auf Lehrstühle berufen sowie linke Studierendenorganisationen in die Allgemeinen Studentenausschüsse gewählt wurden, bekam sie es mit Berufungs-Oktrois der Ministerialbürokratie, Berufsverboten und der Kriminalisierung des politischen Mandats zu tun.

Seitdem steht die Hochschulautonomie in linken Reformprogrammen hoch im Kurs, jedoch mit völlig anderen Implikationen, als sie der Hochschulautonomie im Kontext aktueller neoliberaler Reformprogramme zu Grunde liegen. Dies wird auch am Zusammenhang der Autonomiedebatte mit der Auseinandersetzung um die Binnenstruktur der Hochschulen deutlich.

### *Neue Leitungsstrukturen*

Die 1976 durch das Hochschulrahmengesetz (HRG) konstituierte Binnenverfassung der Hochschulen ist von zwei Seiten unter Druck geraten. Die dominanten Hochschulreformer laufen gegen die ineffiziente Gremienbürokratie der Gruppenhochschule Sturm und rufen nach neuen Leitungsstrukturen. Ebenso alt wie die Gruppenhochschule des HRG ist jedoch der Einwand der hochschulpolitischen Linken, dass diese zu keinem Zeitpunkt eine wirkliche Mitbestimmung der am hochschulisch verfassten Wissenschaftsprozess beteiligten Gruppen ermöglicht hat: Nicht die Gruppenhochschule, sondern die *professorendominierte* Gruppenhochschule des HRG ist gescheitert.

Im HRG wurde 1976 nach Maßgabe der Hochschulentscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1973 verbindlich vorgeschrieben, dass die Hochschullehrergruppe in allen substanziell Forschung und Lehre betreffenden Fragen mindestens 50 % der Stimmen haben muss. Die HRG-Novelle von 1985 schrieb darüber hinaus flächendeckend die absolute Professorenmehrheit in Hochschulgremien fest

4 Studienausschuß für Hochschulreform: Gutachten für Hochschulreform, Hamburg 1948, S. 17 ff.

5 Erhard Denninger, Ludwig von Friedeburg, Jürgen Habermas, Rudolf Wietölter: Grundsätze für ein neues Hochschulrecht, in: Jürgen Habermas: Protestbewegung und Hochschulreform, Frankfurt a. M. 1969, S. 202 ff. Zunächst mag es irritieren, dass die Autonomie zum Dreh- und Angelpunkt linker Reformkonzepte werden konnte. Denn die traditionelle Linke war stets, gerade auch in bildungs- und wissenschaftspolitischen Fragen, etatistisch ausgerichtet und setzte nicht etwa auf die Autonomie gesellschaftlicher Teilbereiche, sondern auf eine Umgestaltung und Steuerung der Gesamtgesellschaft durch eine zentrale Instanz: den Staat – in diesem Kontext ist auch die staatliche Überregulierung des Hochschulsystems in der DDR zu sehen. Seit den Auseinandersetzungen zwischen Karl Marx und Michail Bakunin gibt es jedoch alternative linke Strategien, die der politischen Umgestaltung durch den Staat gesellschaftliche Veränderungen von unten entgegensetzen und auf die autonome Selbstbestimmung dezentraler Einheiten setzen.

und verlangte bei Entscheidungen über Hochschullehrerberufungen zusätzlich eine »doppelte Mehrheit«: nicht nur innerhalb des Gremiums, sondern auch innerhalb der Professorengruppe. Warum sollen die viel gescholtenen Ineffizienzen der Gremienbürokratie nicht auch damit zu tun haben, dass an den Hochschulen stets eine Statusgruppe alle anderen überstimmen kann?

Die Forderung der hochschulpolitischen Linken nach einer Stärkung der Autonomie der Hochschulen war stets junktimförmig mit der Forderung nach ihrer inneren Demokratisierung verbunden. Im Mittelpunkt stand das Modell einer paritätischen Teilhabe der am hochschulisch verfassten Wissenschaftsprozess beteiligten Gruppen an der Hochschulselbstverwaltung.<sup>6</sup> Die umfassende Deregulierung der Organisationsvorschriften des HRG 1998 hat die Forderung nach einer Demokratisierung der Hochschulen durch paritätische Mitbestimmung wieder aktualisiert, da der Gestaltungsspielraum der Landesgesetzgeber erheblich erweitert wurde.<sup>7</sup> Die Mitbestimmung nimmt dabei die Funktion einer Kompensation des demokratischen Legitimationsdefizits in Folge eines Rückzuges des Staates aus der Steuerung des Hochschulsystems wahr. Wenn man so will, geht es um eine sukzessive Weiterentwicklung des als unzulänglich erachteten zentralen zu einem dezentralen Demokratiekonzept. Die Forderung nach einer Demokratisierung der Hochschulen war also von Anfang an auch Teil des Projekts einer Demokratisierung aller Lebensbereiche, die die Grenzen eines bürgerlichen, auf die staatliche Sphäre beschränkten Demokratieverständnisses zu überschreiten versuchte.

Im Kontext des neoliberalen Hochschulreformprogramms wird die Stärkung der Hochschulautonomie aber nicht mit einer inneren Demokratisierung, sondern im Gegenteil mit einer inneren Hierarchisierung der Hochschulen verbunden. Die Gretchenfrage »Wie hältst du's mit der Mitbestimmung?« vermag also zusätzlich die Unterschiede zwischen dominanten und alternativen Autonomiekonzeptionen deutlich zu machen. Hinter der Hierarchisierung der Hochschulbinnenverfassung verbirgt sich zunächst eine weitgehende Entmachtung der gewählten, gruppengesteuerten Kollegialorgane<sup>8</sup> zu Gunsten gestärkter Leitungsorgane<sup>9</sup>. Die jüngsten Landeshochschulgesetznovellen beispielsweise in Niedersachsen, Hamburg oder Baden-Württemberg reduzieren die Kompetenzen der gewählten Kollegialorgane weitgehend auf beratende Funktionen und überlassen die wichtigen Befugnisse einschließlich der Entscheidung über die Verteilung der global zugewiesenen Haushaltsmittel den Leitungsorganen.

Doch damit nicht genug. Nach dem von Gütersloher CHE geprägten Prinzip der »doppelten Legitimation« werden die zentralen und dezentralen Leitungsorgane zusätzlich externen Aufsichtsorganen unterstellt. Auch die verbliebenen Kompetenzen der Kollegialorgane werden dadurch in Frage gestellt, dass externe »Hochschulräte« oder, wie künftig in Baden-Württemberg, »Aufsichtsräte« deren Aufgaben an sich ziehen: etwa die Aufstellung von Entwicklungsplänen als Grundlage für Haushaltsentscheidungen oder das Vorschlagsrecht für die Wahl der Leitungsorgane.<sup>10</sup> Im Ergebnis ist nicht nur das Prinzip der Mitbestimmung in der Gruppenhochschule, sondern das jahrhundertalte Prinzip der Hochschulselbstverwaltung selbst im Kern bedroht. Nicht nur die Mitbestimmungsrechte der Studierenden und

6 Um 1968 dachte man zunächst an eine drittel-paritätische Mitbestimmung von Professorenschaft, Assistentenschaft und Studierendenschaft, bis man der Existenz einer vierten Statusgruppe, des administrativ-technischen Personals, gewahr wurde und für Viertelparität eintrat.

7 Vgl. Andreas Keller. Das »Berliner Wahlmodell« für Hochschulgremien, Rechtliche Grundlagen und politische Perspektiven, in: hochschule ost 1-2/1999, S. 276-290.

8 Konzil und Akademischer Senat auf zentraler, Fachbereichs- oder Fakultätsrat auf dezentraler Ebene.

9 Präsident/in oder Rektor/in bzw. Präsidium oder Rektorat auf zentraler, Dekanat auf dezentraler Ebene.

10 Als Mitglieder der neuen Hochschulräte sind in der Regel unabhängige »Persönlichkeiten« vorgesehen, die explizit nicht gesellschaftliche Interessen artikulieren, sondern Sachverstand zur Geltung bringen sollen. Insofern ist es gerechtfertigt, von einer institutionellen Privatisierung der staatlichen Hochschulen zu sprechen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern auch des bislang privilegierten Professoriats stehen zur Disposition.

### *Bachelor und Master*

Auch die im Rahmen des Bologna-Prozesses geführte Diskussion um die Zweiteilung des Hochschulstudiums in eine ca. dreijährige mit dem Bachelor-Grad abschließende erste und eine ca. zweijährige und mit dem Master-Grad abschließende zweite Phase ist äußerst ambivalent.<sup>11</sup> Im Kontext des dominanten Reformprogramms geht es um das alte Projekt einer Differenzierung des Studiums in eine Berufsausbildung für die Masse und ein Exzellenzstudium für eine Elite. Lange vor dem Bologna-Prozess, bereits 1966, forderte der Wissenschaftsrat eine Teilung des Universitätsstudiums in zwei separate, zu eigenständigen Abschlüssen führende Abschnitte: »das Studium für alle Studenten, das mit einer die Berufsbefähigung bestätigenden Prüfung abschließt; ein Aufbaustudium für alle Studenten, die an der Forschung interessiert und für sie befähigt sind.«<sup>12</sup>

Dass Initiativen zur Gliederung des Universitätsstudiums in zwei Zyklen ebenso gut in einen fortschrittlichen hochschulpolitischen Kontext integriert werden können, belegen Reformansätze der siebziger Jahre. Bekannt geworden sind insbesondere die gestuften Diplom-Studiengänge an der 1971 gegründeten Gesamthochschule (heute Universität) Kassel.<sup>13</sup> Im so genannten »Kasseler Modell« wurden praxisorientierte, kürzere Studiengänge, wie sie an Fachhochschulen angeboten werden (Diplom I), mit weiterführenden theorieorientierten Studiengängen, wie sie der Tradition des Universitätsstudiums entsprechen (Diplom II), verbunden. Dass eine der-artige Studienstruktur von einer Gesamthochschule entwickelt wurde, ist kein Zufall: Auf diese Weise wurden die je spezifischen Leistungen beider Hochschularten unter einem Dach zusammengeführt – mit der Option, diese auch in einem auf gestuften Abschlüssen aufbauenden konsekutiven Studium zu kombinieren. Damit verbunden ist eine Öffnung von traditionell an Universitäten angebotenen theorieorientierten Studiengängen einschließlich der damit verbundenen Promotionsmöglichkeit auch für Studierende, die ihr Studium mit einer Fachhochschulreife begonnen haben.

In den neunziger Jahren flammte die Diskussion erneut auf – nun im Kontext einer Internationalisierung bzw. Europäisierung der Studienstrukturen. In der Bachelor- und Master-Debatte lässt sich die neoliberale Spreu vom linken Weizen anhand des Knackpunkts der Durchlässigkeit zwischen erster und zweiter Studienphase trennen. Werden alle Studierenden, die ihr Bachelor-Studium erfolgreich abgeschlossen haben, problemlos ein Master-Studium aufnehmen können? Oder müssen sie zuvor besondere Zugangshürden – wie herausragende Bachelor-Noten oder spezielle Eingangsprüfungen – überwinden? Der freie Zugang ist bisher in Europa die Ausnahme. In Deutschland verständigte sich die Kultusministerkonferenz im Oktober 2003 darauf, den Zugang zu Master-Studien »von weiteren besonderen Zugangsvoraussetzungen« abhängig zu machen. Hinzu kommt das Problem der unsicheren Finanzierung des Master-Studiums, das viele Studierende nach dem ersten Studienabschluss aus der Hochschule drängen dürfte: Sowohl die BAföG-Förderung als auch die Studien-

11 Vgl. Andreas Keller: Von Bologna nach Berlin, Perspektiven eines Europäischen Hochschulraums, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2003, S. 1119-1128. Im Auftrag der Europaabgeordneten Felekna Uca hat der Verfasser eine umfassende Expertise zum Thema erarbeitet: [www.pds-europa.de/download/studien/hochschulpolitik.pdf](http://www.pds-europa.de/download/studien/hochschulpolitik.pdf).

12 Wissenschaftsrat: Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen, Bonn 1966, S. 16.

13 Vgl. Hans-Joachim Bieber und Beatrix Kohnke-Godt: Profil in Bewegung. Zur Studien- und Forschungsentwicklung an der Ghk, in: Annette Ulbricht-Hopf, Christoph Oehler, Jürgen Nautz (Hrsg.): Profilbildung. Texte zu 25 Jahren Universität Gesamthochschule Kassel, Zürich 1996, S. 245-297.



gebührenfreiheit eines Master-Studiums ist nur unter bestimmten Voraussetzungen gewährleistet.

Unter der Voraussetzung einer realen Durchlässigkeit, also des freien Zugangs aller Absolventinnen und Absolventen von Bachelor-Studiengängen in einen darauf aufbauenden Master-Studiengang, eröffnet die Zweigliedrigkeit des Hochschulstudiums hingegen viele Chancen – auch aus der Perspektive einer alternativen Hochschulreform. Die europaweite Gliederung des Studiums in zwei Zyklen kann nicht nur einen reibungslosen grenzüberschreitenden Hochschulwechsel gewährleisten, sondern enthält darüber hinaus Ansätze für eine grundlegende Modularisierung von Studienstrukturen, die den Studierenden eine individuelle Gestaltung ihres Studienprogramms ermöglicht, das immer weniger an wissenschaftlichen Einzeldisziplinen und immer mehr an komplexen Berufs- und Tätigkeitsfeldern orientiert werden könnte. Von der Zweigliedrigkeit des Hochschulstudiums könnten schließlich nachhaltige Impulse für eine stärkere Durchlässigkeit der unterschiedlichen Institutionen des tertiären Bildungssystems mit der Perspektive einer Integration ausgehen.

#### *Reform des Hochschuldienstrechts*

Mit der fünften HRG-Novelle von 2001 hat die rot-grüne Bundesregierung eine Reform des Hochschuldienstrechts auf den Weg gebracht. Im Mittelpunkt der Dienstrechtsreform steht die überfällige Neuordnung der Hochschullehrerlaufbahn, die seit den sechziger Jahren auf der Agenda der hochschulpolitischen Linken steht.<sup>14</sup> Die traditionelle universitäre Personalstruktur hält einen Großteil der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler teilweise bis weit ins fünfte Lebensjahrzehnt hinein in künstlicher Abhängigkeit, indem sie diese als Angehörige des »wissenschaftlichen Nachwuchses« definiert werden. Der Hochschullehrernachwuchs hat nach der Promotionsphase immer neue befristete »Qualifizierungs«-Abschnitte zu durchlaufen. Wird die steinige Laufbahn am Ende nicht mit der Berufung auf eine Professur belohnt, fand sich der habilitierte wissenschaftliche Nachwuchs häufig am ausgewegten Ende einer Sackgasse wieder: Für eine berufliche Perspektive außerhalb der Universität ist es dann häufig zu spät.

Herzstück der Reform des Hochschuldienstrechts ist die Einführung von so genannten Juniorprofessuren, die dem promovierten wissenschaftlichen Nachwuchs die Möglichkeit geben sollen, frühzeitiger selbstständig zu forschen und zu lehren. Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren nehmen die gleichen dienstlichen Aufgaben wie Professorinnen und Professoren wahr und gehören korporationsrechtlich der Hochschullehrergruppe an. Gleichzeitig wurden die Einstellungs Voraussetzungen für herkömmliche (»Senior-«)-Professuren neu geregelt: Soweit für die Berufung über Hochschulstudium, Promotion und pädagogische Eignung hinaus »zusätzliche wissenschaftliche Leistungen« verlangt werden, sind diese »in der Regel im Rahmen einer Juniorprofessur« zu erbringen (§ 44 HRG). Bisher wurde dafür die Habilitation oder eine »gleichwertige wissenschaftliche Leistung« verlangt. Das neue HRG hat zwar die Habilitation nicht entwertet, aber doch eine weitgehende Entwertung ihrer Funktion bei der Rekrutierung des Lehrkörpers vorgenommen.

14 Vgl. Andreas Keller: Ein uneingelöstes Vermächtnis. Konzeptionen zur Reform der Personalstruktur an Hochschulen seit 1968, in: hochschule ost 3-4/2000, S. 15-29.

Insofern enthält die Reform des Hochschuldienstrechts auf der einen Seite einige fortschrittliche Ansätze aus den seit den sechziger Jahren diskutierten Konzeptionen der hochschulpolitischen Linken, die die Hochschulpersonalstruktur dem Leitbild einer gleichberechtigten wissenschaftlichen Arbeitsteilung annähern könnte. Auf der anderen Seite ist die rot-grüne Dienstrechtsreform nicht über diese Ansätze hinaus gekommen, sondern auf halbem Wege stecken geblieben. Auf Grund des Verzichts auf eine explizite Abschaffung der Habilitation besteht die Gefahr, dass die Universitäten von den neu berufenen Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren weiterhin stillschweigend erwarten, dass sie sich habilitieren. Mit der Folge, dass die Abhängigkeit des Nachwuchses von ihren akademischen Lehrerinnen und Lehrern bestehen bliebe.<sup>15</sup> Tatsächlich treibt das Initiationsritual der Habilitation drei Jahre nach der Novelle weiter fröhliche Urständ.

Auch an der unsicheren Perspektive des Hochschullehrernachwuchses nach der Juniorprofessur hat die Dienstrechtsreform nichts geändert. Das novellierte HRG enthält eben nicht die Perspektiven eines im US-amerikanischen Hochschulsystem üblichen »tenure track«, d. h. einer geordneten Laufbahn für den Wechsel von Juniorprofessuren auf Professuren oder unbefristete wissenschaftliche Mitarbeiterstellen.<sup>16</sup> Eine Entfristung von – gleichsam auf Probe – befristet beschäftigten Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren, die sich bewährt haben, ist ausdrücklich nicht vorgesehen. Zwar enthält das novellierte HRG keine Altersgrenzen für die Besetzung von Juniorprofessuren, aber es verlangt, dass deren voraus gegangene Promotions- und Beschäftigungsphase insgesamt nicht länger als sechs Jahre gedauert hat. Hierbei handelt es sich um eine »indirekte Altersgrenze«, die kreative Umwege sowie Bildungsbiografien von vielen Frauen außen vor lässt. Auch die – in sich wiederum äußerst ambivalente<sup>17</sup> – Neuordnung des Hochschulfristvertragsrechts, die die Höchstbefristungsdauer von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf maximal sechs Jahre bis zur Promotion und sechs Jahre nach der Promotion begrenzt (danach sind nur noch unbefristete Beschäftigungen möglich), trägt massiv zu einer Beschleunigung und Verdichtung der Hochschullehrerlaufbahn bei. Insgesamt ist die von inneren Widersprüchen gezeichnete rot-grüne Reform des Hochschuldienstrechts mit einer neoliberalen Hochschulreform kompatibel, da sie keinen Schlussstrich unter die fortschreitende Flexibilisierung der Beschäftigungsbedingungen des wissenschaftlichen Personals zieht. Da im Ergebnis weder der wissenschaftliche Nachwuchs noch die strukturkonservativen Kritiker hinter der Dienstrechtsreform standen, waren die politischen Rahmenbedingungen für ein Kippen der halbherzigen Reform durch das Bundesverfassungsgericht im Juli 2004 günstig.<sup>18</sup>

### *Studiengebühren*

Es mag Irritationen auslösen, dass auch die Diskussion um das Thema Studiengebühren Anlass zur Reflexion über Ambivalenzen gibt. Denn es bleibt dabei: Studiengebühren sind sozial ungerecht und stellen die Chancengleichheit in Bildung und Wissenschaft grundsätzlich in Frage. Studiengebühren haben in einem linken hochschulpolitischen Reformprogramm daher definitiv nichts verloren. Allein die anhal-

15 Weiterhin würde also nicht allein die aufnehmende, sondern maßgeblich die abgebende Hochschule über die Eignung von Nachwuchskräften für einen Lehrstuhl urteilen. Dass die Heimattafakultäten dabei »nicht nur die Leistungen, sondern unter dem tradierten Kooptationsgesichtspunkt auch den Mann als solchen« beurteilen, hat bereits 1968 die Bundesassistentenkonferenz treffend kritisiert (Reform der Lehrkörper- und Personalstruktur, 2. Aufl. Bonn 1970) und damit auch – ungewollt – eine entscheidende Funktion des Initiationsrituals herausgearbeitet: die strukturelle Diskriminierung von Frauen.

16 In § 45 Abs. 1 Satz 3 HRG wird lediglich den Landesgesetzgebern erlaubt, Professuren ohne Ausschreibung mit Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren zu besetzen. Dies ist zwar ein Schritt in Richtung »tenure track«, aber nach wie vor wird es für die Nachwuchskräfte vom Zufall abhängen, ob nach Ablauf ihrer Juniorprofessur gerade eine geeignete Professur frei wird.

17 Vgl. Andreas Keller: ArbeitnehmerInnenschutz oder Berufsverbot? Der Streit um die neue »Zwölf-Jahres-Frist« im Hochschulrahmengesetz, in: Forum Wissenschaft 2/2002, S. 47-51.

18 Urteil vom 27. Juli 2004 (2 BvF 2/03); vgl. Andreas Keller: Auslaufmodell Juniorprofessur, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2004, S. 1038-1041.

19 Vgl. HIS-Projektbericht: Befragung von Schülern und deren Eltern über Studienfinanzierung und Studierneigung im Freistaat Sachsen, Hannover 2000).

20 Richard Sturn, Gerhard Wohlfahrt: Umverteilungswirkungen der öffentlichen Hochschulfinanzierung in Deutschland, Graz 2000.

21 Erwerbstätigkeit während des Studiums, nicht nur in den Semesterferien, sondern kontinuierlich in der Vorlesungszeit, ist heute für 2 von 3 Studierenden üblich. Viele Studentinnen und Studenten haben Kinder zu betreuen, ohne dass ihnen auf dem Campus angemessene Betreuungseinrichtungen offen stünden. Und schließlich stellt sich die Frage: Wie lustig ist ein Studentenleben und wie fest der zivilgesellschaftliche Unterbau unserer Demokratie, wenn sich junge Leute keine Zeit für kulturelles Engagement und politische Arbeit – nicht zuletzt in der Hochschulselbstverwaltung – nehmen können?

22 Vgl. Maritta Böttcher, Andreas Keller: Der Kampf um die Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums als Fallbeispiel rot-grüner Wissenschaftspolitik, in: Benjamin Hoff, Petra Sitte (Hrsg.): Politikwechsel in der Wissenschaftspolitik? Ein Lesebuch, Berlin 2001, S. 105-118.

23 Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft/ Centrum für Hochschulentwicklung: InvestiF und GefoS, Modelle der individuellen und institutionellen Bildungsfinanzierung im Hochschulbereich, Essen/ Gütersloh 1999.

tende öffentliche Diskussion über Studiengebühren schreckt nachweislich Abiturientinnen und Abiturienten von der Aufnahme eines Studiums ab.<sup>19</sup> Das neueste Argument der Studiengebührenbefürworter, ohne Gebühren würde »die Krankenschwester dem Arztsohn das Studium finanzieren« ist zynisch und falsch. Zynisch, weil es den erschwerten Hochschulzugang einkommensschwacher Schichten zum Anlass für weitere soziale Zugangsbarrieren nimmt. Falsch, weil eine vom Deutschen Studentenwerk vorgelegte Studie den Nachweis erbracht hat, dass Akademikerinnen und Akademiker nach ihrem Studium an den Staat weit mehr zurückzahlen, als ihre Ausbildung gekostet hat.<sup>20</sup> Unberücksichtigt bleibt ferner, dass zu den Nutznießern des Hochschulstudiums nicht nur die Hochschulabsolventinnen und -absolventen gehören, sondern die Gesellschaft insgesamt von deren Ausbildung profitiert.

Die Unvereinbarkeit von Studiengebühren mit linker Hochschulpolitik gilt auch für Gebühren für so genannte Langzeitstudierende, wie sie in zahlreichen Bundesländern bereits erhoben werden. Nicht nur weil es gute, ja legitime Gründe für ein Überschreiten der administrativ festgesetzten Regelstudienzeiten gibt.<sup>21</sup> Sondern auch, weil die Gebührenfreiheit des Studiums nicht mit dessen Kostenfreiheit verwechselt werden darf. Kosten – für die Lebenshaltung, für Arbeitsmittel, für Wohnung und Verkehr – haben Studierende schon heute zu tragen, erst recht, wenn sie die Regelstudienzeit überschreiten und sie nicht nur BAföG-Ansprüche, sondern fast alle sozialen Vergünstigungen bis hin zum Studententarif bei der Krankenversicherung verlieren. Langzeitstudierende liegen niemandem auf der Tasche, außer sich selbst.

Zwar geht es in der Gebührendebeate auch darum, die Studierenden als Lückenbüßer für die Defizite staatlicher Haushaltspolitik heranzuziehen. Es wäre jedoch verfehlt, die Studiengebührendebeate allein unter dem Aspekt der Hochschulfinanzierung zu sehen.<sup>22</sup> Studiengebühren sollen vielmehr vor allem für die Implementation marktförmiger Steuerungsmechanismen in das Hochschulsystem sorgen. Zum einen wird von ihrer Einführung erwartet, dass die Hochschulen bzw. deren Untergliederungen um die Kaufkraft der studentischen Kundinnen und Kunden konkurrieren, welche ihrerseits nach Qualitäts- und Kostenkriterien entscheiden, bei welcher Anbieterin sie ihre Hochschulausbildung erwerben. Im Februar 1999 haben der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und das CHE dieses Prinzip auf den anschaulichen Begriff »Geld folgt Studierenden (GefoS)« gebracht.<sup>23</sup> Zum anderen würden Studiengebühren zur Implementation marktförmiger Steuerungsmechanismen in das Hochschulsystem insofern beitragen, als die Studierenden ihrerseits im Rahmen eines gebührenfinanzierten Studiums die erwartete »Rendite« ihres Studiums kalkulieren müssten.

Wo liegt nun aus dem Blickwinkel linker alternativer Politik die Ambivalenz der Studiengebührendebeate? Das in dieser Debatte formulierte Prinzip »Geld folgt Studierenden« greift die Idee einer nachfrageorientierten Hochschulfinanzierung auf, die auch in der hochschulpolitischen Linken, zwar keineswegs übereinstimmend, aber insgesamt aufgeschlossen diskutiert wird. Schon heute erfolgt die Finanzierung der Hochschulen teilweise nachfrageorientiert: Nach

der Kapazitätsverordnung (KapVO) berechnet sich die Ausbildungskapazität von Studiengängen nach der in der jeweiligen Studienordnung verankerten Lehrnachfrage. Diese Lehrnachfrage wird in der Regel als Grundlage für die Berechnung der Grundausrüstung von Fachbereichen und Instituten genommen. Das Kapazitätsrecht enthält jedoch kein Instrumentarium zur Berechnung der realen Lehrnachfrage, sondern unterstellt, dass jede eingeschriebene Studentin und jeder eingeschriebene Student streng nach Studienordnung studiert.

Heute sind intelligentere Systeme der nachfrageorientierten Hochschulfinanzierung machbar, die die Finanzierung von Hochschulen, Fachbereichen oder Instituten zu einem bestimmten Anteil vom Zuspriech abhängig machen, auf den ihre Lehre bei den Studierenden stößt. Nachfrageorientierte Hochschulfinanzierung hieße, die Hochschulaufgabe Lehre und Studium neben der Forschung ernst zu nehmen und den Hochschulen Anreize für eine studierendenzentrierte Lehre zu geben. Nachfrageorientierte Hochschulfinanzierung zwänge die Hochschulen, auf die Interessen und Bedürfnisse der Studierenden zu reagieren, die als sensibelster Teil der Intelligenz häufig als erste auf gesellschaftliche Widersprüche reagieren, auf Defizite der wissenschaftlichen Entwicklung aufmerksam machen und Innovationen einfordern. Es sind wohl die möglichen Vorteile der nachfrageorientierten Hochschulfinanzierung, die verstärkt auch Hochschulpolitikerinnen und Hochschulpolitiker bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen für Studiengebühren empfänglich machen.

Niemand konnte jedoch bislang plausibel machen, warum das nachfrageorientierte verteilte Geld einen Umweg über die Portemonnees der Studierenden nehmen muss, also ganz, teilweise oder unter bestimmten Bedingungen von den Studierenden privat durch Bezahlung von Gebühren, durch den Erwerb von Bildungsgutscheinen oder die Auffüllung von Studienkonten aufgebracht werden muss. Dieser Umweg hat zur Folge, dass die nachfrageorientierte Hochschulfinanzierung in einen direkten Zusammenhang mit der ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gebracht wird. Der Hochschulzugang wird aber dann nicht mehr sozial offen, sondern abhängig von der sozialen Lage der Studierenden bzw. ihrer Eltern gesteuert.

### *Etwas unternehmen – gegen das Unternehmen Uni*

Anhand aktueller hochschulpolitischer Auseinandersetzungen um die Autonomie der Hochschulen, neue Leitungsstrukturen, Bachelor- und Master-Studiengänge, die Reform des Hochschuldienstrechts sowie Studiengebühren und nachfrageorientierte Hochschulfinanzierung konnte gezeigt werden, dass wir es in jedem dieser Felder mit äußerst ambivalenten Diskussionen zu tun haben. Dies hat vor allem damit zu tun, dass einzelne Reformprojekte der hochschulpolitischen Linken aus ihrem Zusammenhang gerissen und in den Kontext neoliberaler Umstrukturierungsprojekte gestellt worden sind. Es kommt daher jetzt auf eine differenzierte Analyse der hochschulpolitischen Debatte an, an deren Ende eine Entmischung neoliberaler und emanzipatorischer Reformansätze stehen sollte. Dies ist die Voraussetzung für eine zeitgemäße Erneuerung der über Jahrzehnte tradierten Ansätze für eine alternative Hochschulpolitik. Eine solche Erneuerung ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts überfällig, um etwas unternehmen zu können – gegen das Unternehmen Uni.

## RUTH FREY, HELMUT WIESENTHAL

# Die politische Partei als lernende Organisation

### *Das Problem*

Die gegenwärtigen Debatten um den Zustand der Parteien in Deutschland, die Belege der »Parteienverdrossenheit«, sinkende Mitgliederzahlen und wiederkehrende Konflikte zwischen Mitgliedern und Führung konvergieren im Befund zunehmender Organisationsprobleme der politischen Mitgliederorganisationen. Als Ausweg aus dem Entwicklungsdilemma der Großorganisation Politische Partei werden immer wieder zum einen die Integration direktdemokratischer Elemente in die innerparteiliche Willensbildung und zum anderen die Öffnung und Flexibilisierung der Parteiorganisation genannt. Versuche, die in dieser Richtung unternommen wurden, blieben jedoch ohne nennenswerte Wirkung. Die gegenwärtige Organisationswirklichkeit scheint sich den Modernisierungsambitionen der Parteiführungen zu entziehen. Und so bestätigt das alltägliche »Wir müssten eigentlich, wir können aber nicht« nicht nur die Parteienverdrossenheit politisch interessierter Bürger, sondern auch den »Organisationsfrust« vieler Mitglieder. Andere, die sich nicht entmutigen lassen wollen, wenden sich überparteilichen Bündnissen, sozialen Bewegungen, lokalen Initiativen oder Netzwerken zu. Diesen mag es in mancher Beziehung leichter fallen als den politischen Parteien, die Menschen zur Mitwirkung an gezielten Aktionen zu Gunsten eng definierter Ziele zu motivieren und auf diese Weise grenz- und systemübergreifende, temporäre Zusammenhänge entstehen (und wieder absterben) zu lassen, kollektive Lern- und Entscheidungsprozesse zu ermöglichen sowie Synergien aus breiter Beteiligung bei flachen Organisationshierarchien zu gewinnen.<sup>1</sup>

Dennoch, ohne mitgliederbasierte Großorganisation ist Demokratie gegenwärtig weder denk- noch machbar. Nur durch Teilnahme an den Diskussionen, Entscheidungsprozessen und gegebenenfalls Aktionen großer Organisationen nehmen Individuen nachhaltig Einfluss auf gesellschaftliche Veränderungen. Sie brauchen den Vorteil von Großorganisationen, die auf dem Prinzip des geringsten Kraftaufwandes der Einzelnen, dem Prinzip der Ressourcenzusammenlegung und dem koordinierten Einsatz der Organisationsressourcen beruht. Aber gleichzeitig ist dieser Typ der Groß-Organisation etwas ausgesprochen Schwieriges. Die klassische Parteiensoziologie sagte ihm eine systematische Tendenz zur Oligarchie nach.<sup>2</sup> Allerdings galt diese Feststellung für eine Zeit, in welcher die Mitglieder von Arbeiterparteien ihren »Führern« in Sachen Bildung deutlich unterlegen waren, was heute so nicht mehr zutrifft.

Ruth Frey – Jg. 1947, Dr. päd., Dozentin für Pädagogik und Psychologie, Verhaltenstrainerin, Psychodramatikerin, Mediatorin, seit 2000 Referentin für Politikmanagement in der Rosa-Luxemburg-Stiftung

1 Vgl. Dieter Klein (Hrsg.): *Leben statt gelebt zu werden*. Manuskripte 38, Karl Dietz Verlag Berlin 2003, S. 290 ff. Klein trifft hier eine Unterscheidung in traditionelle und neue Akteure und kennzeichnet deren Zusammenhang.

2 Vgl. Robert Michels: *Soziologie des Parteiwesens*, Kröner-Verlag Stuttgart 1989, S. 24 ff.



Einfache, allgemein verständliche und leicht zu gehende Wege aus dieser Situation scheinen nicht zu existieren. Will man den Zug aus den Parteien aufhalten, um eine wichtige Funktionsbedingung der Demokratie zu gewährleisten, so ist es zweckmäßig, sich genauer mit den Bestands-, Integrations- und Funktionsproblemen von Parteien zu befassen. Besondere Aufmerksamkeit verdienen dabei die Möglichkeiten des »Organisationslernens«. Das Konzept der *Lernenden Organisation* kann eine Quelle dieses Verständnisses werden. Betrachten wir zunächst, was eine solche lernende Organisation ausmacht, um sodann die Frage zu beantworten, wie lernen *politische Organisationen*?

### *Was lernen Organisationen?*

Begreift man eine Organisation als komplexes soziales Gebilde, als System verschiedener Entscheidungsebenen und Gruppen von Individuen, so wird die Vielschichtigkeit von unterschiedlichen Lernprozessen deutlich.

Lernen ist zunächst mal eine *individuelle Tätigkeit* mit dem Ziel, Kenntnisse, Fähigkeiten, Fertigkeiten, Einstellungen und Verhalten zu erwerben. Dennoch braucht gerade das Erlernen von Sozialverhalten die Vermittlung durch eine Gemeinschaft miteinander handelnder Menschen. So erlernt man in der Gruppe solche menschlichen Eigenschaften wie Selbst- und Fremdwahrnehmung, Emotionalität, Empathie, Rollenflexibilität, Rollenvielfalt, Authentizität, Akzeptanz u. a.; all jene Eigenschaften, die wir als emotionale bzw. soziale Intelligenz bezeichnen und die weniger das Ergebnis rationaler Wissensaneignung als vielmehr eine Wirkung des Erfahrungslernens im praktischen Leben und Handeln sind. .

Wir lernen sie nach einem bewährten Muster: vom Erleben, Erkennen, Reflektieren einer Verhaltensgrenze bzw. eines Verhaltensdefizits über das empirische Suchen einer alternativen, grenzüberschreitenden Verhaltensweise bzw. das Nutzen von bewährten Verhaltensmodellen bis zum Erproben und Integrieren fortgeschrittenerer Verhaltensweisen in das individuelle Verhaltensrepertoire, das sukzessive Qualifizieren des eigenen Verhaltenskonzepts.

Vom individuellen sozialen Lernen muss das *kollektive Lernen* von Gruppen unterschieden werden. Die Lernergebnisse einzelner Gruppen bestehen im Entwickeln, Festigen und Anwenden von gruppenspezifischen Einstellungs- und Verhaltensstereotypen ebenso wie Gruppenidentität, tradierten Arbeitsweisen, Ritualen, verstetigten Außenbeziehungen u. a. Solche Lernergebnisse sind Teil des individuellen Handelns, können aber nur als kollektives Handeln wahrgenommen werden und wirken.

*Organisationslernen* ist als kollektives Lernen in Organisationszusammenhängen vor allem das Lernen der *Fähigkeit zur Wissensänderung*, der *Fähigkeit zur Selbstregulierung*.

Verlaufsqualitäten wie Schnelligkeit, Flexibilität, Vielfalt, Komplexität solcher Änderungen brauchen einen hohen Grad, ein entwickeltes Niveau, an sozialer Bezogenheit der Organisationsmitglieder. Ohne sozial intelligente Einzelwesen ist keine Organisation zu effektiver Wissens- und Selbständerung fähig, denn sie bedarf sozial kompetenter Mitglieder, die zur Teilnahme an komplexen

Helmut Wiesenthal – Jg. 1938, Dipl.-Soz., Dr. rer. soc., 1994-2003 Prof. für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität Berlin. Forschungsschwerpunkte: kollektive Akteure, Institutionen der Interessenvermittlung, politische Steuerung, Globalisierung u. Reformpolitik. Veröff. u. a.: Wahrheit und Demokratie, in: Kommune, Heft 4/2004; Von der Gestaltungsmacht zum Traditionswächter? In: Wolfgang Schroeder, Bernhard Weißels (Hg.): Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden 2003 (mit R. Clasen).

Kommunikationsprozessen mit emotionalen und rationalen Bezügen befähigt sind.

»Lernen in Organisationen bedeutet, dass Erfahrungen ständig überprüft werden und in ein allgemein zugängliches Wissen übertragen werden, das für den Hauptzweck der Organisation relevant ist.«<sup>3</sup> Um dieses »allgemein zugängliche Wissen« geht es bei dem, was eine Organisation lernt. Es könnte die »Intelligenz« einer Organisation ausmachen, sofern es geeignet ist, eine ständige Umweltpassung der Organisation bei gleichzeitiger Bestandssicherung zu ermöglichen.

Was genau macht die *Intelligenz, das allgemein zugängliche Wissen von Organisationen* aus, sofern es geeignet ist, das Basisdilemma von Organisationen – Umweltpassung trotz Umweltentkoppelung<sup>4</sup> – zu meistern? Es sind

- Regeln, Symbole, Leitlinien, Werte, Normen, Routinen und ihre Verstetigung, die die Identität der Organisation und deren Beziehung zu den Mitgliedern bestimmen;
- Komplexe Mechanismen zur permanenten Selbst- und Fremdrelexion (Evaluierung);
- Verfahren zur Beteiligung der Mitarbeiter an der Ziel- und Strategieplanung der Organisation sowie der Visionenentwicklung, Pflege von Eigenverantwortung und Entscheidungsfähigkeit der Organisationsmitglieder;
- Wissensmanagement, mit dem die strukturelle Beschränktheit individueller Wissensbestände überwunden werden kann;
- Schaffung eines kollektiven Gedächtnisses als organisationale Wissensbasis (Erklärungszusammenhänge, Führungsgrundsätze, Arbeitsabläufe u. a.), die bei aktuellen Anpassungsentscheidungen handlungsleitend wirken kann. (Die Kompetenz für die Selbstveränderung der Organisation und der Impuls müssen von Innen kommen.)
- Entwicklung von Regeln für die Regeländerung.<sup>5</sup>

Organisationslernen ist soziales Lernen gleichsam auf einer höheren Ebene, dennoch vorwiegend Erfahrungslernen im Organisationsprozess. Nachdem nämlich o. g. Organisationsinstrumente gemeinschaftlich entwickelt wurden (zumeist über einen langen Zeitraum, möglichst bei jeder Gelegenheit d. h. immer dann, wenn »die Säge klemmt«), geht es darum, sie zu verstetigen. Das heißt, sie werden auf ihre Brauchbarkeit, Gültigkeit, Funktionalität geprüft und bei Erfolg in das bestehende System integriert. Und zwar sowohl in das sich dadurch sukzessiv erneuernde Management genauso wie in das individuelle Verhaltensrepertoire. Sie – die erneuerten Organisationsinstrumente – werden zum Organisationsalltag.

Dies ist ein schwieriger, oft dramatischer, zumindest störanfälliger Prozess, weil die Tendenz des Rückfalls in alte Muster groß ist. Genau wie individuelles soziales Lernen braucht auch das Organisationslernen Verstärkung. Verstärkung durch Reflexion von Veränderungsprozessen und Würdigung von kollektiven Anstrengungen und Erfolgen.

Über allen technischen und organisatorischen Voraussetzungen einer lernenden Organisation ist deren Anpassungserfolg jedoch letztlich von einem kulturellen Aspekt abhängig. Und hier schließt sich der Kreis wieder zur sozialen Kompetenz, zur sozialen Intelligenz

3 Ross u. a.: Schlüsselkonzepte für das Lernen in Organisationen, in: Das Fieldbook zur Fünften Disziplin, Stuttgart 1997, S. 54-55, Bibliografie unter <http://www.thur.de/philo/som/somlo.htm>

4 An dieser Stelle ist an das Grundprinzip jeder Spielart von Organisation zu erinnern. Ihr Bestand und ihre Funktionserfüllung beruhen auf einer mehr oder weniger strikten Abkopplung von den Ereignissen in ihrer Umwelt. Nur auf der Grundlage interner Spielregeln, Routinen und Diskurse vermag eine Organisation ihre Identität zu sichern und unter Umständen auf ihre Umwelt Einfluss auszuüben.

5 H. Wilke: Das intelligente Unternehmen, in: Beratergruppe, Wien 1995, Bibliografie unter <http://www.thur.de/philo/som/somlo.htm>

vor allem der Repräsentanten einer Organisation, der Manager. Eine notwendige Voraussetzung ist deren *Dialogfähigkeit*, die Fähigkeit zur Partizipation in kollektiven Diskursen, die ihr Vorbild im sokratischen Gespräch haben.

### *Die Partei als schwierige Organisation*

Das organisierte Zusammenwirken vieler Individuen ist nur selten so harmonisch und wirkungsvoll, wie es jede/r Einzelne wünschen mag. Im Gegenteil, das Organisationsleben großer Parteien und Verbände, in denen nicht mehr jeder jeden persönlich kennt, ist in aller Regel mit Differenzen und Konflikten belastet, die bei nicht wenigen Mitgliedern Enttäuschung hervorrufen. Verdruss und Enttäuschung sorgen wiederum für Konflikt. Und weil Konflikte mit starken Gefühlen verbunden sind, werden sie so leicht »persönlich« und die Bezugnahme auf Sachthemen folglich »personalisiert«.

Wir wollen im Folgenden zeigen, warum das so ist. Und wir wollen deutlich machen, dass Organisationskonflikte nichts Zufälliges sind, sondern ein unvermeidlicher Begleitumstand der Bemühungen, einer modernen Mitgliederorganisation zu kollektiver Handlungsfähigkeit zu verhelfen. »Modern« heißt in diesem Zusammenhang: auf der freiwilligen Mitgliedschaft von Individuen beruhend, die nur über begrenzte Gemeinsamkeiten des Wissens, Wollens und Könnens verfügen, während sie sich in Sachen Lebenserfahrung (hinsichtlich Alter, Beruf, Geschlecht, sozialem Milieu, Bildung usw.), allgemeinen Überzeugungen und Lebenszielen teilweise erheblich unterscheiden. Und »Mitgliederorganisation« heißt, dass das Zusammenwirken nicht durch Befehl und Gehorsam sichergestellt ist, sondern zum einen Teil auf Einsicht und Loyalität, zum anderen auf Interessenrepräsentation beruht.

Das Konstruktionsprinzip einer von ihren Mitgliedern aus freien Stücken unterhaltenen Organisation ist ebenso anspruchsvoll wie wirkungsvoll. Denn zum Zusammenwirken vieler unterschiedlicher Individuen kann es nur auf der Grundlage von Spielregeln kommen: einerseits formeller Satzungen und Geschäftsordnungen, in denen grundlegende Rechte und Pflichten geregelt sind, und andererseits produktiver Praktiken der Kommunikation. Weder das eine noch das andere ist verzichtbar. Und selbst wenn beides gewährleistet und die Organisation sogar erfolgreich ist, bleiben Konflikte endemisch. Erfolgreich organisieren heißt also Konflikte effektiv bearbeiten bzw. Sorge tragen, dass Konflikte das Organisationsgeschehen nicht lähmen, sondern »produktiv« sind.

Was das bedeuten mag, kann ein nüchterner, vielleicht etwas verfremdender Blick auf die Grundprobleme moderner Mitgliederorganisationen zeigen. Auf ähnlich abstrahierende Weise lassen sich sodann die Erwartungen betrachten, die die Mitglieder an die Organisation richten. Erst im Schnittpunkt beider Perspektiven, zum einen auf die Grundprobleme der Organisation, zum anderen auf individuelle Ressourcen und Einstellungen der Mitglieder, wird erkennbar, was einer lebendigen Organisation verhilft, Handlungsfähigkeit auszubilden und in einer dynamischen gesellschaftlichen Umwelt zu »überleben«.

### *Grundprobleme moderner Mitgliederorganisationen*

Vielleicht hört es sich etwas zu dramatisch an, wenn von Grundproblemen die Rede ist. Genau genommen geht es um ein einziges Problem: die Vereinbarkeit von drei schwierigen Daueraufgaben.

(1) Aufgabe Nummer eins und Bestandsvoraussetzung jeder Organisation ist die Gewinnung und Pflege einer *ausreichend großen Mitgliedschaft*. Die Mitglieder müssen nicht nur zahlreich sein und in einigen Ziel- oder Identitätsvorstellungen übereinstimmen, sondern auch bereit sein, die Organisation mit Beiträgen in Form von Mitarbeit, Fürsprache und Geld zu unterstützen. Das ist nicht selbstverständlich, insbesondere dann nicht, wenn man von den Aktivitäten der Organisation auch als Nichtmitglied, d. h. als Trittbrettfahrer, profitieren kann. (2) Aufgabe Nummer zwei ist die *Integration* der Mitgliedschaft, die Gewährleistung sozialer Kohärenz und des notwendigen Mindestmaßes an Identität und Zufriedenheit. Das geschieht in der Regel dadurch, dass die Mitglieder selbst über die Art ihrer Beiträge und deren Verwendung, d. h. über Ziele und Aktivitäten der Organisation, entscheiden. Allerdings ist es bei einer großen und heterogenen Mitgliedschaft weder verfahrenstechnisch noch inhaltlich möglich, dass der aktuelle Wille *aller* Mitglieder im Organisationsgeschehen Ausdruck findet.

(3) Deshalb bedarf es – als Aufgabe Nummer drei – einer gewissen Abkoppelung der strategischen Entscheidungen von den Verfahren der partizipatorischen Willensbildung. Nur so mag es der Organisation gelingen, sich ihre strategische *Handlungsfähigkeit zu erhalten*. Gleichwohl müssen sich die Führungsentscheidungen durch Repräsentativität und Verantwortungsnahme gegenüber den Willensäußerungen der Mitgliedschaft auszeichnen. Doch darf die Repräsentativität nicht so weit getrieben sein, dass die kollektive Handlungsfähigkeit unter den wechselnden und manchmal unvereinbaren Ziel- und Strategiepräferenzen der Mitgliederbasis leidet.

Unterstellt man nun mit gutem Grund, dass der Ort der zutreffendsten Weltkenntnis und der wertvollsten politischen Erfahrungen nicht notwendig die Vorstandsebene ist, sondern sachliche und kommunikative Kompetenzen über die einzelnen Organisationsebenen verteilt sind, so wird das Grundproblem sehr deutlich: *Wie lassen sich die drei Daueraufgaben so bearbeiten, dass trotz aller mit ihnen verbundenen Probleme ein Maximum an kollektiver Lern- und Handlungsfähigkeit realisiert werden kann?*

Die Antwort klingt zunächst simpel und ist alles andere als befriedigend: Wo immer eine verantwortungsvolle Organisationsführung versucht, alle drei Hauptaufgaben ernst zu nehmen, kann sie Bestand und Wirksamkeit der Organisation nur dadurch sichern, dass sie vom Ideal einer maximal starken und maximal integrierten Organisation mit maximaler Entscheidungsbeteiligung der Mitglieder *abweicht*. Das heißt: (1) Um genügend Mitglieder zu behalten, müssen die besonderen Interessen, Gefühle und Vorurteile verschiedener Mitgliedergruppen geduldet und gepflegt werden, sei es mittels materieller Anreize und Privilegien, sei es durch Kultivierung einer exklusiven Weltsicht, sei es durch die Suggestion einer quasi-familiären Gemeinschaft. Als unvermeidliche Folge erleidet das Identitätsprofil der Organisation eine Verzerrung zugunsten der diversen Neben-

zwecke. (2) Da es unmöglich ist, dass alle an allen Entscheidungen partizipieren, wird Entscheidungskompetenz als knappes Gut behandelt und unterschiedlichen Mitgliedergruppen nach bestimmten Regeln zugeteilt. So kommt es zur Ausbildung der verschiedenen Entscheidungsebenen und ihrer Verknüpfung durch Delegiertenmandate. Als Nachteil droht allerdings die wechselseitige Verselbständigung der Diskurse, die unterschiedliche Mitgliedergruppen miteinander pflegen: »einfache« Mitglieder, die Engagierten und Delegierten, die Hauptamtlichen und die Vorstandsmitglieder. Was in den einzelnen Diskursen relevant ist und als »wahr« gilt, ist dann nicht automatisch dasselbe, sondern unterscheidet sich nach Simplifizierungsgrad, Sachkenntnis und Verantwortungsträgerschaft. (3) Um das Spannungsverhältnis zwischen partizipatorischer Willensbildung der Mitglieder und der relativen Autonomie der Führungsentscheidungen unter Kontrolle zu halten, sieht sich jeder Vorstand, und sei er noch so demokratisch gesinnt, in Versuchung geführt, auf die basisdemokratische Willensbildung Einfluss zu nehmen. Das ist dank seiner Gestaltungs- und Kommunikationsprivilegien nicht nur relativ einfach, sondern verspricht womöglich einen Gewinn an kollektiver Handlungsfähigkeit, wenn es so gelingt, die Mitglieder auf die Sichtweise ihrer Führung einzuschwören.

Dass jede dieser Praktiken des Umgangs mit der schwierigen Aufgabentrias Stress erzeugt und Folgeprobleme aufwirft, an denen sich Widerspruch und Widerstand entzünden, steht außer Frage. Ein Gutteil der Zeit und Kraft, die auf die innerorganisatorische Willensbildung verwendet wird, ist dem Streit über Folgeprobleme geschuldet, d. h. über Probleme, welche die Mechanismen der Bestandssicherung, der Integration und der Bewahrung der Handlungsfähigkeit hervorrufen, weil sie die Erwartungen an vollständige Zielklarheit, emotionale Geborgenheit und perfekte Aktionssteuerung enttäuschen.

Ein Blick auf die existierende Organisationslandschaft zeigt, dass jede Organisation gezwungen ist, dem Aufgaben-Trilemma auf die eine oder andere Weise Rechnung zu tragen. Das geschieht typischerweise so, dass man sich auf zwei Aufgaben konzentriert und die dritte vernachlässigt. Beispielsweise konzentrieren sich Gewerkschaften und Parteien auf die Sicherung ihrer Rekrutierungs- und Handlungsfähigkeit, aber nehmen dafür eine deutliche Beschränkung der Mitgliederbeteiligung an Strategieentscheidungen in Kauf. Demgegenüber zeigen sich soziale Bewegungen nicht nur bei der Teilnehmerrekrutierung, sondern auch bei der Integration vieler Individuen und Basisgruppen erfolgreich; der dafür zu zahlende Preis ist ihre geringe Bestandssicherheit und die Beschränkung auf wenige (vorzugsweise »negative«) Ziele. Und strategisch handlungsfähige Gruppen wie Industrieverbände, Unternehmenskartelle oder die Avantgardepartei Leninschen Typs können sich die Beteiligung aller Mitglieder an (fast) allen Entscheidungen nur deshalb erlauben, weil ihre Mitgliederzahl klein ist oder sie à la Lenin zwischen den wenigen »entscheidenden« Mitgliedern und der als Organisationsressource betrachteten »Masse« strikt unterscheiden.

### *Konfliktbeladen und handlungsfähig*

Was folgt aus dieser Beschreibung der realen Problemlage realer Organisationen? Zunächst einmal, dass viele der von den Mitgliedern



beklagten Spannungen und Konflikte unvermeidlich, ja sogar als konstitutive Bedingung gelungener Organisation anzusehen sind. Sie stellen die Organisationsführung vor die Daueraufgabe einer Balancierung der unterschiedlichen und oft gegensätzlichen Anforderungen, aber lassen sich nicht ein für alle Male aus der Welt schaffen, geschweige denn »lösen«.

Denn jeder Versuch, auch nur einer der drei Hauptaufgaben voll gerecht zu werden, hat unweigerlich zur Folge, dass der Umgang mit den beiden anderen Aufgaben schwieriger wird. Ein Bild der Ruhe und des Friedens können nur jene Organisationen abgeben, die von vornherein auf Mitgliederstärke, Mitgliederbeteiligung oder Handlungsfähigkeit verzichten. Aber eine Organisation, deren Mitglieder auf keine dieser Funktionen verzichten wollen, wird stets in interne Konflikte verstrickt sein. Und zwar umso mehr, je stärker ihr Anspruch ist, auf die gesellschaftliche Umwelt Einfluss zu nehmen. Denn dafür bedarf es nicht nur der (relativen) Einigkeit über Ziele und Mittel, sondern auch eines ausreichenden Maßes an Wissen über die Umwelt und die dort wirkenden Ursache-Wirkungsbeziehungen. Da aber selbst die Sozialwissenschaften nur wenig über die kausale Struktur *künftiger* Ereignisse wissen, müssen wir uns nicht wundern, wenn Politiker und politisch Engagierte darüber zu streiten pflegen.

Was zählt, ist also nicht das Vorhandensein oder die Abwesenheit von Konflikt, sondern die *Art und Weise der Konfliktaustragung*. Obwohl es den Beteiligten stets um das WAS geht, zählt im Endeffekt das WIE des Umgangs mit Konflikten. Wie schon gesagt, vollbringen erfolgreiche Organisationen einen äußerst schwierigen Balanceakt; fast möchte man sagen: ein kleines Wunder. Soweit sie über eine große Mitgliederzahl verfügen und Strategien zur Verwirklichung realistischer Ziele entwickeln, ist es ihnen offensichtlich gelungen, ihre wichtigsten Daueraufgaben zu bewältigen, ohne vom damit verbundenen Konfliktgeschehen gelähmt zu werden. Das ist weder mit Basisdemokratie und imperativem Mandat noch mit autokratischem Vorstandsgebaren und geheimen Machenschaften möglich. Vielmehr wäre ihnen eine effiziente Entscheidungsordnung zu bescheinigen, welche die Akzeptanz der Grundprinzipien des kollektiven Handelns und die Legitimität von Dissens einschließt.

Sieht man einmal von der Rekrutierungsproblematik ab, so geht es regelmäßig um die gleichzeitige Gewährleistung von Entscheidungsbeteiligung der Mitglieder und wirksamer gesellschaftlicher Intervention. Ein Maximum an Repräsentation unterschiedlicher Ansichten und Interessen steht aber dem Maximum an Interventionsfähigkeit entgegen. Denn den Außenvertretern der Organisation muss Spielraum für die Wahl von operativen »Spielzügen« bleiben, die der wechselnden politischen Gelegenheitsstruktur Rechnung tragen. Mit der Delegation von Vertretungsmacht ist aber auch das Risiko eines Vertrauensbruchs und der Verselbständigung derer verbunden, die über die Ressourcen der Organisation verfügen. Robert Michels hat aus diesem Sachverhalt auf ein »ehernes Gesetz der Oligarchie« geschlossen. Er meinte, es sei unabweisbar, dass die Führer über die Geführten herrschen; anders als durch Bürokratie und Charisma ließen sich Massenorganisationen nicht zusammenhalten. Diese

Auffassung war nicht abwegig, solange eine derart große Bildungskluft zwischen einfachen Mitgliedern und ihren intellektuellen Führern bestand wie in der Sozialdemokratie am Ende des 19. Jahrhunderts. Heute, zu einer Zeit, in der Parteimitglieder oft dasselbe oder ein höheres Bildungsniveau haben als ihre »Führer«, liegen die Dinge anders. Das Delegationsprinzip ist immer noch unverzichtbar, aber es begründet keine Herrschaftsordnung. Damit die Führung den Vorstellungen und Interessen der Mitglieder Beachtung schenkt, genügt die wiederkehrende demokratische (geheime) Personenwahl unter Konkurrenzbedingungen. Was sonst noch nötig ist, heißt Kommunikation und Entscheidung, genauer: Alternativenbegründung und Mehrheitsentscheidung.

Warum macht es nur in Ausnahmefällen Sinn, auf Konsens zu bauen und Einmütigkeit anzustreben? Weil das Einmütigkeitsprinzip alle Macht in die Hände derer legt, die es sich leisten können (oder skrupellos genug sind), Nein zu sagen. Denn der Neinsager vermag Macht über die Konsenswilligen auszuüben. Er kann seine Zustimmung an die Gewährung besonderer Zugeständnisse knüpfen. Sofern diese Zugeständnisse von der Mehrheit nicht integrierbar sind, kehrt das Konsensprinzip die Mehrheitsregel in ihr Gegenteil um und bedeutet »Herrschaft der Minderheit über die Mehrheit«. Weil eine derart extreme Missachtung des Mehrheitswillens alles andere als demokratisch ist, bleibt das Konsensprinzip besser auf Verfahrens- und Verfassungsfragen, z. B. Satzungen, Geschäftsordnungen, beschränkt. Doch auch die Mehrheitsregel ist nicht ohne Tücken. Sie verliert ihre Legitimation, wenn sie »strukturelle Minderheiten« schafft, d.h. eine Personengruppe, die bei allen sie betreffenden Themen unterlegen ist. Auch verbürgen Mehrheitsentscheidungen nicht immer ein Ergebnis, das die Mehrheit der Beteiligten begrüßt (vgl. Anhang Exkurs 2: Paradoxe Entscheidungen). Deshalb sollten Grundkenntnisse über den Zusammenhang von Entscheidungsregeln und -resultaten Allgemeingut sein. Ein Großteil der Unzufriedenheit mit Entscheidungsergebnissen beruht auf Unkenntnis mancher unbeabsichtigter Folgen des kollektiven Entscheidens.

Aus dem bisher Gesagten wird zweierlei deutlich: zum einen, dass man sich nicht wundern sollte, wenn es gerade in erfolgreichen Organisationen öfter turbulent als harmonisch zugeht; und zum zweiten, dass die Fähigkeit, erfolgreich zu sein, nicht direkt aus dem Konfliktgeschehen resultiert, sondern aus den Praktiken der Konfliktregulierung und der Kommunikation jenseits manifester Konflikte. Erfolgsentscheidend ist die Art und Weise des Umgangs mit Differenz und Dissens. Die *individuellen* Voraussetzungen dafür wurden bereits oben genannt: soziale Kompetenzen, die nicht nur für die Beziehungen im Familien- und Freundeskreis taugen, sondern auch den Aufbau von Interaktionsvertrauen gegenüber »Fremden« ermöglichen. Die *kollektiven* Voraussetzungen produktiver Konfliktbewältigung können jedoch nur in der und durch die Organisation geschaffen werden: als Regeln der Kommunikation, der Trennung zwischen sachlichen und persönlichen Differenzen, der Ächtung von Unterstellungen und Stereotypen, vor allem aber der thematischen Eingrenzung und Schlichtung unvermeidlicher Konflikte. (Vgl. das organisationspolitische Nachwort zu diesem Artikel).

Denn unter dem Zwang, verbindlich entscheiden zu müssen, werden differierende Weltansichten und Zielprioritäten stets auf Neue Konflikte hervorrufen. Aufgabe der Führung ist nicht, sie zu vermeiden, sondern sie nach fairen Regeln zu bearbeiten. Würden die Mitglieder dagegen auf hierarchische Entscheidungen der »höheren« Ebenen bauen, wäre die Organisation im Verhältnis zu ihrer Umwelt wahrnehmungsschwach und autismusgefährdet. Deshalb besteht kein Grund zur Beunruhigung, wenn das Binnenleben moderner Mitgliederorganisationen unruhiger und unberechenbarer ist als das religiöser Sekten oder straff geführter Bürokratien. Binnendemokratie und Umweltoffenheit sind nicht im Verein mit vollkommener Harmonie zu haben.

### *Individuelle Einstellungen*

Da wir in modernen Organisationen mit unterschiedlichen Erfahrungen und einer gewissen Interessenvielfalt unter den Mitgliedern rechnen müssen, macht die Vorstellung einer einheitlichen Mitgliedsrolle oder eines einzigen Beitrags- und Erwartungsmusters auf Seiten der Mitglieder keinen Sinn. Vielmehr erleben diese das komplexe Geflecht der Organisationsbeziehungen, -funktionen und -prozesse auf sehr unterschiedliche Weise. Sie beteiligen sich mit unterschiedlichem Einsatz an den laufenden Diskussionen und Konflikten und tragen dabei mehr oder weniger wirksam zur Bearbeitung der oben erwähnten Daueraufgaben bei. Und nicht zuletzt unterscheiden sich auch ihre Antworten auf wachsende Unzufriedenheit mit der Organisationspraxis. Unzufriedene Mitglieder können ihre Stimme erheben und eine Änderung der Organisationspolitik einfordern. Alternativ können sie ihre Mitgliedschaft beenden oder zumindest den Austritt androhen. Oder sie schenken der Organisation grenzenloses Vertrauen und geben sich unbeeindruckt von aktuellen Missständen als organisationsloyal. Wenn wir im Folgenden einige typische Einstellungsmuster skizzieren, die sich in Bezug auf Grundfunktionen der Organisation abzeichnen, geht es nicht so sehr um die Beschreibung bestimmter Mitgliedstypen, sondern um einzelne Komponenten des Verhältnisses von Mitglied und Organisation. Es mag zwar in jeder Organisation Individuen geben, die den typischen Einstellungsmustern entsprechen. Häufiger finden wir jedoch komplexe Mischungen aus mehreren Einstellungen, die sich zudem im Laufe der Organisationsbiographie der Mitglieder in die eine oder andere Richtung wandeln. Der besseren Übersicht halber gruppieren wir die Einstellungstypen (ET) Nr. 1 bis Nr. 5 entsprechend ihrer Komplexität bzw. Differenziertheit.<sup>6</sup>

### *ET 1: Integrationskompetenz*

Einstellungstyp 1 (ET 1) zeichnet sich dadurch aus, dass das Mitglied (noch) nicht routinemäßig zwischen den Sphären des Privaten und des Öffentlichen zu unterscheiden versteht. Das drückt sich in einem Übermaß an wertenden Äußerungen aus sowie in der vergleichsweise geringen Neigung, zwischen privaten und politik- bzw. organisationsbezogenen Themen zu differenzieren. Für ET 1 stellt die Organisation etwas Ähnliches wie eine Familie dar. Dem entspricht eine deutliche Grenzziehung zur »fremden« Außenwelt so-

6 Analoge Charakterisierung von Mitgliedertypen vgl. Michael Brie: Die PDS – Strategiebildung im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Konfliktlinien und politischer Identität, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 1, Berlin 2000, S. 28 ff.

wie das Bedauern, dass verschiedenartige Werte, Weltansichten und Zielvorstellungen nicht nur »draußen«, sondern auch in der Organisation selbst präsent sind. Dem ET 1 entspricht es, allen Beschwörungen der kollektiven Identität Glauben zu schenken und die moralische Überlegenheit der »eigenen« Organisation zu betonen. Werden die an die Organisation gerichteten Erwartungen hartnäckig enttäuscht, ist mit Austritt (»exit«) zu rechnen. Denn der Enttäuschung in aller Regel die Erfahrung voraus, das man sich anderen gegenüber nicht per Argument und Widerspruch verständlich machen konnte.

### *ET 2: Ideologiekompetenz*

Dem ET 2 entspricht ebenfalls eine gewisse Verkennung des Charakters der Organisation. Diese wird nicht als zweckgerichtete Vereinigung von partiell kooperationsbereiten Individuen wahrgenommen, sondern als eine Gemeinschaft von Gläubigen, d. h. eine Art »Kirche«. Allerdings ist ET 2 die Unterscheidung zwischen Privatem und Öffentlichem durchaus vertraut, wenngleich sie ihm als Differenz von »Profanem« und »Sakralem« erscheinen mag. ET 2 ist nicht wie ET 1 auf der Suche nach der Wärme gemeinschaftlicher Empfindungen, sondern hat für eine Weltansicht und Ziele optiert, die ihm gegenüber allen anderen als die einzig »wahren« gelten. Für den Dienst an ihnen werden auch große Opfer und ein gewisses Maß an sozialer Kälte im Umgang mit Ungläubigen in Kauf genommen. Trotzdem lehnt ET 2 Kompromisse auf dem Wege zur Durchsetzung der Idee nicht ab. Selbst Verstöße gegen die Organisationsmoral erscheinen als tolerabel, wenn sie geeignet sind, die Idee voranzubringen. Dafür ist auch eine enge Kooperation mit ET 1 gerechtfertigt – zumindest so lange, wie der kollektive Willen noch demokratisch ermittelt werden muss, statt den Trägern der absoluten Wahrheit zur Auswahl überlassen zu bleiben. Sollte das von ET 2 repräsentierte Organisationsverständnis auf allzu geringe Gegenliebe stoßen, liegen weder Austritt noch Loyalität nahe. Da ET 2 den anderen stets etwas zu sagen hat, wird er vielmehr seine Stimme noch öfter und lauter erheben, um »Widerspruch« anzumelden und den »wahren« Ideen Ausdruck zu verleihen.

### *ET 3: Organisationskompetenz*

ET 3 repräsentiert eine pragmatische Sicht auf den Organisationsprozess. Die Koexistenz unterschiedlicher Orientierungen ist als unvermeidlich akzeptiert; demokratische Entscheidungsverfahren werden als Möglichkeit individueller Einflussnahme geschätzt. Im Organisations- und Politikverständnis von ET 3 sind Mehrheitsentscheidungen nicht ein von Zufällen gesteuertes »Gottesurteil«, sondern das Resultat anstrengender Vorfelddarbeit – von kontroversen Diskussionen und zahllosen Koordinationsgesprächen bis zum Kampf um Tagesordnungen und Abstimmungsverfahren. ET 3 ist nicht an allen Phasen der aufwendigen Prozedur beteiligt, sondern sein Wahrnehmungshorizont und Wirkungsfeld sind typischerweise auf *eine* Ebene, *einen* Themen- bzw. Politikbereich oder *eine* der konkurrierenden Strömungen begrenzt. Die inhaltlichen Politikvorstellungen orientieren sich auch keineswegs am Maximum des Wün-

Kollektive Handlungs-  
(un)fähigkeit?  
Ursachen und Lösungs-  
ansätze in politischen  
Organisationen

Lernwerkstatt  
5./6. November 2004  
Berlin

Aus dem Tagebuch  
eines Funktionärs:

»Morgen ist Hauptversamm-  
lung. Das wird wieder Ärger  
geben. Die Fraktion will par-  
tout ihre Entscheidung für  
das neue Einkaufszentrum  
durchbringen. Verständlich,  
das schafft Arbeitsplätze  
und bringt Kunden in den  
Ort. Die Jugendgruppe  
pocht mal wieder auf das  
Programm: keine weitere  
Bebauung von Grünflächen  
und schon gar kein Kon-  
sumtempel für die Reichen.  
Natürlich haben sie auch  
gleich die Obdachlosen-  
initiative mobilisiert. Ich weiß  
schon wie das ausgeht:  
Eine Seite gewinnt und die  
anderen knirschen mit den  
Zähnen, die Presse  
schreibt, wie zerstritten wir  
sind, unsere Stadträtin ist  
demonstriert, und was erkläre  
ich bloß den zwei neuen  
Mitgliedern?«

Wie mit diesem explosiven  
Gemisch umgehen?

Wir laden Sie zu einer  
Veranstaltung mit Werkstatt-  
charakter ein. Lassen Sie  
uns gemeinsam heraus-  
finden, wie kollektive Hand-  
lungsfähigkeit als Balance-  
problem zu meistern ist.  
In einer komplexen Übung  
mobilisieren wir unsere  
Ressourcen, entwickeln  
und erproben unter fach-  
licher Anleitung Lösungs-  
möglichkeiten, die aus  
solchen und ähnlichen  
Organisationsdilemmata  
herausführen können.

schenswerten, sondern folgen Begriffen des Machbaren und dem Wissen von allfälligen Schwierigkeiten. Deshalb ist ET 3 auch das öffentliche Erscheinungsbild der Organisation wichtig. Dabei werden Nichtmitglieder vorzugsweise als potenzielle Sympathisanten und nicht als Gegner betrachtet. Wenn ET 3 anhaltende Unzufriedenheit mit dem Organisationsprozess artikuliert, dürften die Chancen für »Widerspruch« schon ausgelotet sein. »Exit« kommt allerdings nur in Frage, wenn es eine akzeptable externe Alternative gibt. Fast überflüssig zu sagen, dass die Organisation Bestand und Handlungsfähigkeit zum großen Teil der robusten Loyalität dieses Einstellungstyps verdankt. Ohne ihn gäbe es sie nicht.

#### *ET 4: loyaler Lobbyismus*

ET 4 ist ebenfalls ein für den Organisationserfolg unentbehrliches Einstellungsmuster. Er ist mit der Organisationspraxis auf mehreren oder gar allen Ebenen vertraut. Darüber hinaus zählen im Wahrnehmungsfeld von ET 4 auch die für die Organisation wichtigen Außenbeziehungen. Was als wichtig und »wahr« gilt, bestimmt sich folglich nicht allein im Binnenprozess der Organisation. ET 4 verfolgt inhaltliche Ziele, die auch in Teilen der gesellschaftlichen Umwelt zählen, und sorgt im Gegenzug für den Import von Themen, Stilen und Formen der Kommunikation. Ohne derartige Importe würde die Organisation an Attraktivität und Integrationsvermögen verlieren. Da ET4 das oben skizzierte Aufgabentrilemma zumindest in Grundzügen kennt, vermeidet er es, unaufhebbare Widersprüche durch intensive Debatten noch zu vertiefen. Im Interesse der angestrebten Außenwirkung sieht sich ET 4 auch als zuständig für die Formulierung von Identitätsformeln und die Eindämmung destruktiver Verkehrsformen. Das sichert ihm die Anerkennung der übrigen Einstellungstypen, allerdings nicht unbedingt der Ideenpolitiker des ET 2. Aber dank seiner mit Integrationsbereitschaft gepaarten Erfolgsorientierung hat ET 4 eine gute Chance, auch mit Vorstellungen Gehör zu finden, die zunächst von der Mehrheitsmeinung abweichen. Sein »Widerspruch« bleibt selten unwirksam und »exit« liegt jenseits des Erwartbaren.

#### *ET 5: Projektmanagement*

Kommt schon den Kompetenzen des ET 4 Knappheitswert zu, so sind die des ET 5 als ausgesprochen rar anzusehen. Sie vermögen sich nur unter besonderen Bedingungen zu entwickeln, die zudem nicht allein von der Organisation, sondern auch durch die Umwelt bestimmt sind. Im Wahrnehmungshorizont von ET 5 zählt nicht nur das Schicksal der Organisation, sondern mehr noch die gesellschaftliche Entwicklung, insbesondere die darin ablesbaren Aufgaben und Chancen. Doch diese stehen in Zeiten forcierten sozialen Wandels nicht immer im Einklang mit den organisierten Deutungen, weshalb sich »umweltoffene« Organisationspolitiker vor die schmerzliche Wahl gestellt sehen können, entweder an einer konservativen, aber unangemessenen Organisationsdeutung festzuhalten oder sich einer problemadäquaten Interpretation anzuschließen, die der Organisation fremd ist. Während ET 4 an dieser Stelle der Organisation die Treue halten würde, wird ET 5 den Konflikt wagen. Was ihn ge-



genüber den anderen Einstellungstypen auszeichnet, ist die Fähigkeit, das Loyalitätsgebot im Lichte übergeordneter Prinzipien zu reflektieren und in kritischen Fällen der gesellschaftlichen Entwicklungschance Vorrang vor dem Organisationsinteresse zu geben. Kritische Fälle dieser Art mögen in Reaktion auf Befunde der wissenschaftlichen Erkenntnisproduktion, in der Bezugnahme auf einen allgemeinen Wertewandel oder als Folge einer abrupten Änderung der politischen Tagesordnung entstehen. Loyalitätsverstoß mag auch angesagt sein, wenn die Binnenmoral der Organisation in Konflikt mit allgemeinen Normen gerät. ET 5 ist also mehr Gesellschafts- als Organisationspolitikerin und als solche bereit, als gesellschaftlicher »change agent« zu wirken – wie einst die professionellen Sozialpolitiker, die Ende des 19. Jahrhunderts die Einführung staatlicher Sozialversicherungen gegen den heftigen Widerstand von Arbeit und Kapital zu organisieren verstanden. In solchen Fällen ist er in der Lage, nicht nur die Rationalitätsgrenzen der eigenen Organisation zu überschreiten, sondern auch im Stände, externen Partnern zu helfen, den gemeinsam gefundenen Kompromiss zu vertreten. Sein organisationsinterner Beliebtheitsgrad unterliegt folglich größeren Schwankungen und fällt regelmäßig geringer aus als der des ET 4. Auch ist nicht jeder von ET 5 angemeldete »Widerspruch« erfolgreich. »Exit« muss deshalb nicht näher liegen. Denn mit dem Austritt aus der Organisation würde auch die öffentliche Anerkennung entfallen, die sich zum guten Teil der Bedeutung verdankt, die dieser Einstellungstyp in und für »seine« Organisation erlangt hat.

#### *Und was heißt nun Organisationenlernen in politischen Parteien?*

Erinnern wir uns der drei Grundprobleme bzw. Hauptaufgaben, die Organisationen zu meistern haben, ohne sie gänzlich abarbeiten zu können, so wissen wir auch, dass eine »lernende« Organisation einen anderen »Lernprozess« absolviert als Personen bzw. die Organisationsmitglieder. Während letztere in der Weise lernen, dass ihr Weltwissen und ihre intellektuellen Kompetenzen an Komplexität, d. h. Differenziertheit und Veränderungsfähigkeit, gewinnen, besteht der Kompetenzgewinn einer Organisation in der Fähigkeit, komplexe Prozesse zu ermöglichen und samt ihrer belastenden und verunsichernden Konsequenzen zu erdulden. Das Lernen der Organisation betrifft die Zulassung komplexer Interaktionsprozesse, in denen die unterschiedlichen Ressourcen und Interessen der Mitglieder der Organisation Handlungsfähigkeit verleihen. Was sich im Zuge des Organisationslernens verbessert, ist also nicht nur das Niveau der prozessierten Informationen, sondern vor allem *das Regelsystem der Kommunikation und Konfliktaustragung*. Es ist die Fähigkeit der Organisation, ihre Struktur und ihre Prozesse mittels der aus der inneren und der äußeren Umwelt bezogenen Ressourcen so zu gestalten, dass das bestandsnotwendige Maß an Integration mit dem erfolgsnotwendigen Maß an Umweltoffenheit vereinbar ist. Denn nur eine hinreichend umweltoffene Organisation verfügt über genügend Umweltwissen, um auf ihre Umwelt gestaltend Einfluss zu nehmen. Und nur eine ausreichend integrierte Organisation vermag ihre Werte und Ziele unter allemal wechselhaften Umweltbedingungen zu behaupten und zu verfeinern.

Beginn: Freitag,  
5. November 2004,  
13.00 Uhr

Ende: Sonnabend,  
6. November 2004,  
gegen 16.00 Uhr  
Rosa-Luxemburg-Stiftung,  
Konferenzsaal 1. Etage  
Einführungsvortrag von  
Prof. Dr. Helmut Wiesenthal,  
Humboldt-Universität  
zu Berlin  
Moderation:  
Dr. Ruth Frey,  
Claudia Gohde,  
Cornelia Emunds

Anmeldung  
bis 1. 10. 2004 bei:  
Dr. Ruth Frey,  
Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Franz-Mehring-Platz 1,  
10243 Berlin  
Fax: 030/44310-222  
frey@rosalux.de  
Teilnahmebeitrag: 20 €  
(inkl. Verpflegung,  
ohne Übernachtung)

Nun lässt sich auch die Wie-Frage genauer beantworten. Eine fruchtbare Balance zwischen Integration und Umweltoffenheit kann sich nur einstellen, wenn in der internen Kommunikation alle für den Organisationsbestand und -erfolg wichtigen Entscheidungskriterien anerkannt sind und Anwendung finden. Von zentraler Bedeutung sind dabei die Einstellungstypen Nr. 3 und 4. Ohne die von ihnen repräsentierte Pragmatik der kleinräumigen Optimierung (ET 3) sowie des gleichermaßen organisationsloyalen wie umweltbezogenen Lobbyismus (ET 4) bliebe die Organisation eine leere Hülse. Starke Gemeinschaftsgefühle (ET 1) und strenge Ideenhierarchien (ET 2) sind hingegen von zweiseitigem Wert. Gewiss braucht es ein Minimum an emotional gestütztem Vertrauen und die Orientierung an übergreifenden Leitideen. Ohne sie wäre die Organisation ein rein technisches Gebilde. Doch alles, was über das notwendige Mindestmaß von Gemeinschaftsgefühl und Ideenbezug hinausgeht, und erst recht alle Verhältnisse, in denen sie absoluten Vorrang beanspruchen, verwandeln die Organisation in einen Selbstbestätigungsautomaten bzw. einen Ort der eindimensionalen Monologe, und verwehren ihr die Chance, von der Dynamik der Gesellschaft zu profitieren.

Das Höchstmaß an gesellschaftlichem Einflusspotenzial hat die Organisation allerdings erst erreicht, wenn das Gebot der Organisationsloyalität nicht uneingeschränkte Gültigkeit besitzt, sondern im Konflikt mit höherrangigen Prinzipien relativiert werden kann, ohne dass sie dadurch als in ihrem Bestand erschüttert angesehen werden muss. Denn das Manko jeder Spielart von Organisation ist und bleibt die Konservierung einer spezifischen Asymmetrie bzw. eines speziellen Vorurteils im Verhältnis zur Umwelt. Diese Asymmetrie wird jedoch im Laufe der Organisationsgeschichte nicht »richtiger« und instruktiver, sondern büßt in aller Regel an Prägnanz und Relevanz ein. Eine um ihre Handlungsfähigkeit besorgte Organisation sollte deshalb gelegentliche Tabubrüche zulassen. Sie helfen ihr, den Kontakt zur sich wandelnden Umwelt zu wahren.

#### Literatur

- Baumfeld, Leo: Die lernfähige Partei, Referat bei der Tagung des Renner-Instituts, 25. 2. 2002.  
Hirschman, Albert O., 1974: Abwanderung und Widerspruch. Tübingen: Mohr  
Hirschman, Albert O., 1988: Engagement und Enttäuschung. Frankfurt/M.: Suhrkamp  
Michels, Robert, 1989: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. 4. Aufl. Stuttgart: Kröner  
Olson, Mancur, 1985: Die Logik des kollektiven Handelns. Tübingen: Mohr  
Wiesenthal, Helmut, 1993: Akteurkompetenz im Organisationsdilemma, in: Berliner Journal für Soziologie, 3 (1), S. 3-18.  
Wiesenthal, Helmut, 1995: Konventionelles und unkonventionelles Organisationslernen, in: Zeitschrift für Soziologie, 24 (2), S. 137-155.

## WOLFGANG HARTMANN

# MfS: Selbstbilder und Fremdbilder

Die hier aufgeschriebenen Überlegungen stelle ich *ausdrücklich* nicht vorrangig als ein früherer Mitarbeiter des MfS an, sondern in erster Linie als ein Mensch, der sich als Marxist versteht und versucht. Als einer, der bald nach der Befreiung vom Faschismus Mitglied der SED wurde und der längst, bevor er Mitarbeiter des MfS wurde, in seine bis heute unveränderten *Grundpositionen* gefunden hatte.

Diese Überlegungen sind ein Versuch, ein Diskussionsbeitrag. Ausdrücklich nicht über die am früheren MfS-Sitz angebrachte »Gedenktafel«, sondern *über das Eigene*, über *unser* Selbst- und über unser Fremdbild – erst dann zu Bildern anderer über das MfS. Die Absicht ist, zu unserer eigenen Nachdenklichkeit beizutragen. Apologie besitzt keinen Erkenntniswert. Auf diesen aber kommt es an. Aktuell politisch, wie auch in der historischen Betrachtung.

Ich werfe Fragen auf, kann aber nicht für alle eine Antwort anbieten.

»Selbstbild« und »Fremdbild« sind Begriffe der wissenschaftlichen Psychologie.<sup>1</sup> Sowohl für die Psychologie des Individuums als auch für die Sozialpsychologie – und damit politisch – bedeutsam.

Das *Selbstbild*, der Name läßt es erkennen, umfaßt zunächst die Vorstellungen, die man über sich selbst und seine Stellung in der Gesellschaft besitzt.

Das *Fremdbild* umfaßt die Vorstellungen, die man selbst über andere besitzt. Das schließt *auch die Wahrnehmungen sowie die eigenen Vorstellungen darüber ein, was diese Anderen über einen selbst wahrnehmen und sich vorstellen.*

Zum Fremdbild gehört ebenfalls die eigene *Ansicht* darüber, wie ein Anderer sich mutmaßlich selbst sieht und versteht. Z. B., ob einer sich selbst als Freund, als loyal oder als Feind des Sozialismus sieht. Das hat ganz praktische Bedeutung. Denn es beeinflusst das »Feindbild«, worüber in einer Veranstaltung des Insider-Komitees zur Förderung der kritischen Aneignung der Geschichte des MfS Klaus Panster eine Diskussionsgrundlage bot. Das Feindbild war ein Teil unseres damaligen Fremdbildes. (Weil sich – jegliche – nachrichtendienstliche Arbeit in der Konspiration und unter Legende Gedanken machen muß, ob die gewünschte Legendenwirkung auch glaubhaft ist und akzeptiert wird, ist die Selbst-/Fremdbildproblematik ebenfalls wichtig. Dieser Sonderaspekt wird hier nicht erörtert.)

Selbstverständlich kann in *konkreten* Beziehungen nicht im Singular von einem Selbst- und Fremdbild gesprochen werden. *Still-*

Wolfgang Hartmann – Jg. 1929, Chemielaborant, Diplombjurist; war seit 1964 bei der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS; aktiv im Insiderkomitee zur Förderung der kritischen Aneignung der Geschichte des MfS. Zuletzt in UTOPIE kreativ: »MfS – Alltag einer Behörde«, Heft 157 (November 2003)

1 Zur Selbstbild-/Fremdbild-Dynamik vgl. Hans Hiebsch: Interpersonelle Wahrnehmung und Urteilsbildung, Berlin 1986, insbesondere S. 53 f., 105 f., 150 f.

*schweigend sind immer eine Mehrzahl oder Variationen zu denken.* Diese haben freilich so etwas wie gesellschaftlich herausgemittelte und dominante Konturen. Diese Konturen treten als Normen und als Normbilder in Erscheinung. Sie sind oft emotional verinnerlicht und fixiert.

*Für den Umgang mit den genannten Fragen ist bedeutsam, daß Selbst- und Fremdbilder auch handlungsleitend sind.* Also früher politisch wirksam und heute dafür wichtig, welche Erkenntnisse wir unseren »Urenkeln« hinterlassen, damit sie unsere Irrtümer und Fehler nicht wiederholen, sondern die Freiheit zu ihren eigenen haben. Auch in ihren Bildern!

Den ersten Anstoß, über das politische Selbstbild nachzudenken, habe ich etwa 1960 in Halle bekommen. In der Straßenbahn traf ich eine Stationschwester der Universitätskliniken. Dort war ich einige Zeit zuvor Verwaltungsleiter. Die Schwester sagte mir, mein Weggang sei bedauerlich. Persönlich schmeichelhaft, in Wirklichkeit aber erschreckend ihre Begründung: Ich sei einer der wenigen SED-Leute gewesen, von denen man gewiß war, sie würden selbst überzeugt sein von dem, was sie verkündeten. Zeigte sich in der *Wahrnehmung* dieser Frau nicht eine deutliche Kluft zwischen unserem Auftreten und unserer Glaubhaftigkeit! Wie aber anders als vermittelt durch ihre subjektive Wahrnehmung konnte die Schwester über uns SED-Funktionäre urteilen? Stoff zum Nachdenken!

Dieses Erlebnis war ein nachhaltiger Anstoß zu bedenken, warum ein Zwiespalt zwischen unserem Funktionär-Selbstbild und seiner Wahrnehmung »von außen« entstehen *kann*. Tiefer gefragt: Welche Differenz gab es zwischen unserem subjektiven Selbstbild, unserer Einbildung und unserer objektiven Gestalt, die anderen ihr Bild von uns lieferte?

Zudem fragte ich mich damals: Weshalb hatten wir die Gewißheit, den Anderen nicht anders zu erscheinen, als wir uns selbst verstanden hatten? Oder, anders akzentuiert und mehr positiv bedacht: Weshalb wurde unsere Parteidisziplin als opportunistischer Gehorsam wahrgenommen und damit negativ bewertet? Das sind Fragen, die wir noch heute an uns zu richten haben. Weshalb konnte in der Wahrnehmung nicht weniger DDR-Bürger der Begriff des Funktionärs die Färbung eines karrierebedachten Opportunisten annehmen? Mit Blick auf das »neue« Verhalten vieler SED-Mitglieder (auch MfS-Mitarbeiter), die sich nach dem Ende der DDR in Nischen zurückgezogen hatten, wird diese Frage häufig gestellt. Zu Unrecht?

In den 90er Jahren gab es in Berlin eine von Oberkirchenrat Dr. Schröter moderierte Diskussionsrunde »Zwie Gespräch«. Teilnehmer und Referenten waren Kirchenleute, MfS-Mitarbeiter (u. a. Wolfgang Schwanitz und Kurt Zeiseweis), Aktive aus der Bürgerbewegung in der DDR (vor allem ihres linken Spektrums, u. a. Thomas Klein), auch Mitarbeiter der Abteilung Sicherheit im ZK der SED. Und – nicht zuletzt – »einfache« Bürger der DDR, die in dieser oder jener Weise Betroffene von Repressionen waren (oder die sich so sahen). An einem dieser Diskussionsabende offenbarte Frau Ruth Misselwitz, Pfarrerin und ehemals aktiv in der pazifistischen Bürgerbewegung, hier bekämen für sie »die Mitarbeiter des MfS ein Gesicht«. Es unterscheidet sich von ihrem Vorausbild.

Wir erkennen: Wie verzerrt und sicher auch vorurteilsgeprägt waren doch *gegenseitige* Wahrnehmungen!

Woran aber lag das ursächlich auf »unserer« Seite?

Und umgekehrt: Hatten *wir* uns von unseren damaligen »Kontra-  
henten« tatsächlich ein adäquates Bild gemacht?

Selbstbilder sind immer auch unser Bild von der Welt, in der wir leben, über unsere Stellung in dieser Welt, über unsere Werte und über ethische Maxime. Naturgemäß sind sie subjektiv beschaffen. Während aber schon bei individuellen Selbst- und Fremdbildern zu fragen ist, in welchem Grad sie mit der Objektivität übereinstimmen, ist das um so mehr bei kollektiven Bildern angebracht, denn auch sie sind normativ und handlungsleitend. Z. B. für Institutionen und deren bestimmende Personen im Staat.

Kurz und nur kursorisch: Unser Selbstbild als Sozialisten, auch als Mitarbeiter des MfS, war ausgangs zweifellos davon geprägt, daß wir nach der Befreiung vom Faschismus von jenem Geist beseelt waren, den Brecht in seinem »Aufbaulied« so besang: »Fort mit den Trümmern und was Neues hingebaut / Um uns selber müssen wir uns selber kümmern / Und heraus gegen uns / Wer sich traut.«<sup>2</sup>

Nach meiner Erfahrung waren »Nie wieder Krieg« und das Streben nach Sozialismus, nach einer dafür erforderlichen neuen Eigentumsordnung subjektiv ehrliche und beständige Elemente des Selbstbildes der MfS-Mitarbeiter. Ich glaube sogar, daß manche unserer *Vorstellungen*, die sich dann als irrig erwiesen, einen ehrlichen, vielleicht einen naiven oder unerfahrenen Ausgangspunkt hatten. Immerhin begaben wir uns in Neuland!

Aber, so setze ich hier eine erste kritische Nachfrage an: Beanspruchten wir nicht eine Art *Monopol* auf dieses Streben, welches nicht gelten ließ, daß es dafür auch nicht minder ehrliche andere, durchaus ähnliche Zugänge gab, z. B. christliche, pazifistische, bürgerlich-humanistische? Dies natürlich mit ihren Eigenarten von Erfahrung, Motivation und ideologischer Färbung. Also etwa einer eher pazifistischen.

Daß sich auch kollektive Bilder vereinfachen, verzerren, idealisieren oder verschlimmern, vergrößern oder stilisieren, ist wohl nie und nirgends zu vermeiden. Deshalb bedarf es zwingend der *Korrekturmechanismen*. *Wie war es bei uns um sie bestellt?* Der wichtigste Korrekturmechanismus ist ein wirkliches demokratisches Prozedere in der Gesellschaft und im Staat. Inzwischen besteht wohl Konsens, daß hier eines der folgenreichsten Defizite der DDR lag.

Das Problem der Korrektur insbesondere von Fremdbildern hat eine nachrichtendienstliche Spezifik. Nämlich den heute durchaus aktuellen Sachverhalt, daß geheim gesammelte Informationen über Menschen besonders leicht subjektivistischen und vorurteilsbelasteten Einflüssen unterliegen. Die Gefahr von (auch ungewollter) Willkür ist immanent. Denn nachrichtendienstlich entstehende Bilder sind wegen der Konspiration notwendigerweise einer öffentlichen oder halböffentlichen Korrektur weitgehend entzogen. Durch die Forderung nach qualifizierter, sorgfältiger und quellenkritischer Arbeit sowie durch ein hohes persönliches Arbeitsethos ist dieses Problem nur bedingt zu lösen. Vor allem dann nicht, wenn eine Disposition zu ideologisch bestimmten Vorurteilen besteht – was wie-

2 Bertolt Brecht: Aufbaulied, in: Gedichte, Band VII 1948 – 1956; Berlin und Weimar 1969, S. 35.



derum keine DDR-Spezifika ist. Besonders dann sind Korrekturen erschwert, worauf ich noch zurückkomme, wenn real die eigene Toleranzfähigkeit beschädigt ist.

Weil Selbst- und Fremdbilder handlungsleitend sind, führen bei zu unkritischer Selbstgewißheit die Verzerrungen und Irrtümer zu Fehlhandlungen. Nur zur Kennzeichnung ist zu erinnern, wie viele der im MfS eher als »politisch-negativ« eingeschätzten DDR-Bürger 1989 sich »Für unser Land« eingesetzt haben und später gegen die »Abwicklung« tatsächlicher Errungenschaften unseres Sozialismusversuches sowie gegen westliches Okkupationsgebaren. Und natürlich bis heute unbeirrt gegen die Aufhebung des Grundsatzes, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe. Einige prominente Namen: Stefan Heym, Peter Sodann, Friedrich Schorlemmer, Wolfgang Ullmann.

Im Lichte *heutiger* Wahrnehmungen muß gefragt werden, ob das damalige Bild – z. B. vom Pazifisten Friedrich Schorlemmer – stets angemessen war und von einem dialektischen Verständnis für die Verhältnisse und für seine Motive? Wie beurteilen wir dies heute? Und zwar nicht nur wegen irrtümlicher, weil undialektischer Wahrnehmung, sondern *vor allem* politisch hinsichtlich unserer *Bündnisunfähigkeit* mit ehrlichen pazifistischen Bürgern!

An diese Stelle fügt sich die Erinnerung an Marx' Bild von der Stellung und dem Anspruch des Menschen in der Gesellschaft. Die zitierte Aussage wurde zu DDR-Zeit nicht gerade bekannt gemacht, obwohl (oder weil?) sie gerade für den von einer sozialistischen Macht zu leistenden Respekt gegenüber ihren Bürgern eindeutig ist. Marx schrieb in seinen »Bemerkungen über die neueste preußische Zensurinstruktion«:

»Die Wahrheit ist allgemein, sie gehört nicht mir, sie gehört Allen, sie hat mich, ich habe sie nicht. Mein Eigentum ist die Form, sie ist meine geistige Individualität. Le style c'est l'homme<sup>3</sup>. Und wie! Das Gesetz gestattet, daß ich schreiben soll, nur soll ich einen anderen als *meinen* Styl schreiben! Ich darf das Gesicht meines Geistes zeigen, aber ich muß es in die vorher *vorgeschriebenen Falten* legen! (...)»

Ihr bewundert die entzückende Mannigfaltigkeit, den unerschöpflichen Reichtum der Natur. Ihr verlangt nicht, daß die Rose duften soll wie das Veilchen, aber das allerreichste, der Geist soll nur auf eine Art existieren dürfen? Ich bin humoristisch, aber das Gesetz gebietet ernsthaft zu schreiben. Ich bin keck, aber das Gesetz befiehlt, daß mein Styl bescheiden sei. (...) Jeder Thautropfen, in dem die Sonne scheint, glitzert in unerschöpflichem Farbenspiel, aber die geistige Sonne, in wie vielen Individuen, an welchen Gegenständen sie sich auch breche, soll nur eine, nur die *offizielle Farbe* erzeugen dürfen!«<sup>4</sup>

Das führt zu einem anderen Punkt: Ich gehöre zu einer Generation, die sich noch daran erinnern sollte, daß wir nach 1945 nicht nur die Forderung und den Willen vertraten: »Nie wieder Krieg!«, sondern auch »Nie wieder Intoleranz!«. Keinesfalls zufällig, sondern programmatisch war, daß im Osten Deutschlands viele Theater mit Lessings »Nathan der Weise« begannen – wegen seiner Ringparabel über die Toleranz. Diese hatten wir damals als Kern unseres Humanismus verinnerlicht. Sie gehörte zu unserem ethischen Selbstbild.

3 Der Stil – das ist der Mensch.

4 Karl Marx: Bemerkungen über die neueste preußische Zensurinstruktion, in: MEGA I,1, S. 100 – Hervorhebungen von Marx.

Blieb sie ein solcher Kern? Eher wohl nicht. Sie ging in erheblichem Maße verloren. Sie wurde als Haltung von der Partei verdrängt und ersetzt durch ein Gebot von *selbstbezogener* Parteilichkeit: »Kein Objektivismus!« Ein momentaner Stempel genügte, für viele übrigen sich dann weitere Gründe.

Ich habe es relativ formuliert, weil in der intellektuellen Elite der DDR dieser humanistische Geist der Toleranz erhalten blieb. Einer der vielen möglichen Belege ist – namentlich für MfS-Mitarbeiter – das aussagekräftige Gespräch über Denken und Mißtrauen zwischen den Bewohnern des Zimmers »Roter Oktober« und dem Parteisekretär Haiduck in Hermann Kants »Die Aula«.<sup>5</sup> Aber die Toleranz wurde attackiert oder eingeengt von der jeweils gültigen, oft wechselnden Parteilinie.

Gegen Mißverständnisse: Toleranz ist nicht einfach die beliebige »Duldung« von »Andersdenkenden«, sondern eine *Dialoghaltung*, die andere Meinungen *in ihren Gründen* aufnimmt und bedenkt, sich nötigenfalls kritisch auseinandersetzt, mit Gründen um Überzeugung bemüht. Aber nicht mit Verbotsstempeln und Aufrufen. Die Verweigerung von argumentativer Auseinandersetzung verweigert den Respekt für den anderen Menschen und ist eine Form der Intoleranz. (Nicht immer ist Überzeugung erfolgreich, aber methodisch ist sie selbst dann nötig.)

Als früherer operativer Mitarbeiter der Auslandsaufklärung des MfS denke ich: *Ohne* eine solche Dialoghaltung hätten wir wohl niemals durch Überzeugung so viele Mitstreiter aus dem bürgerlichen Lager gewinnen können. Und zwar auf einem Terrain, wo wir keine Macht hatten – außer überzeugenden Gründen. Hier aber, wo wir die Macht besaßen, hätte Dialog doch das erste Bedürfnis sein müssen, Mitstreiter oder Verbündete zu gewinnen. Und: Ohne eine solche Dialoghaltung wäre die Aufklärung nicht imstande gewesen, sine ira et studio ein adäquates Bild der widersprüchlichen Welt zu gewinnen.

Hier geht es jetzt nicht um die tatsächliche, oft kulturell verkleidete<sup>6</sup>, Subversion von außen<sup>7</sup>. Daß sie ihre eigene Rolle spielte, ist geläufig – aber war das anders zu erwarten? Sie hatte hinter allen liberalen Vorspiegelungen nur ein Ziel: jeder realen Alternative zum real existierenden Kapitalismus den Garaus zu machen. Das war für das MfS zweifellos eine grundlegende Handlungsbedingung und zugleich eine Abwehraufgabe. Aber die Weltsicht durfte nicht darauf beschränkt werden. Es ist verständlich, aber wenig hilfreich, wenn nach einer Floskel über Irrtümer, Fehler und schlimmere Dinge dann schnell eine Fixierung auf die feindlichen äußeren Einflüsse erfolgt. Insbesondere noch, wenn hinsichtlich ihres Wirkungsbodens vergessen wird, was Mao Tse Tung sinngemäß und trefflich so formulierte: »Aus einem Kalkei kann man kein Huhn erbrüten.«<sup>8</sup>

Gab es nicht die *höchst eigenen* inneren Probleme? Wie wurden sie wahrgenommen und im eigenen Selbstbild verarbeitet? War es nicht so, daß sie gerne eben nicht als die eigenen identifiziert wurden, sondern als *fremde*, als von außen induzierte? War unser Selbstbild, hier als Bild von der DDR und dem, was zu schützen war, adäquat, d. h. streng wirklichkeitsbezogen?

In den beiden Bänden »Die Sicherheit«<sup>9</sup> über die Abwehrarbeit des MfS werden ungelöste innere Probleme an verschiedenen Stellen re-

5 Hermann Kant: Die Aula, Berlin 1973, S. 161 f.

6 Z. B. in Gestalt des »Kongresses für kulturelle Freiheit« oder der Monatszeitschrift »Der Monat«.

7 Für die westdeutsche Seite findet sich ein prototypisches und rückhaltlos offenes Konzept in: Alard v. Schack: Der geistige Kampf in der Koexistenz, in: Außenpolitik, Stuttgart, Heft 11/1962, S. 765 ff.

8 »Das Ei, das eine entsprechende Menge Wärme erhalten hat, wird zu einem Küken; aber die Wärme kann einen Stein nicht in ein Küken verwandeln, weil ihre Grundlage verschieden ist.« (S. 358). »Warum kann ein Küken sich in ein Ei verwandeln, während ein Stein sich nicht in ein Küken verwandeln kann?« (S. 393). Beide Zitate aus: »Über den Widerspruch«, in: Ausgewählte Schriften in vier Bänden, Bd. 1, Berlin 1956.

9 Reinhard Grimmer u. a. (Hg.): Die Sicherheit – Zur Abwehrarbeit des MfS, 2 Bände, Berlin 2002.

gistriert. Diese nachträgliche Feststellung ist ein wichtiger Fortschritt. Aber hinsichtlich der Wurzeln und Mechanismen fehlt noch eine zureichende Analyse der wirklichen und verschiedenartigen Ursachen. Das betrifft die ökonomischen sowie zweitens diejenigen, die im System der Machtausübung selbst lagen. Und es betrifft drittens die subjektiven Ursachen, welche kritische Einsichten verdrängten. Viertens gab es auch jene subjektiven Ursachen, die mit sehr persönlichen Eigenschaften zu tun hatten, z. B. im Spannungsverhältnis von persönlichem Mut, Disziplin und Untertanengehorsam. Denn: es gab Spielräume und jeder hatte seinen mehr oder weniger großen Spielraum für das eigene Handeln durch Tun oder Unterlassen. Ganz wichtig dafür war und ist, sich durch Realismus und Analyse von Vorurteilen zu befreien und verinnerlichte Denkmuster in Zweifel zu setzen. Wenigstens heute, für unser heutiges durch historische Erfahrung angereichertes Selbstbild.

Hierzu wieder ein Beispiel aus der eigenen politischen und MfS-Erfahrung. Es betrifft ein Denkmuster, eines unserer Fremdbilder von der Ärzteschaft. Mit ihnen wurde seinerzeit bei uns die empfindliche »Republikflucht« von Ärzten vorherrschend damit erklärt, sie sei – zumindest primär – auf »Abwerbung«, also auf äußeren Einfluß, zurück zu führen. Das klang einleuchtend und konnte sich sogar auf einige Tatsachen berufen.<sup>10</sup> Aber dieses Muster vernebelte den Blick auf interne Ursachen und verwechselte sie kurzerhand mit den für unzufriedene Ärzte von außen gebotenen Verhaltensoptionen.

Der stellvertretende Chef der Bezirksverwaltung Halle des MfS hatte gebeten, eine damals ganz neue und revolutionäre Einrichtung in der Chirurgischen Klinik, die zweite Künstliche Niere in der DDR, importiert aus Schweden, ansehen zu können. Vom Gesehenen beeindruckt, erkundigte sich Fritz Reich bei mir erstaunt, wieso – angesichts solcher Modernität – viele Ärzte unzufrieden seien und die DDR verließen. Ich sagte meinem Genossen, er habe eine falsche Vorstellung. An den Kliniken werde zwar gut gearbeitet, aber das Gesehene sei keineswegs typisch für ihr allgemeines Ausrüstungsniveau. Insoweit also war sein Selbstbild (von der DDR-Realität) nicht genau genug. Hinsichtlich der materiellen Arbeits- und der persönlichen Lebensbedingungen der Ärzte, sagte ich ihm, liege vieles im Argen. Schlimme Sektiererei gegen Interessen, Bedürfnisse und Denkweisen der Intelligenz führe zusätzlich zu Verärgerungen. Fritz Reich meinte, diese Sicht auf die Lage sei ihm neu. – Er hatte also ein unzureichendes Fremdbild. Ich erwiderte, auch mir mit meinem aus der Berliner Perspektive mitgebrachten stilisierten Bild von der Wirklichkeit sei vieles »neu« erschienen. »Republikflucht« von Ärzten könne nicht grob vereinfachend mit »feindlicher Einwirkung« und Abwerbung erklärt werden. Das führe zu Unsinn und lasse die inneren Gründe unangetastet. Zuerst müsse untersucht werden, welche von uns selbst zu verantwortenden Bedingungen solche Verluste *begünstigten* oder *gar verursachten*. Reich reagierte mit einer Mischung von mürrischer Skepsis, Staunen und wachem Interesse. Davon gereizt, bot ich an, ihm das ausführlich auseinanderzusetzen. Sehr anerkennend muß ich vermerken, daß Fritz Reich dann auf der einzig richtigen, der politischen Ebene die Initiative ergriff, den kritisierten Zuständen entgegen zu wirken. Er wurde beim Ersten Se-

10 Z. B. zu der Zeit, als in der BRD für den Aufbau der Bundeswehr eine große Anzahl zusätzlicher Ärzte benötigt wurde.

ekretär der Bezirksleitung der SED, Bernard Koenen, vorstellig und beantragte, die Probleme in der Bezirksleitung zu erörtern. Das geschah. So wurde schließlich erreicht, daß der längst beschlossene und immer wieder verschobene Neubau der Halleschen Universitätsklinik endlich begonnen wurde.<sup>11</sup>

Marx hatte ein *methodologisches* Lieblingsmotto »An allem ist zu zweifeln«<sup>12</sup>. Wären wir nicht besser gefahren, würden wir unsere Selbst- und Fremdbilder ständig so befragt haben, anstatt in Selbstgewißheit Menschen in *Kategorien* »politisch-negativ« oder »feindlich-negativ« einzuordnen, die doch oft gar nichts anderes unternahmen, als aus ihrem Erfahrungshorizont kritische Fragen zu stellen? Und wir haben sie ja nicht nur eingeordnet, sondern oft – keineswegs immer – so behandelt. Manchen durchaus fühlbar, wenn es z. B. um berufliches Fortkommen, um das Erscheinen von Büchern, um die Genehmigung beruflich begründeter Reisen, auch um Einstellungen oder um Beförderungen ging.<sup>13</sup>

*An dieser Stelle stellt sich uns dringend die Frage, wie solche Bürger der DDR, als selbst direkt oder auch nur mittelbar Betroffene, dies nun ihrerseits wahrgenommen haben?* Ich denke bei dieser Frage gar nicht zuerst an die spektakulären Fälle. Obwohl die natürlich deutliche Symptome sind.

Konkrete Beispiele zeigen das Problem faßlicher als eine verallgemeinernde Beschreibung: Ich spreche von einem Mediziner, KPD- dann SED-Mitglied, Pionier des sozialistischen Gesundheitswesens der DDR, ein Mann mit großem internationalem Ruf. Er war in Spanien Frontarzt der Interbrigaden, später in schwedischer Emigration. Als Chef einer zentralen Einrichtung hatte er Arbeitskontakt mit dem MfS. Er erhielt Empfehlungen, wie er kaderpolitische Entscheidungen treffen solle. Ihm wurde dringlich geraten, bestimmte kreative Mitarbeiter nicht einzustellen, weil deren Denkweise nicht »unseren Normen« entspreche. Er stellte die erweislich ganz loyalen DDR-Bürger trotzdem ein und es erwies sich als gut. Nach Gründen für die Abweisungsempfehlungen befragt, hatte er nur ausflüchtige Antworten erhalten: »Das MfS befragt man nicht!« Daher war ihm weder möglich, evtl. wichtige Gründe zu berücksichtigen oder irriige Gründe zu korrigieren. Die Folge: das MfS hatte bei ihm kein gutes Ansehen. So konnte man nicht nur Reserviertheit gegenüber dem MfS erzeugen (und damit seine Arbeit dort, wo sie angebracht und angemessen war, faktisch behindern).

So ließen sich sogar »Feinde selbst herstellen«.<sup>14</sup>

Einen der vom MfS abgelehnten Wissenschaftler entdeckten meine Frau und ich 1990 bei einer der Protestkundgebungen gegen den Bonner Anschlußkurs. Da stand vor dem Roten Rathaus ein kleiner, zerknitterter und zerbrechlich aussehender Mann, vielleicht 40 Jahre alt. Er »verschwand« gleichsam unter den umherstehenden »Großen«. Er trug ein selbstgefertigtes kleines Plakat, befestigt an einer Stange fast seiner doppelten Körpergröße. So war weit über den Köpfen seine Mitteilung zu lesen: »Ich bin für die DDR, gegen den Anschluß, ich verteidige den Sozialismus.« Meine Frau kannte den kleinen zarten Mann. Er war Mitarbeiter in ihrer Einrichtung. Sie erzählte mir, welchen Verdächtigungen er wegen unkonventioneller Ansichten und kritischer Fragen ausgesetzt war. Auf die Insti-

11 Über den hier berichteten Sachverhalt siehe ausführlich: Wolfgang Hartmann: Vom Nutzen einer Bestrafung und der Arbeit eines IM, in: Unabhängige Autorensgemeinschaft »So habe ich das erlebt«. Spurensicherung Band III – Leben in der DDR, Schkeuditz 2000, insbesondere S. 364-376.

12 So in den Antworten auf einen Fragebogen seiner Tochter Laura für deren »Confessions-Book«. Eine Frage lautete: »Ihr Lieblingsmotto«. Die Antwort: »De omnibus dubitandum. (An allem ist zu zweifeln)«. Hier zitiert nach »Marx für alle«, Hg.: Neues Deutschland, zusammengestellt von Karlen Vesper, Berlin 2004, S. 95.

13 Vgl eine noch zurückhaltende Betrachtung dieser Problematik in: Reinhard Grimmer, Werner Irmiler: Hauptaufgaben und Methoden der Abwehr, in: Reinhard Grimmer u. a. (Hg.): Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS. Band 1, Berlin 2002, S. 250.

14 Vgl. ebenda.

tutsleitung habe es durch den zuständigen MfS-Mitarbeiter Pressionen gegeben, diesen – fachlich guten – Mann zu entfernen. Ich stellte mir vor, was in den Köpfen jener »kompetenten« Genossen von uns vorgegangen wäre, wenn sie auch auf dieser Demo gewesen und neben diesen Mann zu stehen gekommen wären? Oder wenn sie ihn mit jenem auffälligen Transparent und der langen Stange auf seinem Weg zur Demo in der U-Bahn getroffen hätten? Wäre da nicht *wenigstens* ein Gedanke der Entschuldigung oder des Bedauerns fällig gewesen? Eine nachträgliche Korrektur ihres Fremdbildes?

Können wir über unsere Geschichte reflektieren, ohne uns eine Meinung darüber zu bilden und sie auch selbst (!) öffentlich zu machen, welche repressiven »Fehlleistungen« wir gegen solche *Menschen* vollbrachten, die erweislich nicht unsere Feinde waren, die freundliche oder loyale Kritiker waren, oft sogar Genossen, oft bewährte Antifaschisten? Zeigen sich hier nur Irrtümer oder nicht auch etwas von jener *Arroganz der Macht*, die schon Lenin als tödlich ansah?

Daher muß wenigstens heute stets mitgedacht werden, welche »*Bilder über uns*« durch unser Handeln und Auftreten bei den »Anderen« hervorgebracht werden konnten (auch unwillentlich). Namentlich dann, wenn es tatsächlichen, aber vielleicht auch nur empfundenen Dissens gab. Wobei ja seinerzeit vieles im Dunkeln war und erst nach dem Ende der DDR u. a. aus Akten bekannt und beurteilbar wurde sowie meinungsbildende Wirkungen erlangte. Wobei diese Meinungsbildung stark durch diffamierende Manipulationen durch die herrschenden Medien beeinflußt wurde. Insbesondere durch regelmäßiges Weglassen von Zusammenhängen.

In Selbst- und den gegenseitigen Fremdbildern spielen immer Interessen eine Rolle: sowohl individuelle als auch kollektive, darunter soziale Interessen. Wie werden daraus resultierende Konflikte gelöst? Das kann nur geschehen, indem sie wahrgenommen und respektiert und nicht von vornherein als unzüchtig verdammt werden. Erinnerung sei nur daran, welches wirsche Unverständnis, welche harsche Ablehnung Jürgen Kuczynski seinerzeit erfuhr, als er mutig wagte daran zu erinnern, daß es auch im Sozialismus Konflikte, Widersprüche gibt, womöglich gar antagonistische. Dem wurde die These von der »Einheit individueller und gesamtgesellschaftlicher Interessen« entgegen gesetzt, aber das war nur ein realitätsferner ideologischer Formelkompromiß. Oder: Als Fritz Behrens für das lebenswichtige Feld der Wirtschaft eine Konzeption entwarf, wie ökonomische Widersprüche durch Nutzung des Wertgesetzes auch im Sozialismus gesteuert werden könnten, wurde er diskriminiert – auch durch die vom MfS veranstaltete Suche nach »Behrens/Benary-Anhängern«. Niemand kam auf die Idee, Behrens zu rehabilitieren und sich zu entschuldigen, nachdem sein Konzept ohne Namensnennung eine zentrale Idee des Neuen Ökonomischen Systems der 60er Jahre wurde.

Ist es verwunderlich, wenn im Fremdbild von Betroffenen das MfS in keinem guten Ansehen, jedenfalls in einem ambivalenten, stand, soweit es eben die »innere Front« betraf? Bei Feinden der DDR und jeglichen Sozialismusversuchen: geschenkt. Aber schon bei betroffenen Genossen, bei einem großen Teil der Intelligenz, bei



sehr vielen völlig staatsloyalen Bürgern? Und sie gingen nicht so weit, den Sozialismus kurzschlüssig auf das zu reduzieren, was sie an der DDR mit guten Gründen zu kritisieren hatten, was sie mit Distanz oder auch Ablehnung aufnahmen.

Immerhin: In *diesen* Kreisen fand eine intensivere geistige Beschäftigung mit den gesellschaftlichen und politischen Problemen statt. Aber das ist für unendlich viele Menschen nicht oder nur bedingt möglich! Auch heute!

Umfassende theoretische Reflexionen sind ihnen nicht gegeben. Ohne solchen Menschen damit geringschätzig zu begegnen, muß man anerkennen, daß sie ihre politischen Urteile eben nur in kurzen Schlüssen auf das beziehen, was von ihnen *unmittelbar* selbst erlebt oder vermittelt wahrgenommen wird. Das bedeutet für unsere Überlegungen eben auch, daß ihre Bilder von uns verknüpft, damit verzerrt und somit oft drastisch waren.

In der zunehmenden Hektik der Krisenzeit 1989/90 kam eine enorme Emotionalisierung hinzu. Sie wirkt bis heute nach. Das gilt insbesondere für jene (manipulativ beeinflussten) Prozesse, die zeitweilig eher Exzesse waren und in denen nicht nur reale Wahrnehmungen und Empfindungen, sondern Argwohn, Hysterie und Phantasien in den Bildern vom MfS dominant wurden.<sup>15</sup>

Dennoch sollten uns die kritisierten Exzesse und Extreme nicht den Blick für eine von Lenin geäußerte Überlegung verstellen:

»Man kann den Kampf beobachten und nur seine sozusagen äußere Seite sehen: man sieht, bildlich gesprochen, nur geballte Fäuste, verzerrte Gesichter, widerwärtige Szenen; man kann alles das verurteilen, darüber weinen und jammern. Man kann ihn aber auch beobachten und den *Sinn* des vor sich gehenden Kampfes begreifen, der, verzeihen Sie mir, ein klein wenig interessanter und historisch bedeutungsvoller ist als die Szenen und Bilder der sogenannten ›Exzesse‹ oder ›Extreme‹ im Kampf. ... und was mich betrifft, so hasse ich am meisten diejenigen, die im Kampf der Klassen, Parteien, Fraktionen in erster Linie die ›Extreme‹ sehen!«<sup>16</sup>

In den 60er Jahren gab es in der SED eine kurze Periode, in der das Thema »Denken und Fühlen« als politisches Problem erkannt wurde. Beim ZK wurde sogar ein Institut für Meinungsforschung gegründet. Mit Ulbrichts Ablösung verschwand all dies wieder. Es blieb beim Unvermögen, die Politik der SED psychologisch zu kultivieren. Das hatte nicht nur Auswirkungen auf die Art, wie der Führungsanspruch verwirklicht wurde.

Es ist demokratisch legitim, wenn eine Partei, also auch die SED, um Hegemonie bemüht ist. Ohne Führung kein gesellschaftlicher Fortschritt. Führung läßt sich auf verschiedene Weise verwirklichen. Vereinfachend und polarisierend: entweder mit tatsächlich kollektiver, auch selbstkritischer Lernhaltung, durch Überzeugung mit Gründen, durch Vorbild, *vor allem aber durch demokratische Rückkoppelung* – oder durch monopolisierenden Anspruch, der vielfach mit Weisung, mit Befehl durchgesetzt wird. Dies führt wieder zur innenpolitischen Rolle des MfS: Bestand sie nicht oft genug – auch, aber nicht nur, mit Einsatz von Repressionsmitteln – darin, Versäumnisse und Fehlleistungen der eigentlichen politischen Institutionen zu kompensieren? Bekannt sind die für das MfS von Wolf-

15 Eine ausgezeichnete Beschreibung dieser Ereignisse findet sich in: Günter Hoffmann: Sturm auf die Stasi in Sachsen, Tatsachenbericht. Schkeuditz 2004.

16 Aus: Ein Gespräch, in: W. I. Lenin: Werke, Bd. 19, S. 25.

17 Vgl. Wolfgang Schmidt: Zur Sicherung der politischen Grundlagen der DDR (HA XX im MfS/Abt. XX der BV), in: Reinhard Grimmer u. a. (Hg.): Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS. Band 1, Berlin 2002, S. 658.

18 Tafeltext: »Hier befand sich das Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Es sicherte durch politische Willkür, Terror und Überwachung der Bevölkerung die Diktatur der SED. Am 15. Januar 1990 besetzten Bürgerinnen und Bürger diesen Gebäudekomplex.«

19 [www.mfs-insider.de](http://www.mfs-insider.de)

gang Schwanitz beim Ersten Sekretär der SED in Berlin, Politbüromitglied Schabowski unternommenen und fehlgeschlagenen Bemühungen, mit der aufgekommenen oppositionellen Bewegung politisch umzugehen.<sup>17</sup> Dieser Versuch belegt, daß im MfS auch in den inneren Angelegenheiten durchaus nicht nur in Kategorien der Repression gedacht wurde.

Auf der »Gedenktafel«, die in der Frankfurter Allee angebracht wurde, erscheint die Rolle des MfS auf drei Begriffe reduziert: »politische Willkür, Terror und Überwachung der Bevölkerung«<sup>18</sup>. Ein Fremdbild über das MfS. So kann es für die früheren MfS-Mitarbeiter kein eigenes Bild sein. Allein schon deshalb nicht, weil grobe Vereinfachung verzerrt und manipuliert. Wessen Bild ist es? Allerdings wäre es zu einfach zu behaupten, dies sei nur der die DDR und in ihr der das MfS diskriminierende Zeitgeist. Dieser Zeitgeist bestimmt sicherlich den Ton. Wohl oder übel hat in ihm die Tatsache der Niederlage der DDR und ihrer staatlichen Organe 1990 ein Eigengewicht. Aber wodurch wird der Zeitgeist sonst begünstigt? Nicht auch deshalb, weil – hinsichtlich des MfS – zu wenig unternommen wurde, um eine *Gegenöffentlichkeit* zu schaffen und in ihr überzeugend mit einem differenzierten, historisierenden und natürlich selbstkritischen und deshalb glaubwürdigen, wahrhaftigen Selbstbild aufzutreten?

Das Insider-Komitee zur Förderung der kritischen Aneignung der Geschichte des MfS arbeitet seit seinen ersten Tagen an einer solchen Gegenöffentlichkeit. Wolfgang Harichs Anhörungen der Alternativen Enquete-Kommission zu Geheimdienstfragen gehören zur Gegenöffentlichkeit. Auch die Memoirenliteratur z. B. von Markus Wolf, Werner Großmann, Gabriele Gast und anderen, sowie weitere Publikationen, z. B. Klaus Eichners, Wilfriede Ottos, Wolfgang Kießlings, nicht zuletzt »Die Sicherheit«. Oder Interviews und Leserbriefe. Zudem die website des IK.<sup>19</sup>

Dennoch: Dürfte angesichts der früheren Rolle des MfS, der Größe seiner Kaderbestandes sowie seiner früheren Hochschule nicht viel mehr erwartet werden? Wie wurde – öffentlich erkennbar – jene Vielzahl von Publikationen verarbeitet, die mit mehr oder weniger wissenschaftlichem Anspruch zur Sicherheitspolitik der DDR und zum MfS erschienen sind?

Wurde nicht zu viel der PDS überlassen, sie aber zu wenig unterstützend? Welche Rolle haben die ehemaligen MfS-Mitarbeiter, die doch alle Mitglieder der SED waren und sich als Funktionäre, ja als Berufsrevolutionäre verstanden, denn im Diskurs der PDS gespielt? Wenigstens genossenschaftlich von außen?

Es gab die *verschiedenen* Berliner MfS-Debatten, u. a. initiiert von André Brie und Michael Nelken, auch von Michael Schumann. Um Boden unter die Füße zu bekommen, war die Mitwirkung von SED- bzw. PDS-Genossen notwendig, die früher MfS-Mitarbeiter waren. Wer hat der PDS geholfen, als sie im Haus am Köllnischen Park Diskussionen veranstaltete, etwa zur IM-Problematik? Wer hat mit eigenen Beiträgen der PDS bei ihren verschiedenen Konferenzen geholfen, z. B. in Kleinmachnow? *Eigentlich müßte man fragen, wer ihr nicht geholfen hat.* Die Antwort ist viel erhellender.

Wie viele von den immerhin einigen zehntausend Mitarbeitern verharren als Zuschauer auf der Tribüne (oder in Nischen), wie

viele nahmen in der Öffentlichkeit an diesen Auseinandersetzungen *praktisch* teil? Wobei nicht jene vermißt wurden, gegen die anfangs der 90er Jahre, bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes äußerst komplizierte Strafverfahren liefen, von denen weniger das eigene, aber vielmehr das Schicksal vieler Kooperationspartner im Westen abhing.

Auf der genannten Gedenktafel sind drei Begriffe genannt: »politische Willkür, Terror und Überwachung«. Gewiß ließe sich, unter Berufung auf Lexika-Definitionen darüber streiten, was auf der Tafel mit »Terror« ausgedrückt sein könnte – vielleicht.<sup>20</sup> Solcher Streit aber erübrigt sich, wenn man bedenkt und berücksichtigt, welche reale und sich per Reflex einstellende Bedeutung der Terror-Begriff *heute* hat! Es hat einen Begriffswandel gegeben. Schon seit der Zeit des faschistischen Terrors mit seinen »vorbeugenden« Massenverhaftungen, den KZ, den Okkupationsregimes und der industriellen Menschenvernichtung. Zusätzlich seit der RAF, seit den rücksichtslosen Attentaten, wie z. B. die des 11. September, oder – z. B. – seit dem Staatsterror gegen Palästinenser. *Der Terrorbegriff ist heute neu besetzt*. Er hat inhaltsbestimmend neue konkrete Merkmale erhalten. Solche Begriffsveränderungen sind nicht ungewöhnlich. Das gilt etwa – im Hinblick auf die ursprüngliche Bedeutung der Marxschen Begriffsprägung »Diktatur des Proletariats« – auch für den Diktaturbegriff. Und wer solche Begriffe heute unhistorisch zur Kennzeichnung der Praxis des MfS benutzt, manipuliert.

Dennoch darf nicht ignoriert oder verdrängt werden, daß nicht wenige Menschen, die – vor allem in den 50er Jahren – Repressionen schlimmer Art erfahren haben und die später z. T. sogar rehabilitiert werden mußten, nicht grundlos sich terrorisiert empfanden. Nur beispielhaft ein Name aus der MfS-Praxis der fünfziger Jahre: Der Historiker Wolfgang Kießling hat das Schicksal des aus der mexikanischen Emigration heimkehrenden Arztes Rudolf Zuckermann aus den Akten des MfS und des ZK der SED penibel recherchiert und nachlesbar erschlossen.<sup>21</sup>

Zur *Willkür* sei auf zwei Fakten hingewiesen.

- Wie, wenn nicht mit vorheriger Willkür-Behandlung ist zu werten, daß bereits zu DDR-Zeiten (!) viele strafrechtlich verfolgte Bürger, zumeist sogar Kommunisten, wegen haltloser und unbewiesener Beschuldigungen rehabilitiert werden mußten? Weshalb wird immer noch versucht, diesen Sachverhalt klein zu reden oder mit einer Alibi-floskel zu verniedlichen?

- Der zweite Fakt besteht im sprachlichen und begrifflichen Apparat. Allein die etablierten Begriffe »politisch-negativ« und »feindlich-negativ« öffneten subjektivem ideologischen Vor- und Beurteilungsverständnis ein weites Feld.

Und wie ist es mit der *Überwachung*? Wenn sie als »flächendeckend« (so zum ersten Male am »Zentralen Runden Tisch« 1990) bezeichnet wird, folgt oft ein abwehrender Reflex. Ist das nicht eher eine nebensächliche Frage, aber nicht der kritische Punkt? Zunächst und gegen diese verdrängende Heuchelei: Überwachungshandlungen gehören überall zum notwendigen Handwerkszeug von Sicherheitsorganen, von Polizei und Geheimdiensten. Die eigentliche und hauptsächliche Frage ist, ob und inwieweit – nach Aspekten der

20 In »Wahrig Deutsches Wörterbuch« wird der Terrorbegriff so definiert: »Terror <m.; -s; unz.> Schrecken; gewalttätiges, rücksichtsloses Vorgehen, das die Betroffenen in Angst u. Schrecken versetzen soll; Gewalt-, Schreckensherrschaft; <in Zus.> Zwang, (Konsumterror); <umg.> Aufregung, Unruhe, Zank; nach doch nicht solchen Terror! <umg.> [<lat. terror »Schrecken«; zu terrere »erschrecken«] terlorli'rielsen <V.t.; hat> durch Gewaltanwendung einschüchtern; in Furcht und Schrecken versetzen <fr. terroriser; ? Terror terlo'ristisch, terlo'ristisch <Adj.> auf Terrorismus beruhend, mit seiner Hilfe; Terror ausübend, verbreitend Terlo'rismus <m.; -; unz.> Ausübung von Terror, um bestimmte (bes. politisch motivierte) Ziele durchzusetzen »Psycholterlor« m.; -s; unz.> Bedrohung mit psychologisch wirksamen Mitteln.

21 Vgl. Wolfgang Kießling: Absturz in den Kalten Krieg – Rudolf und Leo Zuckermann zwischen nazistischer Verfolgung, Emigration und stalinistischer Maßregelung, in: hefte zur ddr-geschichte Nr. 57, Berlin 1999 (Hg.: Helle Panke e.V., Herbert Mayer, Helmut Meier, Detlev Nakath, Peter Welker). Vgl. auch: Wolfgang Hartmann: Parteibuch im Panzerschrank – Professor Zuckermann in Halle. Leserbrief in junge Welt, 9. Januar 1997. Darin wird über die – stille – Rehabilitierung Zuckermanns durch die Bezirksleitung der SED berichtet.

22 »Alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist ...«, in: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, MEW, Bd. 1, S 385.

23 Katarina Witt: Meine Jahre zwischen Pflicht und Kür, München 1994.

24 Ebenda, z. B. S. 133.

25 Victor Klemperer: LTI Notizbuch eines Philologen. Erstauflage Halle 1947.

Verhältnismäßigkeit – es nötig war, mit *geheimdienstlichen* Mitteln solche Menschen zu beobachten und in ihr berufliches Leben eingreifend zu beurteilen, die sich mit der DDR kritisch *identifizierten* oder zumindest loyale Bürger waren? Wo noch nicht einmal ein tatsächlicher Anhaltspunkt für ein nach Gesetz strafbares Handeln vorlag? Gab es nicht eine – gewiß eher unbewußte – Einstellung, als ob ein DDR-Bürger nicht Teilhaber der Volkssouveränität war, sondern eine Art Eigentum und Objekt unseres Staates? So, als ob nie über Marx, »kategorischen Imperativ für Kommunisten«<sup>22</sup> nachgedacht worden sei (vielleicht auch heute nicht nachgedacht wird?), oder über Marxens »Freiheit des Einzelnen als Voraussetzung der Freiheit aller«?

Vor einigen Jahren erschienen Erinnerungen Katarina Witts: »Zwischen Pflicht und Kür«.<sup>23</sup> Ein grundehrliches Erinnerungsbuch u. a. belegt es mit internen MfS-Dokumenten ausgiebig, wie ihre »Überwachung« erfolgte. Selbstverständlich war es in der Systemauseinandersetzung ein legitimes Interesse der DDR zu verhindern, daß Kati Witt eine ersehnte »Beute« der Feinde der DDR werden konnte. Das aber konnte nur eine politische, eine pädagogische, eine soziale Aufgabe sein, welche nicht auf Kosten der Selbstbestimmtheit der Sportlerin gemeistert werden durfte. Aber brauchte man dafür ein Aufgebot an IM, die detailliert berichteten und überhöhten, welches Arbeitsverhältnis sie zu ihren Trainern hatte, wie ihr Verhältnis zu den Eltern war, wie ihre sportliche Leistungsfähigkeit und ihr Körpergewicht (!) waren, welche kommunikativen Beziehungen sie besaß und welche sexuellen Beziehungen (mit Uhrzeit)? Das Ganze in einer erschreckenden preußischen Polizeisprache. Zitat: »Die Witt, Katarina stritt sich mit der Müller, Jutta. ...«, »Müller, Jutta schätzt gegenüber Mirmsecker, Reinhard die Leistungen der Witt als nicht gut ein, ... da sie schwer und fett aussieht und ständig zwischen 54 und 55 kg wiegt.«<sup>24</sup> usw.

Nur die in den Berichten und Einschätzungen vorkommenden MfS-Mitarbeiter werden korrekt bezeichnet (etwa: Gen. Major Fritz Müller) und sprachlich nicht zu Objekten (!) gemacht. Das ging so schon, als die Sportlerin noch ein Kind war. Und später wurde ausweislich der Dokumente versucht, in ihre – normalen! – Beziehungen zu Männern (DDR-Bürger) einzugreifen, ja auch zu *verhindern*, daß sie in Göteborg auftritt, wo sie dann dennoch den Europameistertitel holte. Ausrutscher irgendwelcher subalternen Mitarbeiter? Welche individuellen, aber auch durch Leiter hingenommenen Selbstbilder drückten sich in der beispielhaft zitierten Sprache aus? Waren es nur individuelle Einzelfälle?

In der DDR war Victor Klemperers Buch »LTI« in Millionenaufgabe erschienen.<sup>25</sup> Ist dieses bedeutende Buch der Auseinandersetzung mit sprachlicher Unkultur an den MfS-Mitarbeitern vorbeigegangen? Warum sind sie von ihm nicht sensibilisiert worden für das Bemühen, die eigene Sprache in Einklang mit dem sozialistischen Humanismus zu bringen? Eine unbequeme Frage. Ihr kann nicht ausgewichen werden. Für mich ist sie besonders schmerzlich, weil ich in meiner Arbeit im Operationsgebiet ein anderes Bild der DDR vermittelt hatte.

In einer Veranstaltung des Insider-Komitees wurde zutreffend festgestellt, die Erwartung wäre weltfremd, Kontrahenten zugespitz-

ter Konflikte könnten sich idealtypisch verhalten. Bekannt sind Brechts Worte »Auch der Haß gegen die Niedrigkeit / Verzerrt die Züge.«.<sup>26</sup> Diese realistische Wahrnehmung kann freilich nicht als Grund dienen, die gleichsam internen Verwerfungen nicht zu benennen und zu analysieren.

Je besser wir selbst uns darum bemühen, unsere eigene Geschichte nicht selektiv wahrzunehmen und darzustellen, desto weniger Wirkung könnten die manipulierenden Vereinfachungen – z. B. der erwähnten Tafel – haben. Oder anders gesagt: Es besteht auch eine eigene Mitverantwortung dafür, wie das MfS in den Fremdbildern Dritter wahrgenommen wird.

Dazu bedarf es unserer Wahrhaftigkeit. So, wie sie auch von anderen in dem Verlangen erwartet wird, die Geschichte der DDR und darin die des MfS in *allen* ihren Zusammenhängen wahrzunehmen und darzustellen. Gewiß ist Wahrhaftigkeit zuweilen unbequem.<sup>27</sup> Maßstäbe, die an andere angelegt werden, müssen auch für sich selbst akzeptiert sein. Umgekehrt können wir Maßstäbe anderer, die als falsch angesehen werden, nicht für sich selbst in Anspruch genommen werden.

Abschließend sei noch einmal Brecht zitiert – mit einem ironischen Gedicht über den »selbstkritischen« Umgang mit Dummheiten der Kulturpolitik, die ja ein anhaltendes Problem in der DDR und wohl auch in einem Teil der MfS- Arbeit waren:

#### NICHT FESTSTELLBARE FEHLER DER KUNSTKOMMISSION

Geladen zu einer Sitzung der Akademie der Künste  
Zollten die höchsten Beamten der Kunstkommission  
Dem schönen Brauch, sich einiger Fehler zu zeihen  
Ihren Tribut und murmelten, auch sie  
Zeihten sich einiger Fehler. Befragt  
Welcher Fehler, konnten sie sich  
An bestimmte Fehler durchaus nicht erinnern. Alles was  
Ihnen das Gremium vorwarf, war  
Gerade nicht ein Fehler gewesen, denn unterdrückt  
Hatte die Kunstkommission nur Wertloses, eigentlich auch  
Dies nicht unterdrückt, sondern nur nicht gefördert.  
Trotz eifrigsten Nachdenkens  
Konnten sie sich nicht bestimmter Fehler erinnern, jedoch  
Bestanden sie heftig darauf  
Fehler gemacht zu haben – wie es der Brauch ist.<sup>28</sup>

26 Bertolt Brecht:  
Gedichte Bd. IV, Berlin  
1961, S. 148.

27 Das benannte auch  
Marx: »Proletarische  
Revolutionen ... kritisieren  
beständig sich selbst,  
unterbrechen sich fort-  
während in ihrem eignen  
Lauf, kommen auf das  
scheinbar Vollbrachte  
zurück, um es wieder von  
neuem anzufangen, verhöhn-  
nen grausam-gründlich die  
Halbheiten, Schwächen  
und Erbärmlichkeiten ihrer  
ersten Versuche.« Karl  
Marx: Der achtzehnte  
Brumaire des Louis Bona-  
parte, in: MEW, Bd. 8,  
Seite 118.

28 Bertolt Brecht:  
Gedichte, Bd. VII, S. 108.



## RUDOLF SAUERZAPF

# Die Vertreibung des Leo Kofler

»S. will Soziologie studieren« ist auf meinem »*Zeugnis der Reife*« vermerkt. Dieser Studienwunsch war das Resultat meiner Erfahrungen mit Faschismus und Krieg und der Frage nach dem »*Warum?*« dieses Geschehens. Unmittelbar nach Kriegsende suchte ich nach den Wegen und den gesellschaftlichen Kräften, die willens und fähig waren, eine humane Gesellschaft zu gestalten, die Kriege und politische Gewalt und Unterdrückung von ihrem Wesen her ausschloß. Denn daß Faschismus und Krieg *gesellschaftliche Ursachen* hatten, davon war ich überzeugt. In den programmatischen Publikationen der politischen Parteien, die sich noch in der Gründungsphase befanden, spielte damals der Begriff »*Sozialismus*« eine vordergründige Rolle. Der Nationalsozialismus war noch nicht ganz überwunden, da gab es die Begriffe »christlicher *Sozialismus*«, »demokratischer *Sozialismus*« und »wissenschaftlicher *Sozialismus*«. Bei einem so vielfältigen Sozialismen-Angebot wollte ich wissen, was Sozialismus tatsächlich bedeutet. Die Antwort fand ich in der Schrift von Friedrich Engels »Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft«. Auf diesem Wege kam ich zum Marxismus.

Der skizzierte geistige Prozeß fand vielfältige Bestätigungen im Alltagserleben. Im August 1945 kam ich 16jährig aus Kriegsgefangenschaft nach Hause. Angesichts der Kriegszerstörungen konnte der Schulbetrieb noch nicht wieder aufgenommen werden. Deshalb nahm ich im Oktober 1945 in einer Maschinenfabrik in Mainz eine Lehre zum Industriekaufmann auf. U. a. hatte ich Kundenrechnungen zu schreiben, und es interessierte mich, wie sie zustande kamen, also die Kalkulation. Ich fand die praktische Bestätigung dafür, was Marx theoretisch in seiner Schrift »Lohn, Preis und Profit« dargelegt hatte. Mit kritischem Interesse verfolgte ich die Politik der alliierten Besatzungsmächte, die demokratische Willensentscheidungen, z. B. der hessischen Wähler, außer Kraft setzten, die entgegen ihren völkerrechtlichen Erklärungen *a priori* festlegten, was eigentlich einer späteren demokratischen Entscheidung durch das gesamte deutsche Volk bedurft hätte. Sie konnten dies tun, weil sie die aktive Unterstützung der konservativen Kräfte in Westdeutschland fanden. So wurde auch die Restauration des westdeutschen Monopolkapitals bereits in Ansätzen deutlich.

Freude und Verpflichtung empfand ich, als ich im Frühjahr 1947 in das Vorsemersemester der Universität Halle aufgenommen wurde. In drei Semestern erwarb ich das »*Zeugnis der Reife*« mit dem eingangs angeführten Vermerk. Es gab damals an der Universität Halle ein Insti-

Rudolf Sauerzapf – Jg. 1929; Dr. phil., studierte von 1948 bis 1952 an der Martin-Luther-Universität in Halle Geschichte, Philosophie und Politische Ökonomie; 1952-1958 wissenschaftl. Assistent bei Prof. Dr. Leo Stern (Deutsche Geschichte) und 1959-1965 bei Prof. Dr. Gerhard Bondi (Wirtschaftsgeschichte); 1965-1977 Betriebssoziologie im VEB Filmfabrik Wolfen; Postgradualstudium Soziologie bei Prof. Dr. Robert Schulz in Leipzig; 1978-1982 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Berlin; Publikationen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, zur deutschen Wirtschaftsgeschichte und zur Soziologie der berufstätigen Frau; lebt als Rentner in Serno, Landkreis Anhalt-Zerbst.

tut für Soziologie. Um ganz sicher zu gehen, ob Studieninhalte und -abläufe meinen Vorstellungen entsprachen, wollte ich mich dort beraten lassen. Mit einem Freund, der ebenfalls Soziologie studieren wollte, klopfte ich mehrmals an der Tür des Direktorenzimmers. Es dauerte eine ganze Weile, bis in Hemdsärmeln ein Mann aus der Tür trat und mürrisch fragte, was wir wollten. Es war Professor Max Gustav Lange, der damalige Institutsdirektor. Wir sagten, daß wir Soziologie studieren und seinen Rat dazu einholen wollten. Seine Antwort: »Ja, wißt ihr denn nicht, daß Stalin die Soziologie verboten hat? Hier gibt es kein Soziologie-Studium mehr.« Wortlos schauten wir uns traurig an und gingen. Aber weshalb die Soziologie als wissenschaftliches Fachgebiet so heimlich aus dem System der Gesellschaftswissenschaften verschwand, blieb uns auch weiterhin unklar. Dies um so mehr, weil der historische Materialismus beste Ansatzpunkte für eine marxistische Soziologie bot.

### *Studium bei Leo Kofler*

Der Termin zur Studienbewerbung drängte. Welches Studium entsprach nach der Soziologie am meisten meinen Interessen? Ich besann mich auf meinen Ausbildungsberuf als Industriekaufmann und bedachte, welche Bedeutung die Ökonomie unter den Bestandteilen des Marxismus einnahm. Folglich bewarb ich mich um das Studium der Wirtschaftswissenschaften in der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät. Es war eine Verlegenheitslösung von nur kurzer Dauer. Bereits in der ersten Studienwoche berichteten Kommilitonen, die in der Philosophischen Fakultät studierten, von einem neuberufenen Professor Kofler, der rhetorisch fesselnde und inhaltlich interessante Vorlesungen halte. Da mußte ich hin! Schon von der ersten Vorlesung war ich so angetan, daß ich den Mut fand, Professor Kofler anzusprechen. Ich sagte ihm, daß ich unter den gegebenen Umständen meinen Studienwunsch Soziologie nicht verwirklichen könne, und fragte ihn, welche Studienfächer dem Anliegen der Soziologie am nächsten kämen. Kofler sah mich groß an und sagte nach kurzem Überlegen: »Ich empfehle Ihnen, Geschichte, Philosophie und Ökonomie zu studieren.« Ich war erleichtert. Die Fachkombination erschien mir einleuchtend. Der Wechsel von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen zur Philosophischen Fakultät war kurzfristig möglich. Ohne die vorgegebenen Studienabläufe zu vernachlässigen, konzentrierte sich doch mein Interesse auf die Lehrveranstaltungen Leo Koflers.

Alle Vorlesungen und Seminare Koflers, die er zwischen September 1948 und Februar 1950 in Halle hielt, wurden von mir besucht. Das waren im Wintersemester 1948/49:

- Der politische Humanismus in der Staatslehre des 17. bis 19. Jahrhunderts.
- Dialektik und Geschichte. Einführung in den historischen Materialismus.
- Colloquium über Marx' Schrift »Zur Judenfrage«.

Im Sommersemester 1949 belegte ich folgende Vorlesungen und Seminare Koflers:

- Geschichte der französischen Gesellschaft.
- Kapitalismus und Sozialismus in historischer Betrachtung.
- und das Seminar: Die großen Historiker des 19. Jahrhunderts.

Im Wintersemester 1949/50 besuchte ich Koflers Lehrveranstaltungen:  
- Englische Geschichte.  
- Geschichte der Philosophie.  
- und das Seminar »Die deutschen Historiker des 19. Jahrhunderts«.

Was machte Koflers Lehrveranstaltungen so anziehend, daß die Hauptvorlesungen im *auditorium maximum* stets überfüllt waren? Die *studiosi* saßen sogar noch auf den Stufen und Fensterbänken. Meines Erachtens gab es dafür mehrere Gründe. Als ersten Grund nenne ich die leidenschaftliche Vortragsweise, die erkennen ließ, daß der Vortragende, ohne pathetisch zu werden, nacherlebte, was er vortrug. Jeder seiner Sätze drückte seine Überzeugung aus. Koflers Vorlesungen hoben sich wohltuend ab von der betont unterkühlten Sachlichkeit und reinen Faktologie, aber auch von den Sprachungetümen aus dem Satzbaukasten des Parteijargons.

Interessant waren Koflers Vorlesungen und Seminare durch die bedachte Auswahl der Themen und ihrer Schwerpunkte. Dabei standen immer die Fragen des gesellschaftlichen Fortschritts im Mittelpunkt der Darlegungen. Über Koflers Vorlesungen lernte ich z. B. die Bedeutung von *Savonarola*, *Giordano Bruno*, *Spinoza* und *Francis Bacon* kennen. Von den *Albigenserkriegen*, den *Wiedertäuferbewegungen* und von den *Levellers* und *Diggers* zu hören, war für mich völliges Neuland. Besonders interessant fand ich die von Kofler dargelegte Theorie des *fortschrittlichen Absolutismus*. Diesen sah er in der Rolle z. B. des französischen und des englischen Königtums bei der Überwindung feudaler Zersplitterung und bei der Entwicklung der Nationalstaaten und ihrer nationalen Märkte. Solche Fakten und ihre gesellschaftlichen Zusammenhänge und die durch sie aufgeworfenen Probleme habe ich in keiner anderen Lehrveranstaltung während meines ganzen Studiums wiedergefunden.

Bei historischen Gegebenheiten, die noch nicht eindeutig geklärt waren oder unterschiedlich interpretiert wurden, sprach Kofler durchaus auch im Konjunktiv. Er entwickelte und begründete seine Version dazu und formulierte sie so, daß er seine Zuhörer zum Mit- und Nachdenken anregte. Kofler selbst hatte einen ausgeprägten Sinn dafür, in den geschichtlichen Abläufen Probleme zu erkennen und sie den Studenten zu vermitteln. Um die Formulierung von Dissertationsthemen wäre er nie verlegen gewesen. Aus dieser Problemsicht und aus seiner rhetorischen Spontaneität entstand in einer seiner Vorlesungen eine äußerst kritische Situation, und ich bin mir bis heute nicht sicher, ob er sich selbst dessen bewußt geworden war: Im Vorlesungszusammenhang stellte Kofler fest: »Stalin hat zum schöpferischen Marxismus aufgefordert.« Im *auditorium* wurde es so still, daß man die berühmte Stecknadel hätte fallen hören können. Dann ging Koflers rechter Zeigefinger in die Höhe und sichtlich erregt sagte er: »Aber, meine Damen und Herren, wehe, wer damit anfängt.« Das geschah im Wintersemester 1949/50. Sicher ist dieser Ausbruch schon im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen zu sehen, die einige stalinistische Professoren auf einem Lehrgang um »Koflers ideologische Position« begonnen hatten. Den Studenten blieben diese Auseinandersetzungen zunächst verborgen.

Ein besonderes Erlebnis für mich wurde Koflers Seminar über Karl Marx' Schrift »Zur Judenfrage«. Keiner unserer Professoren und Do-

zenten, weder die bürgerlichen noch die marxistischen, mochte das »heiße Eisen« anfassen, obwohl alle, Professoren, Dozenten und die damalige Studentengeneration, die »Reichskristallnacht« direkt oder indirekt miterlebt und Gelegenheit hatten, über Dokumentationen und Erlebnisberichte von der Vernichtung der europäischen Juden Kenntnis zu nehmen. Fragen über Fragen, die einer Klärung bedurft hätten, blieben in einem großen Schweigen verborgen. In seinem Seminar gab Kofler einen historischen Überblick zur Geschichte der Juden, ihrer Vertreibung und ihrer Wanderung in die unterschiedlichen Exile mit ihren sehr unterschiedlichen Lebensbedingungen für die Einwanderer. Wir lernten die Rolle der »Hofjuden« in den feudal-absolutistischen Staaten kennen, wie sie einerseits als Geldbeschaffer mißbraucht und andererseits der Verachtung preisgegeben wurden. Wir diskutierten, wie religiöse Vorbehalte und feudale Strukturen, wie z. B. die Zunftordnung, die Integration oder die Assimilation erschwerten oder gar unmöglich machten. Den Höhepunkt des Seminars aber bildete das Verhältnis von politischer und sozialer Emanzipation. Die bürgerlichen Revolutionen hatten die Juden nicht befreit, allenfalls Ansätze zu ihrer Rechtsgleichheit gebracht. Marx folgend lautete die Quintessenz Koflers: Das Klasseninteresse der Bourgeoisie bedurfte der politischen Emanzipation. Ihre Verwirklichung brachte allen anderen sozialen Klassen und Schichten den gleichen politisch-rechtlichen Status (»Alle haben das Recht, unter Brücken zu schlafen und betteln zu gehen« – Anatole France.) Alle ihre anderen sozialen Ungleichheiten blieben bestehen. Je nach Staat oder Stadt mußten Juden bestimmte finanzielle Leistungen erbringen, so z. B. die »Judensteuer«, um Bürgerrechte zu erwerben. Die revolutionäre Befreiung des Proletariats aber ist zugleich der Beginn nicht nur seiner sozialen Befreiung,<sup>1</sup> sondern mit der klassenlosen Gesellschaft die Verwirklichung des realen Humanismus. Die Entwicklung eines solchen Gedankenganges empfand ich auch als ein emotional-einprägsames Erlebnis.

In Koflers Seminaren zur Historiographie, die ich besuchte und in denen ich auch Seminararbeiten anfertigte, stand Kofler auf dem Standpunkt, daß die bürgerliche Geschichtsschreibung ein derart umfangreiches historisches Faktenmaterial angehäuft habe, so daß die marxistische Geschichtswissenschaft in erster Linie ihre Aufgabe darin sehen müsse, diese »Berge von Fakten« auf der Basis des historischen Materialismus neu zu interpretieren. Für archivalische Forschungen zur Geschichte hatte Kofler eigentlich keinen Sinn. In dieser Frage gingen wir nicht konform. Die politisch-tendenzielle Darstellung von Geschichte, ihrer Epochen und Teilbereiche beginnt bereits bei der Auswahl der historischen Quellen, dies um so mehr, je näher wir der neuesten Zeit kommen. Zur Entlarvung des apologetischen Charakters der bürgerlichen Historiographie gehört deshalb nicht nur die Neuinterpretation ihrer Faktengrundlage, sondern auch die Veröffentlichung der von ihr unterschlagenen Quellen und Akten über Art und Umfang der Ausbeutungs- und Unterdrückungsmethoden der feudalen und der kapitalistischen Machthaber und die penible Registrierung von Formen und Aktionen des Widerstands der Ausbeuteten und Unterdrückten. Aber ich konnte Koflers Einstellung in dieser Frage aus seinem wissenschaftlichen Werdegang verstehen.

1 Vgl. Leo Kofler: Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, Dietz Verlag Berlin 1992, Bd. 2, S. 249 ff., insbes. S. 272 und S. 326/327; vgl. auch Karl Marx, Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1952, S. 43, Manifest der Kommunistischen Partei, II. Abschnitt, letzter Absatz.

2 Die Hilfsassistentin war Gertraude Karguth, nach ihrer Heirat Teschner. Sie gehörte zu den gehässigsten Kritikern Koflers. Nach Abschluß ihres Studiums absolvierte sie in der Sowjetunion ein Zusatzstudium und erhielt danach an der Parteihochschule der SED eine Professur zur Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. Teschner war vom Stalinismus derart durchdrungen, daß sie zum 100. Geburtstag des »genialsten aller Staatsmänner« im *Neuen Deutschland* eine ganze Zeitungsseite zu seiner Würdigung erhielt – und dies mehr als 20 Jahre nach dem XX. Parteitag der KPdSU.

3 Um so erstaunter war ich, Koflers absurde Aussage zu lesen, daß er »... von Anfang an in den Vorlesungen bespitzelt« wurde; »der Hauptspitzel war zugleich mein persönlicher Assistent« (Leo Kofler: Die Kritik ist der Kopf der Leidenschaft. Aus dem Leben eines marxistischen Grenzgängers, Hamburg 1987, S. 54 f.). Die Gegner oder gar Feinde Koflers bedurften keines Spitzels. Sie lasen seine Bücher, und die ihnen hörigen Studenten saßen in Koflers Vorlesungen. Sie brauchten Koflers Aussagen nur zu ihren Zwecken zu interpretieren und zu verfälschen. Als ich 40 (!) Jahre nach Koflers Flucht aus Halle Gelegenheit fand, ihn anzurufen, erkannte er mich nicht gleich. Wenige Tage später, am 1. August 1990, schrieb er mir u. a.: »Jetzt weiß ich natürlich, wer Du bist und mir treu zur Seite gestanden hast.«

4 Koflers Quasi-Nachfolger, Leo Stern, bestand darauf,

Eine Arbeitsteilung zwischen Archivforschung und theoretischer Einordnung historischer Abläufe war ja auch durchaus sinnvoll. Und so respektierte ich Kofler als den Geschichtsphilosophen.

### *Hilfsassistent bei Leo Kofler*

Mit dem Datum vom 4. 7. 1949 teilte mir das *Ministerium für Volksbildung, Kultur und Wissenschaft* der Landesregierung von Sachsen-Anhalt überraschend mit: »Auf Antrag des Herrn Prof. Kofler werden Sie vom 1. 5. 1949 bis auf weiteres als wissenschaftliche Hilfskraft angenommen.« Im Universitätssprachgebrauch hieß das, ich war – wie andere auch – »Hilfsassistent« bei Kofler geworden. Ich weiß nicht, ob Kofler selbst aus eigenem Antrieb den Antrag dazu stellte oder ob ihm von der Parteileitung der Antrag zur Unterschrift vorgelegt wurde. Die »Hilfsassistentur« bei den wenigen marxistischen Professoren und Dozenten war – so weit ich das übersehen konnte – eine finanzielle Unterstützung für – nach Auffassung der Parteileitung – förderungswürdige Studenten, die natürlich Parteimitglied waren. Ehe ich hinzu kam, hatte Kofler schon einen Hilfsassistenten und eine Hilfsassistentin.<sup>2</sup> Der Hilfsassistent war schon ein älterer Mann, angeblich Student und freigestellt für hauptamtliche Parteiarbeit. Ich habe ihn nie in einer Lehrveranstaltung gesehen. Ich zweifle sogar an, daß Kofler ihn persönlich kannte. Die Hilfsassistentin war zwei Semester »älter« als ich. Sie besuchte Koflers Hauptvorlesungen wie andere Studenten auch. An den Seminaren nahm sie nicht teil. Ihre Hilfsassistentur trug also rein formalen Charakter. Das war mir unverständlich. Wenn ich nun schon Hilfsassistent war, wollte ich »meinem« Professor auch helfen, zumal er mir Lehrer im wahrsten Sinne des Wortes geworden war. Kofler nahm mich an. Mit Bezug auf mich sprach er von »meinem Assistenten«, was ich natürlich als Studierender nicht sein konnte, mich aber trotzdem ein wenig stolz machte.<sup>3</sup>

Ich hatte nun dafür zu sorgen, daß die räumlichen und technischen Bedingungen für Koflers Lehrveranstaltungen in Ordnung waren. Und manchmal brachte ich ihm auch ein Buch, das er in der Universitätsbibliothek bestellt hatte, in seine Wohnung. Einmal rastete die Höhenverstellung der Manuskriptaufgabe am Pult nicht ein. Bis zum Vorlesungsbeginn war das auch nicht zu reparieren. Als Kofler den Hörsaal betrat, machte ich ihn auf den Defekt aufmerksam. Das mußte er nun selbst probieren. Er zog die Plattform hoch, ließ los und mit einem Knall fiel sie wieder herunter. An die Hörer gewandt sagte er: »Meine Damen und Herren, so geht es einem marxistischen Wissenschaftler an der bürgerlichen Universität. Er versucht krampfhaft, das Niveau zu heben, aber es fällt immer wieder runter.« Eigentlich brauchte Kofler das Vorlesungspult überhaupt nicht. Er hatte auf einen Zettel drei oder vier Gliederungspunkte notiert und sprach völlig frei. Das sollte sich als Fehler erweisen, weil seine Gegner über die Inhalte der Lehrveranstaltungen Behauptungen aufstellten, die falsch, aber als solche nicht zu beweisen waren.<sup>4</sup>

Gelegenheit zu privatem Austausch mit Kofler hatte ich wenig. Abgesehen von dem einen oder anderen Plausch vor oder nach Lehrveranstaltungen waren meine Verlobte und ich von Kofler und seiner damaligen Lebensgefährtin einmal zum Nachmittagskaffee eingeladen. Die Gespräche bezogen sich im wesentlichen darauf, wie wir Fa-



schismus und Krieg erlebt und überlebt hatten. Uns interessierte auch, einiges über die politischen und Lebensverhältnisse in der Schweiz zu erfahren. Zweimal forderte mich Kofler zu Spaziergängen auf. Jedesmal liefen wir den Höhenweg über dem Rive-(Saale-) Ufer hin und zurück und – um mit den Worten Koflers zu sprechen – »lüfteten unser Gehirn« im Wind. Gegenstand unserer Gespräche war unser unterschiedlicher Weg zum Marxismus und zur Arbeiterbewegung und die Beweggründe, die uns in die sowjetische Besatzungszone geführt hatten. Koflers großes Interesse galt der Umsetzung der sozialistischen Theorie in einem hochindustrialisierten Land mit einer traditionsreichen Arbeiterbewegung. Beide waren wir der antisowjetischen und antikommunistischen Hetze, er in der Schweiz, ich in meiner rheinpfälzischen Heimat, entgegengetreten. Aber Kofler räumte ein, daß er doch insofern davon beeinflusst war, daß er bei seiner Reise in die sowjetische Besatzungszone einen halben Rucksack Haferflocken mitnahm.

Im Jahre 1949 entfaltete sich der »Kalte Krieg« auf allen politischen Ebenen. Eines seiner Ergebnisse 1949 war die Spaltung Deutschlands in zwei souveräne Staaten und ihre bald darauf folgende Integration in die Bündnissysteme ihrer jeweiligen Besatzungsmächte. Die Parteiführung der SED begann mit der Entwicklung der SED zur »Partei neuen Typus«. Um sie an der Universität durchzusetzen, berief die Universitätsparteileitung eine »Personalpolitische Abteilung« (PPA), der auch ich kurze Zeit angehörte. Ihre Aufgabe bestand im wesentlichen darin, die Masse der passiven und formalen Parteimitglieder zu aktivieren und zu disziplinieren. Sie griff dabei zu Methoden, die ich nicht billigen konnte und die bereits nach der dritten Beratung zu meinem Ausscheiden führten.<sup>5</sup> Aus dem bisherigen dem Parteileben zugrunde liegenden Prinzip des demokratischen Zentralismus verschwand mehr und mehr die demokratische Norm. Stalins widersinnige These, daß sich mit der weiteren Festigung des Sozialismus der Klassenkampf verschärfe, forderte zur höchsten Wachsamkeit im Hinblick auf mögliche »Abweichungen von der Parteilinie« auf. Der »Klassenkampf« erfaßte auch das Parteileben. Einer meiner Kollegen verglich in diesem Zusammenhang die Partei mit einem Igel, der seine Stacheln nach innen kehrte. Es entstand ein Milieu des Mißtrauens und der Intrigen, das auch die Begleichung persönlicher Rechnungen unter dem Vorwand politischer Wachsamkeit ermöglichte. Wir Zeitgenossen erlebten diesen Prozeß mit Beklommenheit, auf alle Fälle zunächst unvermutet, also überrascht und unsicher, weil unerklärlich. Wir kannten weder die Ursachen, noch Hintergründe und Zusammenhänge. Die Stalinisierung der Universitätsparteiorganisation betrachtete ich als Auswüchse jugendlicher Unreife und Profilierungssucht, als eine Besonderheit des von der Alltagspraxis abgehobenen geistigen Lebens an der Universität.<sup>6</sup>

Kofler war – wie auch ich – der unerschütterlichen Überzeugung, daß seine wissenschaftlichen Veröffentlichungen in Wort und Schrift der marxistischen Theorie entsprachen, und er mit seiner Tätigkeit dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft diene. Um so mehr war er erstaunt, daß selbst »partei-offiziellen Experten« fundamentale Begriffe und Thesen des Marxismus unbekannt waren. Damit konnte er sich auch nach der Diskussion in Kleinmachnow nicht abfinden.

daß auf Kosten der Universität zwei Landtagssteno-graphen seine Vorlesungen wortwörtlich mitschrieben. Das entsprach wohl seinen Erfahrungen mit sowjetischen Beckmessern.

5 Einer der profilierten Parteifunktionäre an der Universität, Walter Käbel, überschrieb einen Wandzeitungsartikel: »Die PPA – eine innerparteiliche Geheimorganisation?«

6 Die politische Situation, ihre Hintergründe und Zusammenhänge, in der sich Kofler und auch ich mich damals befunden haben, ist mir erst richtig klar geworden durch Artikel von Thomas Klein, Heft 3 der Mitteilungen der Leo-Kofler-Gesellschaft und Hans-Martin Gerlach im Heft 6, ebenda.

Und dann erschien in der »Einheit«, der theoretischen Zeitschrift des ZK der SED, im Heft 6 vom Juni 1949 die verleumderische »Rezension« zu Koflers Buch »Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft« von dem dazu beauftragten Rugard Otto Gropp. Es waren Semesterferien, und die große Mehrheit der Studenten – auch der Parteimitglieder unter ihnen –, soweit sie überhaupt die »Einheit« lasen, nahm erst zu Beginn des Wintersemesters 1949/50 – also im September – den Vorgang abwartend zur Kenntnis. Am Zulauf zu Koflers Lehrveranstaltungen änderte sich nichts. Das *auditorium maximum* war zu Koflers Hauptvorlesung nach wie vor überfüllt.

### *Der Fall Kofler*

In dieser Situation fanden im Oktober 1949 Parteiwahlen der SED statt. Die Leitung der Universitätsparteiorganisation schlug über ein beauftragtes Mitglied als Vorsitzende der Fakultätsparteiorganisation der philosophischen Fakultät Käthe Haferkorn<sup>7</sup> vor. Bisher war Käthe Haferkorn vor allem wegen ihrer Primitivität aufgefallen. Bei der Bekanntgabe ihrer Kandidatur entstand in der Versammlung große Unruhe. Und aus dieser Unruhe heraus schlug ein Mitglied mich als Kandidat für den Vorsitzenden der Fakultätsparteiorganisation vor. Unter Berufung auf die im Parteistatut verankerten Rechte eines Parteimitglieds nahm ich die Kandidatur an. Nun hatte ich die geschlossene Front der Mitglieder der PP. gegen mich. Nach dem üblichen Vortrag meiner politischen Biographie hatte ich die an mich gerichteten Fragen zu beantworten. Zweifellos war dabei die zentrale Frage, wie ich zu Koflers Buch (»Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft«) stehe. In meiner Erinnerung habe ich damals sinngemäß gesagt: Wie andere könnte ich es mir auch leicht machen und behaupten: »Ich teile vollkommen den Standpunkt des Genossen Gropp«. Als Studierender im 4. Semester sah ich mich nicht in der Lage, eine wissenschaftlich und politisch umfassende Beurteilung von Koflers Buch vorzunehmen. Aber ich habe die Rezension von Gropp, die Texte, auf die er sich beruft, verglichen mit den angeführten Texten aus Koflers Buch, und ich mußte erkennen, daß Gropp in Koflers Buch etwas hineininterpretierte, was im Widerspruch zu Koflers Texten steht. Über Koflers Buch sollte in fairer Weise diskutiert werden. Wenn ein Parteimitglied öffentlich kritisiert wird, soll es auch die Möglichkeit haben, öffentlich zu antworten. Das war damals mein Standpunkt. Die Mitgliederversammlung wählte mich zum Vorsitzenden der Parteiorganisation der philosophischen Fakultät.

In den folgenden Wochen und Monaten blieb der »Fall Kofler« vordergründiger Tagesordnungspunkt in den Leitungssitzungen auf der Universitäts- wie auf der Fakultätsebene. Doch in der Fakultätsleitung verschoben sich allmählich die Akzente: Aus dem »Fall Kofler« wurde ein »Fall Sauerzapf/Kofler«. Dem zu Beginn der Wahlperiode von Burchard Brentjes<sup>8</sup> und Käthe Haferkorn gestellten Antrag, daß die Leitung eine Stellungnahme zur Angelegenheit Kofler erarbeiten solle, konnte nicht entsprochen werden, weil die Mehrheit der Leitungsmitglieder Koflers Buch noch nicht gelesen hatte und dafür Zeit beanspruchte. Aber dann wurde eine ständig erweiterte Liste meiner parteischädigenden und schließlich parteifeindlichen Handlungen vorgelegt. Von der Spaltung der Parteiorganisation durch meine Kan-

7 Käthe Haferkorn war die Tochter der Lebensgefährtin von R. O. Gropp.

8 Brentjes war Hilfsassistent, später wissenschaftlicher Assistent von Professor Heinz Mode, dem damaligen Vorsitzenden der Universitätsparteiorganisation.

didatur bei den Parteiwahlen über eine Fraktionsbildung mit Kofler bis zum Westagenten reichten die Anschuldigungen. Von diesem »Nebenkriegsschauplatz« nahm Kofler zunächst kaum etwas wahr. Das lag erstens daran, daß die wenigen Professoren und Dozenten, die Parteimitglied der SED waren, eine eigene Grundorganisation bildeten. In den Fakultätsparteiorganisationen waren ausschließlich Studenten erfaßt. Für das Parteileben an der philosophischen Fakultät zeigte Kofler kein Interesse. Er widmete sich intensiv seiner wissenschaftlichen Arbeit. Dazu bedrückten ihn nun noch die politischen Auseinandersetzungen. Trotzdem kam er seinen Lehrverpflichtungen nach. Aber man merkte ihm zunehmend die Nervosität an. Er sagte mir, von der entsprechenden Fachabteilung im ZK der SED sei ihm eine Diskussion in größerem Rahmen zugesagt worden, aber diese würde von Woche zu Woche hinausgezögert.

Erst als Kofler annehmen konnte, daß ich als Vorsitzender der Fakultätsparteiorganisation Informationen zu seiner Parteiangelegenheit haben könnte, kamen wir ins Gespräch über die uns beide betreffenden politischen Anschuldigungen. Dies sah dann so aus: Die Leitungssitzungen im Dezember 1949, in denen über die Beschuldigungen gestritten wurde, welche die verbohrten Eiferer gegen mich erhoben, fanden am Abend statt und endeten zumeist erst weit nach Mitternacht. Deshalb schlief ich an den folgenden Tagen länger. Dann weckte mich meine Wirtin noch vor 8.00 Uhr mit den Worten: »Ihr Professor möchte Sie sprechen.« Er setzte sich auf meine Bettkante und fragte dann stets, was es Neues gäbe. Zu dem Zeitpunkt konnte ich ihm aber auch nur sagen, daß die Fachabteilung im ZK der SED seine Angelegenheit an sich gezogen hatte und entsprechende Aktivitäten an der Universität zu unterlassen seien. Aus diesen Fakten geht aber auch hervor, daß uns eine gemeinsame Notlage verband, die von denen erzwungen worden war, die sich zum »Parteigewissen« aufspielten und gegen uns mit Fälschungen und Verleumdungen Rufmord betrieben. Daß Kofler mit mir eine »partei feindliche Fraktion« gebildet habe, war absurd. Einen Gedankenaustausch zur Parteipolitik führten wir erst, als wir schon »mit dem Rücken zur Wand« standen.

Am 14./15. Januar 1950 fiel auf der FDJ-Hochschulkonferenz die Entscheidung zum »Fall Kofler«. Ich gehörte zur Delegation der Universität Halle. Das Referat von Fred Oelßner, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, beeindruckte mich vor allem in drei Punkten: Erstens, daß die politisch-ideologische Brunnenvergiftung keine spezifische Besonderheit von profilierungsbessenen Intellektuellen an Universitäten, sondern die politische Linie der Parteiführung war. Daß er zweitens Kofler eindeutig einen »Trotzkisten« nannte und damit jegliche Möglichkeit der innerparteilichen demokratischen Einflußnahme auf die Parteipolitik unterband; denn jede Kritik oder jeder Gegenvorschlag konnte dann als Trotzkismus interpretiert werden. Und schließlich beeindruckte mich, wie primitive Hetztiraden Massen aufputschen konnten. Trotzdem ging ich in der Pause nach Oelßners Referat zu ihm hin, sagte ihm, in welcher Funktion ich an der Konferenz teilnehme und fragte ihn, ob eine argumentative Diskussion mit Kofler für Wissenschaftler und Studenten nicht überzeugender sei als eine administrative Entscheidung. Und schließlich habe Kofler als Parteimitglied das Recht, auf öffentliche Kritik auch öffentlich zu ant-

worten. Oelßner sah mich zunächst erstaunt an, sagte dann »mit Trotz-kisten diskutieren wir nicht«, machte eine wegwerfende Handbewegung, drehte sich abrupt um und ließ mich stehen.

Am Vormittag des zweiten Konferenztages waren Beratungen in Arbeitsgruppen vorgesehen. Ich konnte mir eine aussuchen und wählte keine. Ich war deprimiert und hatte das Bedürfnis, allein zu sein. Ich dachte über tausend »Wenn« und »Aber« nach, aber ich fand keinen Ausweg. Ich dachte auch an eine Rückkehr nach Mainz. Aber ich wollte gegenüber meinen dortigen Genossen, die in der DDR die Verwirklichung der Ziele sahen, für die sie zum Teil seit Jahrzehnten kämpften und litten, nicht als ein »Verräter« erscheinen. Und ich wollte auch nicht in eine Gesellschaftsordnung zurückkehren, die ich von ihren Grundlagen her als inhuman kennengelernt hatte. Der Hauptgrund meines Verbleibens in der DDR war aber, daß ich mich bereits mit der Frau verbunden hatte, mit der ich mein weiteres Leben gestalten wollte und die von ihren familiären Bedingungen her die DDR nicht hätte verlassen können. Also hoffte ich, daß die Fehlentwicklungen innerhalb der Partei vorübergehender Natur und lediglich die Auswüchse von Unbelehrbaren wären.

Zur Abschlußsitzung der Konferenz mußte ich mich wieder einfinden, um dann mit der Delegation nach Halle zurückzufahren.

In der folgenden Woche saß Kofler wieder bei mir auf der Bettkante. Ich berichtete ihm über die Konferenz, besonders über die von Oelßner gegen ihn erhobene Beschuldigung des Trotz-kismus. Ich fügte hinzu, wie hart und unnachgiebig Oelßners Aufforderung an die Studenten war, ihn (Kofler) von der Universität zu entfernen. Ich mußte auch eingestehen, daß ich in Halle keine Möglichkeit mehr sah, der Sache noch eine Wendung zum Guten zu geben. Die Universitätsparteiorganisationen in Halle konnten nur noch Erfüllungsgehilfen sein bei der Ausführung der im ZK der SED getroffenen Entscheidung. Der Kominform-Beschluß über die »partei-feindliche Verschwörung« der Gebrüder Noel-Field, über den kurz vor dem Jahreswechsel informiert und zu dessen »Auswertung« alle Parteiorganisationen aufgefordert wurden, trug zur weiteren Vergiftung der politischen Atmosphäre bei. Ich meinte, Kofler sollte sich der Gefahr für sein Leben bewußt werden und fragte ihn, ob er vielleicht in der Schweiz oder in Österreich eine Wirkungsstätte finden könnte. Kofler verließ mich in tiefer Niedergeschlagenheit.

Am 18. Februar 1950 endete das Semester. Gewöhnlich waren die Semesterferien in Anbetracht der nahezu ausschließlichen studentischen Mitgliedschaft an der Universität auch »Parteiferien«. Deshalb mußte es schon ein besonderer Anlaß sein, daß die Universitätsparteileitung für die Vorsitzenden der Fakultätsorganisationen und einige aktive Parteimitglieder am Montag, den 20. Februar 1950, 7.00 Uhr, eine Beratung ansetzte. Der Vorsitzende der Universitätsparteiorganisation, Prof. Heinz Mode, teilte mit, daß im Einvernehmen mit den zuständigen Organen des ZK der SED dem »Parteischädling Kofler« »heute« mitgeteilt werden sollte, daß er aus der SED ausgeschlossen sei. Den Beschluß dazu habe die Parteileitung einstimmig gefaßt, nachdem Kofler nach mehreren Diskussionen nicht dazu zu bewegen gewesen wäre, seine Haltung zu korrigieren. Der Zeitpunkt sei mit den ZK-Organen abgestimmt.

Da Kofler noch immer einen großen Zulauf zu seinen Vorlesungen gehabt habe, sollte großes Aufsehen vermieden werden. Wenn die Studenten aus den Semesterferien zurückkämen, würden sie einen Kofler nicht vermissen. Soweit Prof. Mode. Die »Versammlung« war für 11.00 Uhr in der Aula angesetzt. Alfred Kosing<sup>9</sup> und Burchard Brentjes hatten den Auftrag, in »Diskussions«-Beiträgen Kofler zu verurteilen. Eine Worterteilung an Kofler war nicht vorgesehen. Sollte Kofler dennoch das Wort ergreifen, stünden auf dem Universitätsplatz zwei Volkspolizisten bereit, um ihn wegen »Hausfriedensbruchs« vom Universitätsgelände zu entfernen. Mir wurde aufgetragen, Kofler zum genannten Termin in die Aula einzuladen.

Es wurde ein schwerer Gang! Gegen 9 Uhr traf ich Kofler in seiner Wohnung, Mozartstraße 22. Ich legte ihm den Plan der Universitätsparteileitung dar. Kofler erstarrte. Langsam schollen seine Stirnadern an. Er sprang auf und ging mehrmals im Zimmer hin und her. Dann setzte er sich wieder und fragte mich: »Was soll ich tun? Was schlägst du vor?« Natürlich hatte ich mir unterwegs schon Gedanken gemacht, wie es weitergehen könnte.

Der wichtigste Unsicherheitsfaktor war, welche Verbindungen, eventuell Vereinbarungen die Universitätsparteileitung mit der Polizei hatte. Ich riet Kofler: auf gar keinen Fall zu der einberufenen Versammlung zu gehen und sich dort in unwürdiger Weise von der Universität vertreiben zu lassen. Und schließlich war ich der Meinung, Kofler solle seine Koffer packen und Halle verlassen. Da die Möglichkeit bestand, daß er bereits überwacht würde, sollte er nicht direkt zum Hauptbahnhof fahren, sondern unterwegs mehrfach die Fahrtrichtung ändern.<sup>10</sup> Kofler händigte mir sein Mitgliedsbuch der SED zur Weitergabe an die Parteileitung aus. Bei einem langen Händedruck sagte Kofler sehr eindringlich zu mir: »Du mußt dich jetzt von mir distanzieren!«<sup>11</sup>

In der Aula, 11 Uhr c.t.; nur im linken Block waren einige Reihen besetzt, ich schätzte, es waren zwischen 60 und 70 Personen anwesend. Prof. Mode eröffnete die Versammlung und gab als einzigen Tagesordnungspunkt den Parteiausschluß Koflers bekannt. Ich meldete mich zur Geschäftsordnung und teilte mit, daß ich auftragsgemäß am Vormittag Kofler zur Versammlung eingeladen hätte, er mir gegenüber aber seinen Austritt aus der SED erklärt habe und mir sein Mitgliedsbuch zur Weiterleitung übergab. Ich reichte Prof. Mode Koflers Mitgliedsbuch.<sup>12</sup> Ungeachtet der Unruhe, die im Saal entstanden war, erklärte ich, daß ich Kofler solange unterstützt hätte, wie er dies als Parteimitglied erwarten konnte. Mit seinem Parteiaustritt habe er aber alle Brücken abgebrochen. Damit könne es auch keine Gemeinsamkeiten mehr zwischen uns geben.

Es war kein »demonstrativer« Austritt Koflers aus der SED, wie Gerlach schreibt.<sup>13</sup> Viel wichtiger und der gegebenen Situation angepaßter war, daß der Stalin-Fraktion an der Universität Halle der öffentliche Triumph über Kofler versagt blieb, daß ihr die Schau gestohlen wurde. Sicher entfachte dies ihre Wut. Noch beim Verlassen der Aula zischte mir Brentjes zu: »Das war keine Selbstkritik, Genosse Sauerzapf. Du wirst nicht daran vorbeikommen.« Aber zunächst ging es auch für mich in die Semesterferien. Ich bedurfte dringend der Erholung.

9 Alfred Kosing war bereits als Student in Halle ein Protektionskind von Kurt Hager, bei dem er nach dem Examen Assistent und schließlich auch sein Nachfolger auf dem Berliner Lehrstuhl für Philosophie wurde.

10 Nach Koflers Aussage im Interview mit Thomas Grimm (Mitteilungen der Leo-Kofler-Gesellschaft, Heft 3, Oktober 1999, S.16) befolgte er auch im wesentlichen diesen Plan.

11 Ich war der festen Überzeugung, daß Kofler noch am gleichen Tage Halle verlassen hat. Inzwischen habe ich eingesehen, daß dies aus der Tatsache, daß *ich* ihn danach nicht mehr sah, nicht zu schlußfolgern ist.

12 Die Ironie der Geschichte wollte es, daß noch im gleichen Jahr Professor Mode wegen seiner Verbindungen zur »Field-Gruppe« aus der Partei ausgeschlossen wurde. Aber im Gegensatz zu Kofler durfte er seine Professur behalten und seine Lehrtätigkeit weiter ausüben.

13 Vgl. Hans-Martin Gerlach: Ein »ideologischer Schädling«? Leo Kofler in Halle, in: Mitteilungen der Leo-Kofler-Gesellschaft, Heft 6, August 2003, S. 54.



### *Der Fall Sauerzapf*

Für die Universitätsparteiorganisation war der *Fall Kofler* abgeschlossen. Blieb der *Fall Sauerzapf*. Letzterer hat insofern mit erstem zu tun, als ein kausaler Zusammenhang zwischen beiden besteht. Deshalb auch ist mein Parteiverfahren von 1950 ein Teil meiner Begegnung mit Leo Kofler. Das wird von den stenographischen Berichten und Protokollen und von fotokopierten Akten aus dem Landeshauptarchiv Magdeburg, über die ich verfüge, hinlänglich bewiesen. Mein Parteiverfahren hatte drei Punkte zum Gegenstand:

1. Im Auftrage Koflers Spaltung der Parteiorganisation durch die Annahme der Gegenkandidatur bei den Parteiwahlen im September 1949.
2. Fraktionsbildung mit dem Trotzkasten Kofler.
3. Unterstützung von Westagenten, selbst Westagent.

Mit dem Beginn des Sommersemesters 1950 wurde ein Parteiverfahren gegen mich eröffnet. Als erstes wurde ich meiner politischen Funktionen als Vorsitzender der Fakultätsparteiorganisation der philosophischen Fakultät und als Vorsitzender der VVN-Hochschulgruppe Halle enthoben. Dann sollten in zwei Mitgliederversammlungen die erhobenen pauschalen Beschuldigungen verifiziert werden. Meine Gegenargumentation war weitestgehend eingeschränkt. Meine Argumente gingen im Gebrüll aufgeputschter Studenten unter. Die im Herbst »Hosianna« riefen, schrien jetzt »kreuzigt ihn«. Sie wußten, wer über die Zahlung ihres Stipendiums entschied. In der Nacht vom 15. zum 16. Mai 1950 wurde ich aus der SED ausgeschlossen. In allen diesen Wochen fand ich auch bei größtem Andrang in der Mensa immer einen freien Tisch. Niemand wollte sich der »Gefahr« aussetzen, mit mir gesehen zu werden. Aber abends, wenn es dunkel war, klingelten meine »Genossen« an der Wohnungstür, um mich ihrer Hochachtung zu versichern und um Verständnis für ihr Abstimmungsverhalten zu bitten. Seien sie doch, um studieren zu können, auf ein Stipendium angewiesen.

In der Mittagsstunde des 16. Mai nahmen mich zwei Mitarbeiter des NKWD in der Mensa fest. Sie brachten mich zu einer »Befragung« auf ihre Dienststelle. Dort erfuhr ich, sie hätten die Information erhalten, daß ich an der Universität eine »feindliche Gruppe« gebildet hätte. Nun wollten sie wissen, wer außer mir noch zu dieser Gruppe gehörte. Es entwickelte sich ein Verhör mit wechselnden Methoden – der psychisch-»sanften« und der brutal-groben. 34 Stunden verbrachte ich in dem Verhörraum des NKWD – ohne Trinken, ohne Essen. Als besonders demütigend empfand ich, daß mir keine Gelegenheit gegeben wurde, meine Notdurft zu verrichten. Es war die tiefste Erniedrigung, die ich bis dahin erleben mußte.

Als ich am zweiten Tag meiner Festnahme wieder brutal geschlagen wurde, habe ich aus Wut, Verzweiflung und Angst den Schläger angebrüllt: so, wie er mich schlage, habe die SA meinen Vater zusammengeschlagen. Ich verlangte die Gegenüberstellung mit dem Informanten. Ob dies nun Wirkung zeigte oder ob sie ihren Informanten überprüfen wollten, vermag ich nicht zu sagen. Jedenfalls sah ich mich nach langer Wartezeit einem der Sekretäre der Universitätsparteileitung gegenübergestellt. Der versuchte sich mit »Mißverständnissen« herauszureden und ertete dafür böse Blicke des ermittelnden Offi-

ziers. Zu mir gewandt sagte dieser: »Wenn dunkel, sie können gehen.« Zunächst aber mußte ich noch ein Protokoll in russischer Sprache und die Verpflichtung unterschreiben, strengstes Stillschweigen gegenüber jedermann zu üben.

Am 26. Mai 1950 fand unsere standesamtliche Trauung in Halle statt. Es war der Freitag vor Pfingsten. Nach Pfingsten sollte Stipendium gezahlt werde. Aber unseres war auf Weisung der Universitätsparteileitung gesperrt, (auch das meiner Frau, obwohl sie nie der SED angehört und mit dem »Fall Kofler« absolut nichts zu tun hatte). Da standen wir nun zu Beginn unserer Ehe ohne Einkommen. Ein Freund in Gotha vermittelte mir eine Tätigkeit als Lohnrechner im dortigen Reichsbahnausbesserungswerk. Nach Beschwerde beim Studentendekan konnte meine Frau mit Stipendium im Wintersemester 1950/51 ihr Studium fortsetzen. Ich mußte mich noch bis Ende November 1950 gedulden. Mit Datum vom 25. 11. 1950 teilte mir die Kreisparteikontrollkommission Halle mit, daß der Parteiausschluß durch die Parteiorganisation der Universität »auf eine strenge Rüge ... abzuändern« sei. Dieses Ende des Parteiverfahrens konnte mich nicht ganz befriedigen, aber es war das Ende eines bedrückenden Jahres mit traumatischen Erlebnissen. Meine Unzufriedenheit bezog sich auf zwei Punkte: Bei dem Abschluß des Parteiverfahrens spielte sein sachlicher Anlaß überhaupt keine Rolle mehr. Es blieb völlig offen, ob Sauerzapf nun ein Parteifeind, ein Westagent, ein Fraktionsmacher, ein Trotzkiist war. Diese Unentschiedenheit führte dazu, daß noch Jahre danach in Beurteilungen und in allen folgenden Parteiverfahren die alten Beschuldigungen wiederkehrten – ich blieb »vorbestraft«. Da saßen sie nun, die betagten Genossen und berieten und schließlich meinten sie: »Der Genosse ist noch jung, gebt ihm eine Chance«. Um meine »Parteitreu« zu beweisen, erhielt ich die »Chance«, mich ein Jahr in einem Produktionsbetrieb zu bewähren.

Aus den ernüchternden Erfahrungen und weil ich die DDR nicht verlassen konnte, nahm ich mir fest vor, mich den gegebenen Verhältnissen anzupassen. Aber auch dies gelang mir nur zeitweise, wie der Flickenteppich meiner »Erwerbsbiographie« belegt.

Im Rückblick war meine Begegnung mit Leo Kofler eine für mich wertvolle Zeit intensiven Lernens und kreativer Anregungen. Kofler hat mir den Weg zu einem Studium gewiesen, das ich auch heute noch als eine Bereicherung ansehe. Koflers Persönlichkeit war Vorbild. Er war gradlinig, von der Richtigkeit seines Handelns überzeugt und konnte deshalb auch andere überzeugen – soweit sie vorurteilsfrei lernen wollten. Aber Kofler und sicher ich noch mehr waren in gewisser Weise politisch naiv. Wir glaubten, daß Marxisten, Kommunisten und diejenigen, die sich so nannten, *a priori* »gute Menschen« seien. Dieses Ideal wurde uns schmerzhaft genommen.

Leider konnte ich Leo Kofler nach dem 20. Februar 1950 nicht mehr wiedersehen. Lange Zeit nach seiner Übersiedlung in die BRD hörte ich davon, daß er mit seiner Frau in einem Kölner Dachzimmer von den Vortragshonoraren von DGB und Volkshochschulen lebte. So sehr ich diese Notlage des Ehepaares Kofler bedauerte, so gab sie mir doch die Gewißheit, daß Kofler auch in der kapitalistischen Umwelt seinen Prinzipien treu geblieben war, und die Genugtuung, daß ich mich für einen Menschen einsetzte, der diesen Einsatz rechtfertigte.

WOLFGANG SABATH

## Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,  
Journalist und Autor, Berlin.

»... ein einziges kleines Ei für einen so großen Kanzler ...« – bemerkte der Autor Ernst Kulcsar sarkastisch in seiner Medienkolonne des *Neuen Deutschland*. Zwar wurde nicht ganz klar, ob der Autor das bedauert oder einfach nur einen unbestreitbaren Sachverhalt erwähnt, und unklar war natürlich zum Zeitpunkt der Veröffentlichung auch, ob sich der diesbezügliche Eierverbrauch in der Folgezeit noch erhöhen würde. Und an die DDR-Marketing-Losung aus fleischknapper Zeit »Nimm ein Ei mehr!« dürfte sich ohnehin kaum noch ein Heutiger erinnern.

Doch wir können nun so viel hin und her vermuten: Die Wirkung dieses einen Eis, geschleudert in Wittenberge (anderenorts wurde dann bekanntlich noch eines geworfen) war beträchtlich und strafte alle jene Lügen, die diese Unkultur bedauerten und unter anderem auch behaupteten, derlei Aktionen führten zu nichts und schadenen nur. Auch die Zielperson donnerte zunächst, derlei wollten »wir in Deutschland nicht«; in diesem Moment mag er insgeheim auch den Satz »Geht doch nach drüben!« auf der Zunge gehabt haben: aber er hatte ja »drüben« seit anderthalb Jahrzehnten auf dem Hals, die Parole war längst verfallen. Doch seine Berater mögen ihm Mäßigung geraten haben, denn es waren keine vierundzwanzig Stunden vergangen, da bekundete der Bundeskanzler Verständnis für die Protestierer, nein, für die zwei Eierwerfer natürlich nicht, wir wollen mal nicht unbescheiden sein ... Kurzum: Das Wittenberger Ei hatte zwar den Kanzler, nicht aber seine Wirkung verfehlt. Ein schöner Nebeneffekt: das bedeckte Herumgeeiere der Wittenberger Kommunalpolitiker, die sich von dem Schröder-Auftritt Ruhm und Ehre und Investoren und Geld – woher auch immer – für ihre Stadt erhofft hatten.

Natürlich wissen wir nicht genau, wie sich die Ratschläge der Kammerherren des Bundeskanzlers angehört haben; aber eine Rolle dürfte dabei das allgemeine Bedürfnis von Politikern gespielt haben, beliebt zu sein. Sicher, dieses Bedürfnis ist unterschiedlich ausgeprägt, aber frei davon scheint keiner zu sein. (Vermutlich war es nicht einmal Herbert Wehner gewesen, und das wollte schon was heißen haben ...) Insbesondere in Wahlkampfzeiten sind Politiker fest in der Hand von Agenturen sowie parteieigenen Beratern und lassen sich von ihnen »Events« am laufenden Band verordnen. Und wer daraufhin Zeitungen durchsieht (wegen der diesjährigen Landtags- und Kommunalwahlen ist insbesondere die Regionalpresse von Bedeutung!) oder Dritten Fernsehprogramme einschaltet, kann – so er einigermaßen bei Verstand ist und keinen Berater benötigt – nur zu dem saloppen Schluß kommen: *Die sind sich aber auch für nisch zu schade!* Und zwar durch die Bank!

Unsereins fragt sich nur hilflos: Merken die nischt? Zum Beispiel »das südbrandenburgische Finsterwalde«: Dort feierten sie ihr Sängerfest (»Wir sind die Sänger ...«), und daß Ministerpräsident Platzeck dort auftauchte und das Kanzlerbüro hatte überreden können, ihm stündchenweise Gerhard Schröder auszuleihen, hatte – natürlich – absolut nichts mit den Landtagswahlen zu tun. Und alle taten so, als glaubten sie das. Und der Höhepunkt: Der Kanzler singt – der Sänger von Finsterwalde. Peinlich, peinlich. Merken die nischt? Nein, sie merken es nicht, weder bei Sängerfesten noch bei Bierstichen, nicht bei Weinproben und nicht Ersten Spatenstichen.

Auch die PDS ist auf dem besten Wege in die Unernsthaftigkeit, Entertainment statt Politik; allerdings muß sie noch üben, man sieht ihren Spitzenpolitikern gelegentlich noch an, daß sie ob der Angelegenheiten, die ihnen ihre Wahlkampfberater einreden, leicht befohlet sind. Während Platzeck kraft seines Amtes eine Art Heimvorteil hat, mußten die brandenburgischen PDS-Spitzenkandidaten wandern, »Auf den Spuren Fontanes« hieß das ganze. Nicht, daß ich etwas gegen Spuren oder etwas gegen Fontane hätte, und es gibt sicher auch sehr viel unangenehmere Dinge, als mit Lothar Bisky durch den Forst zu latschen – aber was das mit Politik zu tun haben soll ... Was zeigt uns das: Auch die PDS ist in der Hand von Beratern.

Eben kam die Meldung, Außenminister Fischer sei – trotz seines warmherzig geäußerten Wunsches, auf einer Montagsdemo in Leipzig Hartz IV erklären – ausgeladen worden. Die Initiatoren der Demo hatten offensichtlich erkannt, daß Fischer ein geschickter Redner und demzufolge es nicht ausgeschlossen ist, daß es ihm gelungen wäre, die dortigen Protestierer und Protestanten einzulullen und besonders von der hartleibigen Sozialabbauriege seiner Partei abzulenken. Bislang übrigens hat noch keiner der Fernsehpolitikwissenschaftler vermocht, uns zu erklären, wie es kommt, daß die Grünen ständig an Zustimmung gewinnen, obwohl deren sozialpolitische Absichten inzwischen fast schon eher denen der FDP ähneln als denen ihrer Partnerin SPD. Das verstehe alles, wer will. Vielleicht ist auf Fontanes Spuren zu wandern doch nicht so verkehrt. Zum Beispiel an Wahlsonntagen.

Sahra Wagenknecht (Hg):  
 Aló Presidente, Hugo Chávez  
 und Venezuelas Zukunft,  
 Edition Ost Berlin 2004, 223 S.  
 (12,90 €)

Das Buch ist eine Textsammlung, in der verschiedene Aspekte Venezuelas seit Beginn der Regierung von Hugo Chávez beschrieben werden. Die Leserin und der Leser lernen Caracas durch Sahra Wagenknecht kennen, die im Oktober 2003 Venezuela für eine Woche bereiste und ihre persönlichen Eindrücke des »bolivarischen Weges« schildert. Es folgen Interviews mit Venezuelas Präsidenten Hugo Chávez, mit der Abgeordneten Elsa Osorio sowie mit Vertretern der indianischen Gruppen aus dem Land. Andere Autoren berichten von ihren Begegnungen mit Menschen, die das bolivarische Gesellschaftsprojekt unterstützen. Im Buch ist auch die Rede nachzulesen, die Chávez 2003 in Porto Alegre am Rande des Weltsozialforums gehalten hat und in der er die historischen Momente benennt, die seit 1989 den bolivarischen Weg kennzeichnen haben: gescheiterte Militärrebellion mit Beteiligung von Hugo Chávez 1992, Wahlbeteiligung von Hugo Chávez und Wahlsieg 1998, Verfassungsreform 1999, gescheiterter Militärputsch gegen Chávez im April 2002, seitdem massiver Organisationsprozeß der Bevölkerung in den bolivarischen Zirkeln, gescheiterter Wirtschaftsputsch 2002/2003, Widerrufungsreferendum gegen Chávez 2003. Seit 2001 Umsetzung der Verfassung und Gesetzesreformen, u. a. der Agrarreform, Alphabetisierungskampagnen und Aufbau eines Basisgesundheitsversorgungsnetzes.

Das Buch liest sich wie ein Puzzle des bolivarischen Prozesses, das durch jeden Textbeitrag um neue Aspekte erweitert wird. Es sind in erster Linie beschreibende Texte. Sie sind für diejenigen zusammengestellt, die sich zum ersten Mal mit der jüngsten Geschichte Venezuelas beschäftigen.

Jeder von uns geht mit Fragen an die Lektüre eines Buches heran. In meinem Falle war es die Frage nach dem Besonderen an diesem nach Simon Bolivar benannten Prozeß. Von vielen wird er als revolutionär bezeichnet,

weil er mit den üblichen Privilegien der alten Wirtschafts- und Gesellschaftseliten bricht. Was unterscheidet ihn von anderen lateinamerikanischen Prozessen und was macht ihn so widerstandsfähig gegenüber allen bisherigen Varianten von Boykott- und Putschversuchen?

Mir wurde bei der Lektüre vor allem deutlich: Der bolivarische Prozeß ist ein innovativer und ganz eigener Prozeß, der sich nicht an existierenden oder theoretischen Modellen orientiert und der während des Prozesses selbst entwickelt wird. In Chávez' Worten ist »unsere Formel zwar nicht perfekt, aber ihr wohnt viel Kraft inne«. Diese Kraft resultiert aus seinem einschließenden Charakter. »Es entstand die Idee einer Gesellschaft der Integrierten« (Hugo Chávez). Damit ist ein Gegenentwurf zur aktuellen Situation in Lateinamerika geschaffen, die sich durch Gesellschaften von Ausgeschlossenen: den Indígenas, den Schwarzen, den Mittel- und Landlosen charakterisiert. 80 Prozent der Bevölkerung, die bislang wenig vom Reichtum Venezuelas profitierte, erkennt nun selbst, daß unter der Führung von Hugo Chávez etwas in Gang gesetzt wird, was sie betrifft. Es gibt keine Partei, die darum bemüht ist, das richtige Bewußtsein des Volkes zu vermitteln. Es gibt keine Mittelschicht, die in den Bauern, Arbeitern und mittellosen Slumbewohnern Übergangsweise einen wichtigen Alliierten findet, um ihre Interessen gegen eine mächtige Oligarchie durchzusetzen. Es findet eine direkte Integration all derer statt, die sich als Teil des Prozesses begreifen und ihn mitgestalten wollen. Die aktive Beteiligung der Bevölkerung ist der elementare Charakterzug, der sich wie ein roter Faden durch die bolivarische Geschichte zieht und in der neuen Verfassung festgeschrieben ist. So begann die Bevölkerung, sich als Akteur des eigenen Schicksals zu begreifen, ... die eigene Würde wiederzuentdecken und sie zu verteidigen (Marta Harnecker). Das ist in Zeiten des Irak-Krieges von transnationaler Bedeutung.

Möglich ist dieses Projekt durch die zentrale Bedeutung des Erdöls als Einnahmequelle für den venezolanischen Staat. Sahra Wagenknecht beschreibt dreißig Jahre venezolanische Erdölpolitik, die bis nach Gelsenkirchen reicht. Wenngleich die Regierung inzwischen die Kontrolle über den »Staat im Staat«



zurückgewonnen hat, bleibt ein Grundproblem: »Negiert Chávez die alten Erdölverträge, riskiert er internationale Klagen, Konfiskationen im Ausland und schlimmstenfalls ein direktes militärisches Eingreifen der USA. Negiert er sie nicht, leiten sie unverändert Milliarden ... aus dem venezolanischen Erdölreichtum an der öffentlichen Hand vorbei in die Tresore privater Ölfirmen, speziell der großen internationalen Ölkonzerne.«

Auf einen anderen wichtigen Aspekt weist Marta Harnecker in ihrem interessanten Beitrag hin, auf »eine andere Art von Armee«. Die venezolanische Armee unterscheidet sich grundlegend von der chilenischen oder argentinischen Armee. Ihre Kadetten wurden nicht in den USA, sondern in der venezolanischen Militärakademie ausgebildet, lasen Clausewitz und Mao Tse-tung, studierten Politikwissenschaften, beschäftigten sich mit der Geschichte Venezuelas. Junge Militärs wie Hugo Chávez wurden sensibel für die Armut der ländlichen Gegenden. Dadurch wird verständlich, weshalb das Projekt ausgerechnet von einem Militär initiiert werden kann und weshalb wichtige Teile der Streitkräfte in entscheidenden Momenten Hugo Chávez unterstützt haben.

Zum Schluß möchte ich noch auf den sehr lesenswerten Beitrag von Gregory Wilpert hinweisen, der auf die gesellschaftlichen Konsequenzen des »Erdölreichtums« eingeht. Damit erklärt er u. a., wie es in den 80er und 90er Jahren explosionsartig zu Massenarmut in Venezuela gekommen ist, sozusagen als Voraussetzung für den Bolivarianismus. Als einziger Autor weist er kritisch auf Schwachstellen der Regierung Chávez hin, so auf die weiterhin gültige Abhängigkeit vom Öl, die bislang nicht eingedämmte Korruption, die politische Polarisierung zwischen Regierunganhängern und Opposition. Die mangelnde Toleranz in den politischen Auseinandersetzungen bezeichnet er als negativste Veränderung seit Amtsantritt Chávez'. Sein Fazit: Ob Chávez eine Wende in Venezuela bedeutet und ob man sie gutheißen sollte, hängt entscheidend davon ab, ob die Reformprojekte mittelfristig einen substantiellen Wandel herbeiführen werden.

Offen bleibt auch die Frage nach der derzeitigen Situation und den Perspektiven der Mittelschicht im bolivarianischen Prozeß. Die an manchen Stellen durchscheinende Einteilung

der venezolanischen Gesellschaft in »Arm ist gut und Reich ist böse« trägt nicht für das Verständnis bei. Weitere kritisch-konstruktive Beiträge hätten dem Buch nicht geschadet. Auf alle Fälle macht das Buch Lust, sich weiter mit Venezuela zu beschäftigen.

CHRISTIANE SCHULTE

**Hannah Lund: »Die ganze Welt auf ihrem Sofa«.**

**Frauen in europäischen Salons.**

**Band 16 der Schriftenreihe**

**»Auf der Suche**

**nach der verlorenen Zukunft«,**

**hrsg. von Hanna Behrend,**

**trafo verlag Berlin 2004,**

**200 S. (17,80 €)**

»1793 wurde in Paris eine Frau hingerichtet, die der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte die noch fehlende der Frauen hinzufügen wollte. 1793 wurde in Berlin für die Reform des Allgemeinen Preußischen Landrechts formuliert, dass eine Frau ohne Einwilligung des Mannes keinen Beruf ausüben und kein Geschäft tätigen darf. 1793 wurden in London ›Vorlesungen über die Erziehung der Frau‹ zum Bestseller, in denen festgestellt wurde: Frauen, die ihr Leben dem Lernen widmen, verlieren ihren weiblichen Charakter.«

Mit diesen Sätzen beginnt die Berliner Historikerin Hannah Lund ihre Studie zu den Salons um 1800 als europäischem Phänomen. Ihren Ausführungen folgend fehlt den Frauen zu dieser Zeit mehr oder weniger alles, was die Voraussetzung für eine bürgerliche Person ausmachen sollte: das allgemeine Menschsein, eine berufliche oder geschäftliche Tätigkeit, Bildung. Das bürgerliche Ideal von »Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit«, das heute elementar zur Disposition steht, hat die »Schwesterlichkeit« nicht einfach nur vergessen, sondern aus herrschaftlichen Gründen suspendiert. Bürgerliche Kultur als männliche Kultur ist offensichtlich lange das Zentrum der Kultur schlechthin. Aber gerade in der Phase der Französischen Revolution und danach wissen sich Frauen, zunächst ausschließlich Frauen

aus den begüterten Schichten der Gesellschaft, zu wehren. Sie schaffen sich Freiräume: die Salons.

Lunds Minimaldefinition eines Salons, bewußt die Aporien des Begriffs und die mögliche empirische Vakanz der Begriffsbestimmung berücksichtigend, lautet wie folgt: »Unter Salon ist eine Geselligkeitsform zu verstehen, die in den Räumen und unter der Regie einer Frau stattfindet und deren Hauptzweck die gebildete und bildende Unterhaltung ist. Die Gäste sind beiderlei Geschlechts, kommen aus verschiedenen Ständen, Religionen, Schichten und Berufsgruppen. Zulassungskriterien wie Einkommen oder Titel gibt es nicht, Vorschriften und Statuten auch nicht. Von einem Salon ist dann die Rede, wenn die Gesprächspartnerinnen und -partner die Möglichkeit haben, gleichberechtigt miteinander umzugehen. Das bedingt auch einen gewissen Abstand vom Hof und der höfischen Macht.« Im Zuge der drängenden Aufklärung gegen die sich überlebende, aber keineswegs abtretungswillige Aristokratie, erscheinen die Salons in zweierlei Hinsicht als bahnbrechend, wenn nicht prorevolutionär. Frauen erarbeiten sich eigene Lebens- und Artikulationsräume, und unter ihrer Regie kann ein Aufweichungs- und Aushöhlungsprozeß der Standesunterschiede in der Epoche des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus stattfinden.

Erstmals, und das muß als historiographische Innovation betrachtet werden, sind die Salons in einem vergleichenden internationalen Zusammenhang mit wissenschaftlichen Methoden porträtiert worden. Das französische Modell besitzt mindestens zwei Neuerungen. Bereits im 17. Jahrhundert entstanden, läßt sich erstmals in der Erfindung der Salons mit dem »Hôtel Rambouillet« (ab 1610) die Tendenz zur Schaffung einer Gegenöffentlichkeit vom Hof feststellen, die später Vorbildcharakter tragen wird. Zweitens wird der Salon der wohl schillerndsten Persönlichkeit der Salonkultur in Frankreich während der Revolution zum Mittelpunkt der Subversivität: Anne Louise Germaine de Staëls (1766-1817) »Veräumlichung« der Aufklärung. Trotz der vielen Anfeindungen gegen ihre Person, trotz Verbannung und Entehrung, ist für das neue Selbstbewußtsein der Frau bezeichnend, daß sie ihre eigene Autorenschaft gesellschaftskri-

tischer Romane und Essays nicht verhehlt. Voraussetzung für eine erfolgreiche Saloniére ist allerdings das Nicht- oder Nichtmehr-Vorhandensein von familiären Verpflichtungen und eine großzügige finanzielle Unterstützung durch die Familie und Freunde.

Für Großbritannien und Preußen gilt hingegen die familiäre Ungebundenheit eher als Ausnahme. Manche der Saloniéren haben mit einer heftigen Doppel- und Dreifachbelastung zu kämpfen, was neben der Salonführung die Erziehung von Kindern (und zwar von vielen) und eine staatsbürgerliche Inpflichtnahme der »Verbesserung und Auffrischung« ihrer Männer beinhaltet. Im Gegensatz zu Frankreich ist der englische »Bluestocking Circle« (etwa 1750-1800) ein Sonderfall der Salons, da er als netzwerkartige Freundschaftsverbinding unter Frauen (bei männlicher Beteiligung) den intellektuellen Austausch und die Vernunftschulung zwischen Frauen betreibt. Wie ambivalent der emanzipatorische Ansatz der britischen Salons bewertet werden muß, geht z. B. daraus hervor, daß die Elementarschrift des frühen Feminismus »Eine Verteidigung der Rechte der Frauen« (1792) von Mary Wollstonecraft, durch die Protagonistinnen des »Bluestocking Circle« rundweg abgelehnt wird, weil sie darin eine Gefahr für die Schicklichkeiten gesellschaftlicher Konventionen wittern, in deren Rahmen sie sich weiter bewegen zu müssen glauben. Immerhin können fast alle englischen Saloniéren anonym Schriften publizieren.

Die hierzulande wohl bekanntesten Salons sind die Berliner Salons, die zwischen 1780 und 1806 ihre Blütezeit erfahren. Lund parallelisiert sie mit einem Seitenblick auf Weimar und Wien, wo ebenfalls Salons entstehen. Prekär und verhängnisvoll für den Verlauf der deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert hat sich ausgewirkt, daß das aufklärerische Potential der Salons von Henriette Herz (1764-1847) und Rahel Levin Varnhagen (1771-1833) mit ihren essentiellen Fragen danach, was eigentlich unter dem Wort Mensch zu verstehen ist und ob nicht das Fragen als solches erst das vernünftige Werden anzeigt, durch eine aristokratisch-männlich-nationalistische Gegenbewegung kaum zur Entfaltung kommt. Diese Fragen betreffen auch die Grundkonstitutionen des Seins der Frauen und die Zuschreibung als Jüdinnen.

Vor dem Hintergrund des Projekts der Aufklärung ist einer der liberalsten Männer seiner Zeit, Theodor Gottlieb von Hippel, 1792 zu der Frage vorgedrungen, warum »Weiber« eigentlich keine Personen sein sollen. Reichlich Antwort geben die Geistesgrößen der Zeit, die alle verückt in den Salons verkehrt haben und sich oft als Freunde und Gönner der Saloniéren ausgeben: Wilhelm von Humboldt, Gentz, Achim von Arnim und Clemens von Brentano. Der Geschlechterunterschied ist naturgegeben, schreiben sie, und vom Charakter der »Natur« ergibt sich die untergeordnete gesellschaftliche Stellung der Frau. Juden sind dem deutschen Volke »äußerlich«. Sie behaupten das, obwohl sie beredete Zeugen der angenehmen Geistesatmosphäre durch die Saloniéren geworden sind. Von Arnim und Brentano gründen 1811 die bislang kaum erforschte sogenannte »Christlich-teutsche Tischgesellschaft«, von deren Aufnahme »Franzosen, Philister, Juden und Frauen« ausgeschlossen sind. Die nationalistische Drehung des deutschen Bürgertums während der Befreiungskriege gegen Napoleon zerstört schließlich das umfassende Aufklärungswerk der Salons, dessen soziale Akzeptanz vielleicht einige der Verheerungen des folgenreichen Bündnisses aus Adel und Bürgertum hätte verhindern können.

Als Langzeitergebnisse bleiben laut Lund von den Salons eine individuelle, »indirekte« Emanzipation des selbständigen Mündig-Werdens der Frauen sowie ihre Vorbildwirkung für die spätere Artikulation sozialer Forderungen durch Frauen. Oder, in den Worten der Autorin gefaßt: »Die Hinterlassenschaft der Saloniéren ist das Experiment selbst.«

Die Arbeit von Hannah Lund, die auf ein historisch interessiertes Publikum und weniger auf den Fachdiskurs zielt, ist akribisch recherchiert, äußerst genau im Quellenumgang, wohlthuend vorsichtig und differenziert im Urteil sowie ausnehmend gut geschrieben und zu lesen, was im Zeitalter des Verlusts ordnungsgemäßer germanistischer Ausbildung mittlerweile als einer der Hauptvorteile der Lektüre klassifiziert werden muß.

DETLEF KANNAPIN

**Manfred Moldaschl  
und Friedrich Thießen (Hrsg.):  
Neue Ökonomie der Arbeit,  
Metropolis-Verlag Marburg 2003,  
453 S. (36,80 €)**

Das Buch entstand aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der TU Chemnitz. Es zeugt von der Breite des Forschungsspektrums, aber auch von der Qualität der geleisteten Forschungsarbeit und der Profilierung der Mitwirkenden. Am Anfang steht ein einführender Überblick der Herausgeber, worin sie sich mit den Begriffen *Arbeitsgesellschaft*, *Wissensgesellschaft*, *Dienstleistungsgesellschaft*, *Netzwerkgesellschaft* usw. auseinandersetzen. Im Unterschied zu anderen Autoren sehen sie kein »Ende der Arbeit« (Rifkin), sondern lediglich veränderte Rahmenbedingungen und Bewertungsmaßstäbe. Insgesamt machen sie elf Tendenzen einer »Neukonturierung von Arbeit« aus, woraus sich weitreichende Konsequenzen für Ökonomie und Gesellschaft ergeben, welche dann in den nachfolgenden Einzelbeiträgen Gegenstand einer eingehenden Behandlung sind.

Uwe Götze beschäftigt sich im ersten Beitrag mit der Frage, welchen Stellenwert die Arbeit in der industriellen Standorttheorie hat. Seine Ausführungen beziehen sich auf Standorte und Standortstrukturen einzelner Unternehmen. Sie sind jedoch auch auf Netzwerke kooperierender Unternehmen übertragbar. Insgesamt sind seine Ideen ein Beitrag zur Spezifizierung der betriebswirtschaftlichen Standorttheorie in Hinblick auf den Faktor Arbeit. Inwieweit sich daraus wirtschaftspolitische Handlungsmaximen ableiten lassen, bleibt offen. Der Autor selbst hält dies jedoch für wünschenswert (S. 47).

Die sich daran anschließenden, ebenfalls betriebswirtschaftlich orientierten Beiträge, untersuchen, worauf die oftmals überraschende Wettbewerbsstärke kleiner Unternehmen beruht und welche Rolle sog. »Soft-Factors« für die optimale Ausgestaltung von Netzwerkstrukturen spielen. Ein Aufsatz beschäftigt sich mit den Konsequenzen von Intrapreneuring, neuer Selbständigkeit und Ich-AGs in

der »neuen Ökonomie«. Er gelangt dabei zu dem Schluß, daß zur theoretischen Bewältigung der neuen Prozesse neben einer erweiterten Managementlehre eine Wirtschaftslehre notwendig sei, die sich an den (bisher wenig erforschten) spezifischen Interessen der selbständig Arbeitenden orientiert. Der Autor formuliert einige Ansätze für eine solche Theorie (S. 115 ff.), vor allem aber beschreibt er, welche Erwartungen an eine derartige betriebswirtschaftliche Theorie zu stellen sind. Der folgende Aufsatz knüpft an das Phänomen der Wissensgesellschaft an und fragt, welchen Stellenwert künftig das Management immaterieller Ressourcen hat und wie wichtig es für den unternehmerischen Wertschöpfungsprozeß sein wird (S. 123 ff.). Daran an schließt sich ein sehr lesenswerter Text von Thomas Steger: »Personalabbau in Ostdeutschland – (k)ein Problem für die Führungskräfte?« Der Autor zeigt hier, wie sich durch den Personalabbau in Ostdeutschland »immer deutlicher eine Polarisierung zwischen Menschen mit und jenen ohne Arbeit« vollzieht und – noch viel interessanter – wie sich dadurch das Klima in den Betrieben grundlegend verändert, indem es jetzt durch »beschädigte Vertrauensbeziehungen« und eine »Atmosphäre von Misstrauen, Demotivierung und Hilflosigkeit« geprägt ist (S. 150). Studien, die dazu durchgeführt wurden, unterscheiden hier zwischen »Opfern«, »Überlebenden« und »Tätern«, wobei die Aufmerksamkeit bisher vor allem den »Opfern« galt. Aber auch die »Täter« (Personalchefs, Geschäftsführer usw.) haben Probleme damit. Untersuchungen berichten von »zunehmender Sinnleere, Angst, Rollenüberlastung, sozialer Isolation sowie gesundheitlichen und familiären Problemen« (S. 151). Bei der Diskussion dieser bisher wenig beachteten Aspekte fördert der Verfasser interessante Verarbeitungsmuster zutage sowie »Hinweise für die Praxis«, für die Taktik des Personalabbaus und die diesen begleitende Informationspolitik (S. 170 f.).

Der Aufsatz von Oleg Cernavin und Friedrich Thießen diskutiert die neuen Anforderungen an die Arbeitsgestaltung im Zeitalter neuer Technologien, in dem die Wissensverarbeitung mehr und mehr zum dominierenden Wertschöpfungsfaktor wird. Die Autoren zeigen, daß unter diesen Bedingungen nicht nur

humane und soziale Ressourcen für die Wertschöpfung immer wichtiger werden; es entstehen gleichzeitig auch neue Formen der Belastung und Beanspruchung, der Ausgrenzung, der Verteilung und des Zugangs zur Arbeit (S. 175 ff.). Fritz Helmedag diskutiert in seinem Beitrag neue »Leitlinien der Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland« (S. 309 ff.). Insbesondere zeigt er, an welchen Stellschrauben die Wirtschaftspolitik drehen sollte, um die wirtschaftliche Aktivität in den neuen Bundesländern zu beleben. Im Mittelpunkt seines regionalen Beschäftigungsmodells steht die Verbesserung der Beschäftigungssituation durch die Förderung von Unternehmenspools und Netzwerkstrukturen. Außerdem schlägt der Autor vor, die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur weniger auf die Bedienung der Binnennachfrage auszurichten, sondern stärker »auf jene Aktivitäten zu konzentrieren, die »exterritoriale« Kaufkraft attrahieren«. Daran schließen sich mehrere Beiträge zur Beschäftigungssituation und zur Arbeitsmarktpolitik an: Klaus-Dieter John untersucht, welche Auswirkungen der demographische Wandel auf die Höhe der Arbeitslosigkeit in Sachsen haben wird (S. 327 ff.) und Klaus Müller setzt sich mit dem Erklärungswert der neoklassischen Lohn- und Beschäftigungstheorie unter Bezugnahme auf die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland auseinander (S. 367 ff.). Sein Fazit: »Die Neoklassik bietet empirisch nicht belegbare, theoretisch brüchige, logisch widersprüchliche und auf heroischen makroökonomischen Vereinfachungen beruhende Arbeitsmarktm Modelle, die ungeeignet sind, die Arbeitslosigkeit zu erklären und deshalb auch für beschäftigungspolitische Maßnahmen nicht taugen.« (S. 384) Er zeigt, daß Lohnzurückhaltung und Sozialabbau bisher in der Tat nicht geeignet waren, den Beschäftigungsgrad zu erhöhen. Als Alternative werden »beinahe utopische« Arbeitszeitverkürzungsvorstellungen entwickelt. Konkrete Möglichkeiten für eine Lösung des ostdeutschen Beschäftigungsproblems behandelt auch der folgende Beitrag, indem er Optionen aufzeigt, die sich aus einer Umgestaltung des Energiesektors sowohl für die Umweltqualität als auch für das Beschäftigungsniveau ergeben. Sehr instruktiv ist auch der Beitrag »Finanzierungsalternativen der Arbeitslosenunterstützung bei dauerhafter Un-

terbeschäftigung« von Pia Weiß, welcher verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten diskutiert und deren Auswirkungen untersucht. Da alle hier vorgestellten Varianten tatsächlich in der Politik eine Rolle spielen, kann es nützlich sein, sich diese genauer anzusehen, bevor man in die laufende Debatte eingreift.

Insgesamt verkörpert der Band eine beachtliche Bilanz zehnjähriger Forschungsarbeit. Es wird aber auch sichtbar, welche produktiven Potenzen einer interdisziplinären Arbeit innewohnen, zumal wenn diese zudem auch noch Züge einer Ost-West-Kooperation aufweist.

ULRICH BUSCH

**Theodor Bergmann:  
Gegen den Strom,  
VSA-Verlag Hamburg 2001,  
622 S. (29,70 €)**

Die Geschichte der Kommunistischen Partei-Opposition wurde in der Forschung lange Zeit stiefmütterlich behandelt. Im Osten gab es keine wissenschaftlich objektive Arbeiten über diese Partei, im Westen immerhin eine Dissertation von Karl-Hermann Tjaden. Noch bevor die letzten Protagonisten der kleinen Partei (6 500 Mitglieder) verstarben, veröffentlichte Theodor Bergmann, Zeitzeuge und Chronist gleichermaßen, 1987 eine Geschichte der KPDO (Rezensiert in UTOPIE kreativ, Nr. 5, Januar 1991). Dieses wichtige Buch liegt nun, in wesentlich erweiterter Form, erneut vor.

Es erzählt die Geschichte politisch Ausgegrenzter. An der Jahreswende 1928/29 formierten sich die kurz zuvor aus der KPD ausgeschlossenen oder ausgetretenen kritischen Kommunisten zur eigenständigen Organisation, die sich aber zunächst noch als oppositioneller Teil *innerhalb* der KPD verstand. Diese erblickte jedoch in ihren einstigen Genossen Agenten des Klassenfeindes. Die Gründe für den Bruch waren zum einen der Widerstand der KPDO gegen die sklavische Unterordnung der Thälmann-Führung unter die Weisungen Moskaus, zum anderen der »Sozialfaschismus«-Kurs der KPD, die in der SPD einen Flügel des Faschismus sah, zum

dritten die Erkenntnis der KPDO, daß die Weimarer Republik mit ihrer Verfassung den besten Kampfboden für die angestrebte sozialistische Revolution darstellte und daher gegen ihre Feinde von rechts verteidigt werden mußte.

Um Heinrich Brandler, den Vorsitzenden der kleinen Partei, und August Thalheimer, den bedeutendsten marxistischen Theoretiker Deutschlands jener Zeit, formierten sich Aktivisten, deren Namen auch heute einen guten Klang unter den Linken haben: die Gewerkschaftsführer Willy Bleicher und Jacob Walcher, der Luxemburg-Biograph Paul Frölich und eine Reihe später in der Bundesrepublik bekannt gewordener Universitätsgelehrter, die zu jener Zeit noch Studenten oder Schüler waren. Hierzu gehören Wolfgang Abendroth, Richard Löwenthal, Hans Mayer, auch Theodor Bergmann, der damals in der Jugendorganisation der Partei aktiv war. Die Zeitung der KPDO, »Gegen den Strom«, bezeugt das hohe theoretische Niveau innerhalb der Partei. Es zeigt sich in glänzenden Analysen des Faschismus und des Antisemitismus, deren Gefährlichkeit schon vor Hitlers aufhaltsamem Aufstieg klar erkannt wurde, in marxistischen Analysen der Weltpolitik, insbesondere der Wendungen kommunistischer Politik und in kritischen Kommentaren zur inneren Situation der Sowjetunion, die noch heute wichtige Quellen zu deren Verständnis darstellen.

Das Anliegen der KPDO, die KPD wieder zu einer realitätsnahen Politik zu bewegen, war aber ohne Aussicht auf Erfolg. Ohne materielle Mittel und ohne einen leistungsfähigen Apparat, blieb die KPDO isoliert. Auch von der SPD wurde sie abgelehnt, kritisierte sie doch scharf deren Verständnis als »Arzt am Krankenbett des Kapitalismus«. Innere Konflikte schwächten die kleine Partei noch weiter: Nachdem im Oktober 1931 SPD-Dissidenten die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) gegründet hatten, schloß sich ein Teil der KPDO-Mitgliedschaft um Paul Frölich und Jacob Walcher dieser Gruppierung an. Die SAPD versuchte, eine dritte Kraft der deutschen Arbeiterbewegung zwischen KPD und SPD zu bilden, um den tödlichen »Bruderkampf« zwischen den beiden großen Organisationen zu beenden oder zumindest abzuschwächen. Auch dies gelang nicht.



Dank ihrer realistischen Analysen war die KPDO auf den Machtantritt des Faschismus und die unvermeidliche Illegalität weit besser vorbereitet als KPD und SPD. Die genaue Schilderung des antifaschistischen Widerstandskampfes durch KPDO-Mitglieder gehört zu den besten Teilen des Buches. Ebenso überzeugend lesen sich die Kapitel über das Wirken der KPDO innerhalb der Internationalen Organisation der Kommunistischen Opposition (IVKO) und besonders der Einsatz von KPDO-Mitgliedern im Spanienkrieg. Doch verschenkte der Autor Terrain in den politischen Eingangs- wie Schlußpassagen. Zum Teil wurden hier Analyse und Diktion der Erstausgabe beibehalten, zum Teil Ergänzungen vorgenommen, die aber der inneren Geschlossenheit des Textes nicht guttun. Entweder hätte der ganze Text überarbeitet oder, unter Hinzufügung einer ausführlichen neuen Einleitung, unverändert beibehalten werden müssen.

Diese Kritik tut dem Stellenwert des Buches aber keinen Abbruch. Der 88jährige Theodor Bergmann hat sich einmal mehr als einer der produktivsten und ideenreichsten Wissenschaftler der Bundesrepublik erwiesen, dessen unbändige Arbeitskraft beispielhaft ist. Nicht zuletzt sind die 400 Biographien, die der Verfasser zusammen mit seinem Freund, dem verstorbenen Erwin Graeff, erarbeitet hatte, eine echte Fundgrube für die Geschichtsschreibung. Die Erstausgabe von 1987 hatte auf Biographien von in der DDR lebenden einstigen KPDO-Mitgliedern weitgehend verzichten müssen, um diese keinen Schikanen durch den SED-Apparat auszusetzen. Dieser Grund ist natürlich inzwischen entfallen.

Nicht entfallen ist die Notwendigkeit, aus der Geschichte der KPDO die Lehre zu ziehen, daß nicht die numerische Größe eine Sekte kennzeichnet, sondern die Abgeschlossenheit von der politischen Wirklichkeit. Ob die Sektierer in der KPD oder der KPDO saßen, bleibt dem Urteil der Lesenden überlassen. Es dürfte aber eindeutig zugunsten der Opposition ausfallen. Sie wurde vom Propagandaapparat der KPD als »KPD-Null« verspottet, doch fiel diese Diffamierung auf ihre Urheber selbst zurück.

MARIO KESSLER

**Michael Mann:**  
**Die ohnmächtige Supermacht.**  
**Warum die USA**  
**die Welt nicht regieren können,**  
**Campus Verlag Frankfurt/**  
**New York 2003, 357 S. (24,90 €)**

Der Sozialwissenschaftler Michael Mann prophezeit den USA ein totales Scheitern ihrer Politik eines »neuen Imperialismus«. Die Neokonservativen könnten sich lediglich auf ein ungeheures militärisches Potential stützen, ohne jedoch im politischen, ökonomischen und ideologischen Bereich über ausreichende Voraussetzungen für die Bildung eines Imperiums zu verfügen. In vier Kapiteln über den »militärischen Riesen«, den »ökonomischen Trittbrettfahrer«, den »politisch Schizophrenen« und das »ideologische Phantom« behandelt er diese Zusammenhänge, um dann detailliert das Vorgehen der USA gegen die »Schurkenstaaten« zu untersuchen. Die amerikanischen Vorstellungen von »gods own country«, vom »ausgewählten Volk«, die Rhetorik von Frieden und Demokratie, der tief verwurzelte Patriotismus, der alle Entwicklungen in der Welt unter dem Gesichtspunkt des »nationalen Interesses« der USA beurteilt, schließlich die Erfahrungen des Sieges über Deutschland und Japan im 2. Weltkrieg und des Sieges im Kalten Krieg mündeten ein in eine Gewaltideologie, die ihre Legitimation aus dem »Krieg gegen den Terror« zu ziehen sucht.

Obwohl M. Mann zahlreiche Fakten anführt und Entwicklungsprozesse behandelt, die man bei vielen Kritikern der US-Politik findet, ist sein Buch doch komplexer und in vielen Dingen differenzierter angelegt als andere Veröffentlichungen. M Mann sieht die Ursache für das Scheitern des neuen Imperialismus nicht darin, dass andere Mächte im Aufstieg begriffen wären oder sich imperiale Macht überlebt hätte, sondern in einer extrem ungleichen Verteilung der Machtressourcen der USA. So seien Reichtum und Macht der USA auf einem ständigen Kapitalzufluss von außen gegründet. Falls dieser Strom einmal versiege, werde es sowohl zu einem Rückgang des amerikanischen Wohlstands als auch zur Unbezahlbarkeit des riesigen Militärapparats kommen. Kein US-Präsident werde die Amerikaner dazu bringen können, diese Kosten alleine zu

tragen. M. Mann wendet sich auch entschieden gegen die Theorie vom Krieg der Kulturen. Er bezeichnet sie als ethnozentrische Blindheit, die lediglich dazu führe, die Diskussion über jene Dinge zu vermeiden, die wirklich von Bedeutung seien. So wie die USA ihren Feldzug gegen den Terror in Afghanistan, im Irak und gegen diverse »Schurkenstaaten« führten, würde er den Terrorismus nicht nur fördern, sondern ihn zum Krieg gegen die Besatzer wandeln, d. h.: »Die amerikanischen Besatzer anzugreifen wäre genau genommen kein Terrorismus, da die Ziele militärisch sind.« (S. 309)

M. Manns Buch ist flüssig geschrieben und gut lesbar. Mit seiner klaren Sprache gelingt es M. Mann, Sachverhalte, die in deutschen Medien zumeist verkläuselt und undeutlich beschrieben werden, unzweideutig zu charakterisieren. Einige Beispiele: »Die Macht, verheerende Angriffskriege zu führen, mag Amerikaner in dem Glauben wiegen, dass man mit ihr aus der Welt einen besseren Ort machen kann. Aber kann so etwas aus dem Gewehrlauf kommen?« (S. 68) »Die USA verfolgen keine Freihandelspolitik, sie privilegieren amerikanische Interessen.« (S. 85) »Neoliberalismus ist nicht einfach eine Wirtschaftstheorie. Es ist Klassenkampf.« (S. 93) »Der moderne Krieg ist Staatsterrorismus. Der Nutzen solcher Bomben, die keine Unterschiede machen, besteht gerade darin, den Feind als Ganzen, einschließlich der ihn unterstützenden Bevölkerung, so zu terrorisieren, dass er aufgibt. Darum geht es im Krieg. Es ist nicht das Gleiche wie Gerechtigkeit.« (S. 171) »...die Vorstellung, dass ‚wir‘ fair kämpfen, wenn wir Bomben vom Himmel regnen lassen und ‚die anderen‘ einen schmutzigen Krieg führen und sich hinter Zivilisten verstecken, ist lächerlich.« (S. 172/173)

M. Mann arbeitet die Unterschiede, die Gemeinsamkeiten und die Übergänge von nationalem und internationalem Terrorismus überzeugend heraus. Die Irrationalität des von Bush geführten Antiterrorkriegs liege in einer falschen Einschätzung der Ursachen des Terrorismus. In den einschlägigen Berichten der US-Administration ließen sich keinerlei wirklich schlüssige Erklärungen für den Terrorismus finden. Selbst die Zielsetzung der Terroristen wurde im Bericht der National Commission on Terrorism im Jahr 2000 völlig falsch beschrieben. Dort hieß es, die Terroristen hätten »gewöhnlich keine konkreten politischen Ziele, außer ihre Feinde zu bedrohen

und möglichst viele von ihnen zu töten«. Terroristen – so M. Mann – seien »ebenso zielorientiert wie jede andere politische Bewegung«. (S. 205)

Die Tatsache, dass M. Mann mit seiner Publikation eine beeindruckende Problemsicht bietet, bedeutet nicht, dass der Leser von allem, was ihm geboten wird, völlig befriedigt sein kann. Auffallend ist eine gewisse Naivität des Autors, wenn er Lösungsversuche anspricht, mit denen die USA ihre verfehlte Politik ändern könnten. Wie Michael Moore in »Fahrenheit 9/11« setzt auch M. Mann seine Hoffnungen auf einen Präsidentenwechsel in Washington. Das erscheint blauäugig. Andererseits sollte man – wie ein Blick in die Geschichte zeigt – die Fähigkeit der USA zur Selbstkorrektur, sogar ohne einen Präsidentenwechsel, nicht unterschätzen.

M. Mann befasst sich auch mit der Unterscheidung von »altem« und »neuem« Europa. Er schreibt, das »neue« Europa werde den USA schon bald nicht mehr als Gegengewicht zum »alten« Europa zur Verfügung stehen, denn schon jetzt seien die Ökonomien der Länder des »neuen« Europa weit stärker von Westeuropa als von den USA abhängig. Mit wachsender Prosperität dürfte das »neue Europa Teil des alten Europa werden«. (S. 325/326)

Alle Aspekte der Selbstüberschätzung der USA werden von M. Mann nahezu lückenlos aufgezeigt. Eine deutliche Schwäche entsteht allerdings aus der Konzentration des Autors auf die subjektive Zielsetzung der Neokonservativen in den USA, wodurch Entwicklungen in anderen Weltregionen, die auf die Politik der USA einwirken, vernachlässigt werden. So kommt es denn auch, dass M. Mann schreibt, dass die Amerikaner sich entscheiden müssten, »ob sie die Hegemonie wollen und sich dann an die Regeln halten. Doch wenn sie das Empire wollen und damit scheitern, werden sie auch die Hegemonie verlieren. Die Welt würde das wenig kümmern. Sie käme mit den multilateralen Folgen zurecht.« (S. 331) Ob dies so unkompliziert vor sich gehen kann, darf bezweifelt werden. Die Instabilitäten der Welt von heute bedürften einer genaueren Analyse. Zugestimmt sein soll zum Schluss jedoch noch der Meinung Michael Manns: »Wir müssen zurück zur Unvollkommenheit eines pragmatischen Multilateralismus. Denn die Welt ist unvollkommen, nicht schwarz-weiß.« (S. 313)

## HELENO SAÑA How Free are Humans Today?

To imagine that the freedom of the human being would be one of constant progression should be viewed as a residue of the rationale of the period of bourgeois enlightenment and the accompanying myth of ceaseless progress that grew out of this period. Today, this myth is fostered and spread by those in power with the intention of misleading people into believing that they are living in the best of all possible worlds. But, as the author asserts, those freedoms, that we are still able to exercise, have become increasingly abstract, and the obstacles hindering our exercising them, have become increasingly concrete. Life is being more intensively determined by the interests and needs of big capital. We have to free ourselves from the humiliating self negation and learn to think and to act with more self-confidence.

## ANDREAS HEYER The Status of the Political Utopia

In the wake of the disintegration of the socialist system at the end of the 80's, many in capitalist democracies lost their ability to make a self-critical analysis of their liberal states. This is the background concept that aids in understanding why different political currents find themselves united in proclaiming an end to utopia. But such proclamations deny the constituent role in general Western thinking, that is played by the concept of utopia. Political utopia is one of the essential discourses for the intellectual's verification of deficiencies and potential of his/her society. The growing scepticism being expressed in regards to the liberal order, clearly demonstrates the necessity of this discourse – as well as the necessity of contemplating alternatives.

## KARL-HEINZ GRÄFE From the ›Asters Revolution‹ to a Räterepublik (Soviet Republic). Hungary 1918/19

The Hungarian Revolution of 1918/19, which led to the building of a Räte-republik (Soviet Republic = a republic ruled by councils of representatives) seems to have been ›forgotten‹. The author presents an approach to the complex national and international context of this revolution, discussing the different stages of its development and the deeply controversial views concerning it. In his examination of the history of the crushing of the revolution, the author points out a connection between the counterrevolutionary violence used at that time and the liquidation of half a million Hungarian Jews 25 years later.

## ANDREAS KELLER The University as Economic Enterprise?

At the beginning of the 21st century a deep restructuring of the German system of higher education is being undertaken. State-run universities which were always conceived as public corporations are to be converted into service enterprises, which are to sell their products – research results as well

as the education of students – in accordance with the market demand. Economic regulations shall replace political regulations. The author discusses the consequences of this process and examines alternatives. These alternatives, he says, should be debated much more in depth because they are often ambivalent. The political Left over a long period has also raised demands for a reform of higher education. These demands should now, be more sharply focused on the university becoming an economic enterprise.

## RUTH FREY, HELMUT WIESENTHAL The Political Party as a Learning Organization

There is much discussion about the situation of political parties in Germany. A remarkable decline in party membership and recurring conflicts, pitting the party membership against the party leadership signal serious problems, not only in the status of political parties in general, but especially also in their organisational structure. Alternatives such as the integration of elements of direct democracy or the opening of the organizations have, borne few successes. The authors discuss whether – and how – an organisation such as a party, can be made to learn – aware of its existence, as a difficult organisation, rich in conflict but also in potential.

## WOLFGANG HARTMANN Ministry of State Security: Self-Images and Images of Others

Using the psychological categories of ›self-image‹ and ›image of others‹ the author – once a member of the staff in the Ministry of State Security of the GDR – seeks to contribute to a deeper reflection, not only on the work of the ›stasi‹ in particular, but to reflect upon the political life in the GDR as a whole. With personal reminiscences, going back to the early years of the GDR and culminating with the PDS debates about the role of the ›stasi‹ and its informal collaborators, he offers a wide spectre of viewpoints and ideas and arrives at a better and more complex understanding of the political psychology of the SED.

## RUDOLF SAUERZAPF The Expulsion of Leo Kofler

Reflecting upon his student years in Halle (Saale) 1948-1950, the author recalls his contact with the philosopher, Leo Kofler (1907-1995), who, at the time, was professor for Middle Ages and Modern History at Halle's Martin Luther University. The author initially describes the fascination of Kofler's lectures, recalls the attraction they had for the students. He then describes the Stalinist attacks against Kofler by party officials and some of Kofler's colleagues, which eventually forced him to leave the GDR at the end of 1950. The author, himself, also had to suffer the consequences of the ›Kofler Affair‹: Caught by the NKWD, he had immense difficulties being able to continue his studies and enter a normal professional career.

# UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

# kreativ

## Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

## Impressum

Herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,

ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,

JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.),

MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel.: 030- 44 310-157/130/123, Fax-122

Internet: [www.utopiekreativ.de](http://www.utopiekreativ.de)

E-Mail: [utopiekreativ@rosalux.de](mailto:utopiekreativ@rosalux.de)

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,

10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

## Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 122:	je	1 €
Heft 123 bis 146	je	2,50 €